Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (25.4.2010)

Sand im Getriebe 82

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Raus aus den Krisen – aber richtig!



Wohin man blickt –Die Banken scheffeln wieder Profite, während die Staaten hoch verschuldet die Lasten der Krise durch Sozialabbau auf die Bevölkerung abwälzen: z.B. Rentenreform in Frankreich, Gesundheitsreform und „Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes in der Schweiz. **Attac-Frankreich** untersucht die Strukturanpassungsprogramme von EU und IWF für Griechenland, die als Vorboten für kommende Umbrüche in anderen EU-Ländern gedeutet werden. **Bernard Conte** spricht gar von „*Zuständen wie in der Dritten Welt*".

In Griechenland verschärft sich allerdings der Widerstand der Bevölkerung gegen das kommende Diktat von IWF und EU, die mitten in der Krise „Sparmaßnahmen“ und damit den schärfsten Sozialabbau erzwingen wollen. Die Generalstreiks in Griechenland zeigen ebenso wie die lange Menschenkette am 24.4. zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel (120.000 Protestierer aller Generationen) in Norddeutschland und die Umzingelung von Biblis, dass sich allmählich die Wut und der Zorn in Aktivitäten und Protesten kristallisieren.

Die Richtung mag noch nicht überall erkennbar sein. **Winfried Wolf** macht dazu einen Vorschlag, wie wir aus den vielfältigen Krisen herauskommen können. Es geht um ein Übergangsprogramm zur Umgestaltung und ökologischen Neuausrichtung der gesamten Wirtschaft: von der Vergesellschaftung und Schrumpfung des Bankensektors bis hin zu radikaler Arbeitszeitverkürzung und zum ökologischen Umbau der gesamten Wirtschaft.

Das **Bankentribunal** von Attac-D in Berlin war mit über 1000 TeilnehmerInnen und dem großen Medienecho ein sagenhafter logistischer und medialer Erfolg – allerdings beginnt jetzt im Nachhinein erst die genauere Reflexion: Wurden die richtigen Fragen gestellt? War die Methode des auf Personen-fixierten Tribunals wirklich optimal? Welche Theorie (wenn überhaupt eine) über die Ursachen des Desasters lag dem Tribunal zugrunde? Waren die internationalen Zusammenhänge genügend reflektiert? Waren die Opfer personell und konzeptionell genügend vertreten? Welche Handlungsorientierungen lassen sich ableiten aus dem Tribunal, aus der Krise? Wie kann das Primat der Politik und damit das öffentliche Interesse (die RES PUBLIKA, wie Richter Borchert es nannte) über die Finanzmärkte, ja über die Wirtschaft insgesamt wieder hergestellt werden?
Auf all diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Der wissenschaftliche Beirat von Attac-D lädt zu einem Workshop auf der kommenden Sommerakademie in Hamburg ein, auf dem diese Fragen diskutiert werden.
Wir beginnen hier schon mal mit einigen kritischen Beiträgen. So bedauert **Werner Rügemer**, auf dessen Initiative das Tribunal ursprünglich zurückging, dass die Täter mit Samthandschuhen angefasst wurden: *„Auf einen Schuldspruch wegen Komplizenschaft und Ausplünderung der Staatsfinanzen für private Zwecke wartete man vergeblich“*. **Andreas Fisahn** meint, dass das Tribunal *„kreuzbrav“* war und letztlich dem vorherrschenden neoliberalen Diskurs *„auf den Leim gegangen ist“*. **Konrad Schuhler** bemängelt die Theorielosigkeit des Tribunals mit fatalen praktischen Folgen *„Die Richtung, die von dem Urteil angegeben wird, stimmt. Das Ziel liegt allerdings jenseits der kapitalistischen Schranken“*. Zu beklagen sei der *„reformistische Grundirrtum, der Staat könne als Vermittler zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Wohl fungieren“*.
Nach dem Tribunal bleibt die Frage: was folgt aus alledem? Welche strategischen und taktischen Handlungsoptionen leiten sich aus dem „Urteil“ ab?

In Washington fand ein globales Treffen zahlreicher Regierungschefs zur Atomwaffen-Kontrolle statt, das viele, z.B. **IPPNW**, sehr enttäuscht hat. Es ging nicht um „**Atomwaffen für keinen**“, sondern eigentlich um die Aufrechterhaltung des status quo, in dem die Atommächte ihr Monopol mit leichten quantitativen Modifikationen aufrecht erhalten, die USA das Erstschlagsrecht unverändert für sich beanspruchen und die NATO nicht daran denkt, die atomare Abschreckung aufzugeben und z.B. alle Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen.
Mohssen Massarrat hält das ganze Treffen auch für eine Machination, die Israel erlauben sollte, von ihren eigenen mehreren hundert Atombomben abzulenken. Er fordert, endlich über eine atomwaffenfreie Zone im gesamten mittleren Osten zu verhandeln.

Arundhati Roy , die indische Schriftstellerin, die 2004 eine viel beachtete Grundsatzrede für die globalisierungskritische Bewegung auf dem Weltsozialforum in MUMBAI hielt (SiG30), berichtet jetzt über den Versuch der indischen Regierung (Aktion „Green Hunt“), die rohstoffreichen Gebiete des Landes von ihren rebellischen Bewohnern zu reinigen. Die indische Regierung droht ihr mit staatlichen Sanktionen. Sie wird auf unsere Solidarität angewiesen sein.

Barbara Waschmann bleibt nicht bei einer Kritik an den Medien, sondern hat zum Aufbau von „Die "Normale"“ maßgeblich beigetragen, einem Projekt in Österreich zur Verbreitung alternativer Filme

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)

Winfried Wolf

Zwei Wege aus der Krise

Die gegenwärtige Krise ist keineswegs beendet. Ein Grund für das Andauern der Krise ist darin zu sehen, dass es unterschiedliche Krisenebenen gibt, die wechselseitig miteinander verflochten sind und die sich verstärken.(1)

Kommt es nicht zu dem – von den herrschenden Kreisen erwarteten Auftauchen aus der Krise und verlängert sich dieselbe, dann werden die maßgeblichen Kreise der herrschenden kapitalistischen Klassen versuchen, immanente Auswege aus der strukturellen Krise zu finden. Eine solche verlängerte Krise mit diversen ?Zwischenhochs? kann wie folgt beschrieben werden: ??Die Depression wird in jenen Ländern, die von der allgemeinen Krise des Kapitalismus am stärksten getroffen sind, einen chronischen Charakter annehmen (...) In anderen Ländern wird die Depression in eine Belebung und in eine gute Konjunktur übergehen.. Wichtig ist, dass auch nach dem Vorübergehen der akuten Krisenphase keinesfalls eine allgemeine, alle Länder und alle Produktionszweige umfassende Belebung eintreten wird (...) Die folgende neue Krisenphase wird noch tiefer und schwerer sein als die gegenwärtige.? Diese Einschätzung der weltweiten Krise wurde im Mai 1931 von Eugen Varga, dem damals prominentesten Ökonomen der Komintern, verfasst.(2)

Aus meiner Sicht gibt es aktuell zwei sich antagonistisch widersprechende ?Drei-K-Optionen? - eine bürgerliche und eine sozialistisch-alternative.

I.

Die gegenwärtig betriebene ist die kapitalistische **„3-K-Option“.** Sie lautet: Erstens Keynes à gogo; zweitens Konkurrenz hoch zwei und drittens Krieg und Rüstung wie gehabt.

Keynes à gogo oder: rücksichtslose Wachstumsförderung

Dort wo es zu einer (vulgären) Form keynesianischer Politik kommt, ist diese allein auf Wachstum als solches ausgerichtet. In der Regel werden dabei bestehende (Dinosaurier-) Strukturen der kapitalistischen Ökonomie verstärkt: Abwrackprämien, Subventionierung der Auto- und Flugzeugbaukonzerne, Straßenbauprogramme, Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und Bau neuer Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen usw.
Damit aber wird ein Faktor, der mit zur weltweiten Krise beitrug, die Klima- und Umweltkrise, verstärkt. Gleichzeitig führt diese Art von Keynesianismus zu eine Diskreditierung desselben, eben weil keine wirklichen Perspektiven geboten werden und Summen in Höhe von vielen Hunderten Milliarden US-Dollar oder Euro regelrecht verpulvert werden. Kommt es zu einer neuen Verschärfung der Krise, so wird es objektiv zwar einen Spielraum für einen verstärkten Keynesianismus – auch für einen alternativen verstärkten Keynesianismus – geben. Doch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dürften dann so sein, dass eine solche Option nicht mehr gegeben und das „Spar-Diktat“ ins Zentrum rücken wird.

Konkurrenz hoch zwei Oder: Neuer Hegemon

Eine zweiter aus kapitalistischer Sicht immanenter Ausweg aus der Krise läuft auf eine verschärfte innerimperialistische Konkurrenz und in deren Gefolge auf eine Ablösung der Hegemonialmacht USA hinaus. In der aktuellen Krise wird sich der wirtschaftliche, währungstechnische, politische und kulturelle Niedergang der USA beschleunigen. Dass es parallel einen militärischen Niedergang der USA gibt, ist auf mittlere Frist nicht erkennbar. Zu groß ist der Abstand zwischen den militärischen Potenzen der USA und derjenigen ihrer potentiellen Herausforderer. Das entscheidende Problem bei dieser möglichen immanenten Lösung der Krise besteht darin, dass es keinen überzeugenden Kandidaten für die Position des neuen Hegemon gibt.
China kommt dafür in den nächsten zehn Jahren kaum in Frage. Der materielle Abstand zu den USA und zur EU ist noch zu groß. Zwar konnte sich China dank des weltweit gesehen größten Konjunkturprogramms vom Krisengeschehen weitgehend abkoppeln, doch es bleibt die Tatsache bestehen, dass das Hauptabsatzgebiet chinesischer Exporte, die USA, im Zentrum der Krise steht. Die Regierung in Peking könnte daher in den nächsten Monaten verstärkt von den beträchtlichen wirtschaftlichen und politischen Widersprüchen in Anspruch genommen werden.
Auch die Europäische Union ist kein ernsthafter Kandidat für die Position des neuen Hegemon. Die EU stellt einen gemeinsamen Wirtschaftsraum dar. Ein großer Teil der EU – die Eurozone – repräsentiert ein gemeinsames Währungsgebiet mit einer einheitlichen Euro-Währung und einer einheitlichen, durch die Europäische Zentralbank orchestrierte Währungs- und Zinspolitik. Gleichzeitig gibt es jedoch in der EU weiterhin 27 verschiedene nationale Politiken im Bereich der Wirtschaft und der Steuergesetzgebung.
Die Krise hat die extreme Schwäche der EU und die Labilität des Euro offen g elegt: Einige EU-Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa befinden sich in einer tiefen Krise. Das trifft in besonderen Maß auf die baltischen Staaten zu, in denen das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in den beiden Jahren 2009 und 2010 um mehr als 20 Prozent einbricht. Das trifft seit Anfang 2010 auf Griechenland zu, das sich mit der Gefahr eines Staatsbankrotts konfrontiert sieht. Die Ende März 2010 erfolgte Beruhigung der griechischen Krise durch eine Kompromißlösung auf einem EU-Gipfel unterstreicht eher die tiefe EU-Krise: Ganz offenkundig gibt es in der EU enorme interne Konflikte, in deren Zentrum das Festhalten der deutschen Regierung an dem Modell der Exportförderung und des Handelsbilanzüberschusses – auch auf Kosten der übrigen EU-Länder – steht. Die Einschaltung des IWF als Teil der „Krisenlösung“ in Griechenland ist Ausdruck einer massiven Schwäche der EU. Viel spricht dafür, dass Griechenland nur ein Testlauf für neue spekulative Prozesse ist; vergleichbare Verhältnisse in den Euroländern Portugal, Spanien, Irland und Italien dürften folgen. Auch eine konzertierte spekulative Aktion gegen das britische Pfund ist absehbar.(3)
Die im Verlauf der Krise allgemein verschärfte Konkurrenz entwickelt sich zu einer Krise der Eurozone und der EU; die Einheitswährung Euro erlebt bereits ein Jahrzehnt nach ihrer Einführung eine existenzielle Krise.

Kriege wie gehabt - Oder: Die Paarung militärischer Keynesianismus und Rüstung ist eine erfolgreiche

Der dritte immanente Ausweg aus der Krise hängt eng mit dem zweiten, der Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz, zusammen. Die zwei entscheidenden Schwächen der **EU** als Herausforderer der **USA** sind die fehlende politische (und

währungstechnische) Einheit und die geringe militärische Bedeutung. Im Fall von **China** gibt es den noch relativ großen wirtschaftlichen Abstandes hinsichtlich der Pro-Kopf-Einkommen mit einem entsprechend gering entwickelten inneren Markt und – erneut – die militärische Schwäche.

Beide potentiellen Herausforderer der USA versuchen, den Abstand zu den USA aufzuholen. In China durch deutlich wachsende Militärausgaben und die Entwicklung neuer Waffensysteme (U-Boote, Flugzeugträger); in der EU durch qualitative Fortschritte in der Militärtechnologie, den Aufbau einer einheitlichen EU-Armee und durch das Sammeln von Erfahrungen bei Auslandseinsätzen der europäischen Armeen. Die US-Regierung hat auf die Steigerung der chinesischen Rüstungsausgaben bereits unzweideutig reagiert. Das US-Verteidigungsministerium präsentierte im März 2009 dem US-Kongress einen Bericht über die chinesischen Rüstungsbestrebungen. Darin heißt es, Chinas Aufrüstung verschiebe „das Gleichgewicht der asiatisch-pazifischen Region und bedroht unseren Bündnispartner Taiwan." Peking entwickele auf „aggressive Art" neue Raketen und „Angriffs-U-Boote" und habe „bereits 1000 Kurzstreckenraketen aufgestellt, viele davon Richtung Taiwan." Das Pentagon behauptet, dass die chinesischen Rüstungsausgaben umgerechnet „zwischen 105 und 150 Milliarden US-Dollar" liegen würden. Die US-amerikanischen allerdings überschreiten 2010/2011 die 600-Milliarden-US-Dollar- Schranke. (4)

Auch auf weltweiter Ebene steigen die Rüstungsausgaben und die Rüstungsexporte deutlich an. Sie wachsen auch antizyklisch in der Krise. Und selbst im Fall des Aufbrechens großer nationaler Krisen werden die Rüstungsausgaben nicht angetastet: Die aktuellen Sparmaßnahmen in Griechenland (Lohnsenkungen, Abbau der Beschäftigten im öffentlichen Sektor und Erhöhung des Renteneintrittalters) sind gepaart mit Rüstungsausgaben, die doppelt so hoch wie die deutschen liegen und mit dem Kauf neuer Rüstungsgüter wie Brennstoffzellen-U-Boote, Leopard-Panzer und Eurofighter.(5)

In einer größeren Zahl von Konzernen, die einen Rüstungsbereich und einen zivilen Sektor haben, verbinden sich die Krisentendenzen im letztgenannten mit neuen Profitmöglichkeiten im Segment „Verteidigung". Entsprechend reagiert das Management - etwa bei Boeing und EADS/Airbus – mit Einschränkungen im zivilen Sektor und einer Ausweitung des militärischen Geschäfts. Solche Tendenzen gibt es auch bei allen Konzernen mit Werften – so bei Thyssen Krupp (mit Thyssen Krupp Marine Systems - TKMS). Es gibt sie beim Konzern Rheinmetall, dessen Segment Autozulieferung in einer tiefen Krise steckt, der jedoch im Bereich Panzerbau und Munitionsgeschäft 2009 einen wachsenden Umsatz und steigende Gewinne erzielt. Von dem deutschen Unternehmen Jenopik, das in einer die Existenz bedrohenden Krise steckt, hieß es Mitte 2009: „Nur ein Bereich bereitet dem Konzern Freude: die Rüstungselektronik. Dort hat er das große Los gezogen. Für den neuen Schützenpanzer der Bundeswehr Puma soll Jenoptik Systeme für die Stabilisierung und Energieversorgung liefern." Hinsichtlich der geschäftlichen Bilanz des größten europäischen Rüstungskonzerns schlagzeilte die „Neue Züricher Zeitung": „BAe durch Nahost-Kriege mit mehr Gewinn."(6)
Die USA haben eine entscheidende Erfahrung mit einem zivilen und einem militärischen Keynesianismus hinter sich – diejenige aus der vergangenen Weltwirtschaftskrise. Paul Krugman fasste diese Erfahrung wie folgt zusammen: „Wer einmal sehen will, welche Anforderungen erforderlich sind, um die Wirtschaft aus der Schuldenfalle zu befreien, der sollte das massive öffentliche Beschäftigungsprogramm betrachten, das die Große Depression beendete, besser bekannt unter dem Begriff Zweiter Weltkrieg. Dieser Krieg brachte nicht nur Vollbeschäftigung. Er führte auch zu schnell ansteigenden Einkommen. (...) Bis 1945 stiegen zwar die öffentlichen Schulden der USA, doch die Relation der privaten Schulden zum Bruttoinlandsprodukt lag (1945) nur bei der Hälfte des Vorkriegsniveaus von 1940. Dieses niedrige Schuldenniveau bildete dann die Grundlage für den großen Nachkriegsboom."(7)

II.

Wir zahlen nicht für Eure Krise

Als sich Ende 2008 die Krise vertiefte, setzte sich der überzeugende Slogan durch: „Wir zahlen nicht für eure Krise". Globalisierungskritische Gruppierungen und Gewerkschaften riefen zu breiten Protesten auf. Wie bereits zuvor im Fall der Aktionen gegen Werkschließungen war die Bewegung in Frankreich die größte. Am 29. Januar 2009 gab es in diesem Land als Resultat eines Aufrufs von acht Gewerkschaften rund 200 Demonstrationen, an denen insgesamt mehr als zwei Millionen Menschen teilnahmen. In der Folge kam es europaweit zu weiteren größerer Aktivitäten. Doch seit Mitte 2009 setzte sich die Stimmung durch "Es scheint doch nicht so schlimm zu kommen". Die „nur" langsam steigenden Arbeitslosenzahlen, das Abfedern der drohenden sozialen Misere unter anderem durch die massive Ausweitung der Kurzarbeit und die vielfachen Meldungen, man habe „die Talsohle der Krise durchschritten" trugen zu dieser Haltung bei. Die großen – dann nicht erfüllten - Erwartungen, die zum gleichen kritischen Zeitpunkt - Ende 2008 und Anfang 2009 - in Barack Obama als neuen US-Präsidenten gesetzt wurden, wirkten ihrerseits demobilisierend – vor allem natürlich in den USA, aber durchaus auch weltweit. Die Behauptungen, nun komme es zu einem umfassenden „Green New Deal" hatten ja etwas Faszinierendes.

Inzwischen ist ein realistischerer Blick auf das wirtschaftliche Geschehen und das Agieren der bürgerlichen Regierungen angebracht. Der Katzenjammer, den der weitere Anstieg der Massenarbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres Jahr 2010 mit sich bringt, und der nach der NRW-Wahl im Mai 2010 zu erwartende verschärfte Angriff von Unternehmen und Regierung auf die Arbeitsplätze, auf die Arbeitsbedingungen und auf die soziale Sicherheit, dürfte zur Ernüchterung beitragen.
Auch wenn die Massenbasis dafür, dass ein alternatives antikapitalistisches Programm aufgegriffen, gegenwärtig nicht vorhanden ist, so ist es doch sinnvoll, ein solches Programm zu entwickeln. Bei einem großen Teil der Bevölkerung gibt es die Grundhaltung, dass der Kapitalismus keine Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen soziale Sicherheit, Hunger und Klimaveränderung bietet.

Erforderlich ist ein Programm, das an den aktuellen Erscheinungen der Krise und am Bewusstsein der Menschen anknüpft und zugleich perspektivisch auf eine andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung orientiert. Dieses könnte die folgenden drei Bestandteile und ein alternatives „3-K-Investitionsprogramm" haben.

***Erster Programmpunkt**: Der Bankensektor muss unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden und in seinen Dimensionen deutlich zurückgeführt und dezentralisiert werden.*
Der größte Teil der unabhängigen Wirtschaftsexperten war sich im Zeitraum Herbst 2007 bis Mitte 2009 darin einig, dass der Bankensektor deutlich überdimensioniert und in der bestehenden privatkapitalistischen Form eine ständige Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität darstellt. Inzwischen haben allein zehn große Industriestaaten rund 5000 Milliarden Euro oder 20 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zur Rettung der Banken zur Verfügung gestellt. Von diesem unvorstellbar hohen Betrag wurde bisher rund die Hälfte auch real ausgegeben. Das Ergebnis all dieser Pro-

gramme besteht darin, dass der Bankensektor neu gestärkt wurde und dass die Spekulation – auch aufgrund der fehlenden kaufkräftigen Massennachfrage – sich erneut fast auf einem Niveau wie vor Ausbruch der Krise bewegt.

Nach rein kapitalistischen Kriterien – „Wer zahlt, bestimmt die Musik“ - müsste sich der weltweite Finanzsektor zum größten Teil bereits unter öffentlicher Kontrolle befinden. Formal rechtlich befindet sich auch bereits ein erheblicher Teil des US-amerikanischen, des britischen und des deutschen Finanzkapitals in öffentlichem Eigentum. Allerdings erklären die Regierungen in Washington, London und Berlin, die entsprechenden Anteile an staatlichem Bankenkapital bald wieder an private Eigentümer abgeben und auch zwischenzeitlich nicht in das operative Geschäft eingreifen zu wollen.
Das neue Aufleben der spekulativen Krise – siehe die Krise um die griechischen Schulden – unterstreicht die Richtigkeit der Forderung: der gesamte Finanzsektor muss unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Programmpunkt zwei: Rückverteilung von oben nach unten
Ein Ausgangspunkt für die Krise ist der extrem ungleiche Verteilungsprozess – das reicher werden der Reichen und die Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Auf diese Weise wurden seit Beginn des letzten Zyklus vor rund zehn Jahren auf internationaler Ebene mehr als drei Billionen Euro von unten nach oben umverteilt, in Deutschland war es rund eine halbe Billion. Wenn in Deutschland heute die Steuergesetzgebung von Mitte der 1990er Jahre (u. a. mit der „alten“ Körperschaftssteuer, der höheren Einkommenssteuerprogression, der Vermögenssteuer) gelten würde, so würde die öffentliche Hand über knapp 100 Milliarden Euro mehr verfügen – im Jahr. Es gäbe kein Problem einer neuen Verschuldung bzw. es existierte ein erheblicher Spielraum zur Finanzierung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und einer alternativen, keynesianischen Politik. Daher muss eine Palette von Forderungen zur Stärkung der öffentlichen Finanzen durch Besteuerung von hohen Einkommen, größeren Vermögen und der Profite der Banken und der großen Unternehmen zusammengestellt werden.

Dritter Programmpunkt**: Erforderlich ist eine europaweite Kampagne zur Reduktion der Wochenarbeitszeit auf **30 Stunden Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
Die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ist eine Antwort auf die gewaltige Steigerung der Produktivität, die im Rahmen der Globalisierung erreicht wurde. Um ein Beispiel zu geben: Die weltweite Produktion von Kraftfahrzeugen wurde seit Anfang der 1970er Jahre und bis 2007 um das Zweieinhalbfache gesteigert, doch die Zahl der in der weltweiten Autoindustrie Beschäftigten blieb weitgehend dieselbe. Die 200-jährige Erfahrung allerdings lehrt: Diese Anteilnahme der Produzentinnen und Produzenten an den Früchten der Produktivkraftsteigerung muss erkämpft werden. Im Manchesterkapitalismus des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts herrschte der 12-Stunden-Tag und die 6- oder gar 7-Tageswoche vor; 80 bis 90 Stunden Arbeitszeit in der Woche waren die Regel. Damals wurde in England die 10-Stunden-Bill erkämpft: Die Wochenarbeitszeit sank auf rund 60 Stunden. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte in einigen Ländern Europas und nach der Weltwirtschaftskrise in den USA die Länge des Arbeitstags auf 8 Stunden und die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden reduziert werden. Der Faschismus und der Zweite Weltkrieg brachten einen Rückschlag und eine neuerliche Ausweitung der Arbeitszeiten. Im Zeitraum 1955 bis 1970 wurde in vielen kapitalistischen Ländern die Fünftagewoche erkämpft; die Wochenarbeitszeit sank auf unter 45 Stunden. Schließlich gelang es den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung in einigen Ländern, in den 1980er und 1990er Jahren eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden durchzusetzen. Hier bildete sogar Kerneuropa – Deutschland und Frankreich - die soziale Avantgarde. Dieser Erfolg wurde zu einem größeren Teil durch die neoliberale Gegenoffensive zunichte gemacht. In Deutschland stieg die tatsächlich geleistete durchschnittliche Arbeitszeit der Noch-Beschäftigten wieder auf rund 40 Stunden.

Die bürgerlichen Gegenreaktionen auf Arbeitszeitverkürzungen und die Forderungen nach einer *Verlängerung der Arbeitszeiten* waren in den vergangenen 150 Jahren immer die Vorboten von sozialen Katastrophen. Gegenwärtig gibt es erneut bürgerliche Stimmen, die fordern, man müsse in der Krise die Arbeitszeiten wieder erhöhen. Die Deutsche Bundesbank plädierte im Juli 2009 für die neuerliche Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre – ausdrücklich unter Verweis auf die „ausgehöhlte Finanzierungsbasis der Staatsfinanzen“ als Folge der Anti-Krisenmaßnahmen. Vergleichbares dürfte Teil des Sparprogramms der Bundesregierung sein, das vor der Sommerpause 2010 verkündet werden wird. Wenn solche Forderungen umgesetzt werden, tragen sie zu einer weiteren Steigerung der Massenarbeitslosigkeit hinaus bei.

In dieser Situation sind die Gewerkschaften und die gesellschaftliche Linke aufgefordert, eine gemeinsame, breit angelegte Kampagne zur qualitativen Reduktion der Arbeitszeit durchzuführen. Indem diese von vornherein als eine europaweite Kampagne geführt würde, entfiele auch weitgehend das Argument der bedrohten Standortkonkurrenz: Knapp 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Europas verbleiben innerhalb des Kontinents. Eine weitere Reduktion der Weltmarkabhängigkeit und eine Stärkung regionaler, nationaler und europaweiter Wirtschaftskreisläufe wäre auch ein Beitrag, die aktuellen und möglichen zukünftigen Krisenfolgen abzuschwächen und einen Beitrag zum Abbau von unnötigen Transporten mit erheblichen CO2-Emissionen zu vermeiden.
Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung muss, wenn sie massenwirksam sein soll, verbunden werden mit der Forderung nach einem allgemeinen Einkommensausgleich und nach einem Personalausgleich, der entsprechend der Arbeitszeitverkürzung vorzunehmenden Neueinstellung von Personal, um einer Arbeitsintensivierung entgegenzuwirken.

Alternatives 3-K-Investitionsprogramm

Generell befindet sich angesichts einer Krise, in deren Zentrum auch die Umwelt- und Klimakrise steht, eine Linke nur dann auf der Höhe der Aufgaben, wenn sie auch die stoffliche Seite der Produktion ins Zentrum ihrer Politik und Betrachtungen rückt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen lässt sich dies als ein „Alternatives 3-K-Programm“ - ein Investitionsprogramm für die Bereiche ***Kinder, Kultur und Klima*** - konkretisieren.

Gemeint sind damit zunächst Investitionen zugunsten von Kindern und Jugendlichen. Allein innerhalb Deutschlands gibt es extreme Unterschiede hinsichtlich der Angebote an Kinderbetreuungseinrichtungen, was heißt, extrem unterschiedlich ausgeprägte Möglichkeiten für Frauen mit Kindern zur Aufnahme von Erwerbsarbeit. Vergleichbare Bandbreiten existieren auf europäischer Ebene. Die Anteile der Bildungsausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt der EU-Mitgliedsländer variieren innerhalb der EU in einer enormen Spannweite. Dabei belegt Deutschland mit 4,3 Prozent den drittletzten Platz und Dänemark mit 8,3 Prozent Rang eins. In Österreich und in Deutschland ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt seit mehreren Jahren rückläufig.
In Dänemark - und auch in Schweden – liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft um 50 Prozent niedriger als in Deutschland – es gibt also, unter Berücksichtigung der Größe der Länder, 50 Prozent mehr Lehrkräfte. In deutschen Grund- und Hauptschulen sind Klassengrößen von 25 bis 30 Schülerinnen und Schüler die Regel. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert Klassenstärken von maximal 20 Schulkindern je Lehrkraft. Die Folgen der viel zu großen Klassenstärken sind für die Beschäftigten und

für die Kinder und Jugendlichen verheerend: Zwei Drittel der Lehrerinnen und Lehrer sind vom „burn-out“-Syndrom betroffen; die große Mehrheit geht weit vor dem Erreichen des Rentenalters in den Ruhestand.

Ohne auf die anderen Bereiche des Ausbildungssektors hier eingehen zu können, lässt sich verallgemeinernd sagen: Investitionen in den Bereichen Kinder und Kultur, die sich zumindest am „best practice“-Prinzip (Stichwort: Dänemark; Schweden) orientieren, würden in Deutschland ebenso viele *neue* Arbeitsplätze schaffen wie die gesamte Autoindustrie aktuell (noch) Arbeitsplätze zählt. Anders als bei den „Keynes à gogo“-Konjunkturprogrammen geht es dabei um gesellschaftlich sinnvolle, nachhaltige Investitionen - ohne relevante CO2-Emissionen und solche zugunsten von fast 16 Millionen jungen Menschen.(8)

Die erforderlichen Investitionen unter dem Stichwort ***Klima*** teilen sich in die beiden großen Bereiche „Energiewende“ und „Verkehrswende“ auf. In beiden Bereichen müsste die Priorität auf Investitionen liegen, um Energie respektive Verkehr *zu vermeiden*. Im Energiebereich meint dies vor allem Wärmedämmung und eine beschleunigte Entwicklung energiesparender Geräte. Im Verkehrsbereich ist damit die Stärkung dezentraler Strukturen und die Förderung kurzer Wege gemeint. Im Güterverkehr ist es gut vorstellbar, dass bis zu zwei Drittel der Transportleistung „eingespart“ werden kann, ohne dass damit wesentliche Verluste an der Qualität der Güter festzustellen sind. Gleichzeitig sind solche Einsparungen mit erheblichen volkswirtschaftlichen Gewinnen und mit gesteigerter Lebensqualität verbunden. Auf Grundlage der auf diese Weise deutlich reduzierten Energieerzeugung und Transportleistung geht es dann um Investitionen in die *Verlagerung* von bisherigen konventionellen Energie- und Verkehrsformen auf alternative Träger (Solarenergie; andere regenerative Energien bzw. auf die nicht motorisierten Verkehrsarten und auf öffentliche Verkehrsmittel).

Die alte Bundesregierung der großen Koalition rühmte sich Mitte 2009, dass innerhalb eines guten Jahrzehnts im Umweltbereich bis zu einer Million Arbeitsplätze entstanden seien. Unabhängig von Detailfragen, um welche Art Arbeitsplätze es sich hier handelt, bleibt doch festzuhalten: Wenn bereits diese eher bescheidenden Investitionen in eine verbesserte Umwelt- und Energiepolitik viele Hunderttausend neue Jobs geschaffen haben, dann ist eine konsequente Politik der Energiewende mit der Schaffung einiger Millionen neuer Arbeitsplätze verbunden. Im Mai 2009 wurde ein „Programm SchieneEuropa2025“ vorgelegt, in dem allein für den Bereich des Schienenverkehrs in Europa die Möglichkeit zur Schaffung von bis zu zwei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen aufgezeigt wird.(9)

Bei dem alternativen 3-K-Programm gibt es einen entscheidenden Unterschied zu den Keynes à gogo-Investitionen: Die letztgenannten verursachen bereits binnen kurzer Zeit enorme *zusätzliche* Kosten (für Verkehrstote und -verletzte; für Umwelt- und Klimaschäden); auf längere Frist sind sie nicht zukunftsfähig, also unvereinbar mit einem menschlichen Leben in Würde. Auf der anderen Seite sind Investitionen entsprechend des altemativen 3-K-Programms innerhalb weniger Jahre komplett gegenfinanziert – die Kosteneinsparungen, die mit diesen Investitionen verbunden sind, sind in fünf bis zehn Jahren deutlich größer als die Kosten der Investitionen selbst. Darüber hinaus gibt ein solches alternatives Investitionsprogramm auf längere Frist allein eine Antwort auf die aktuellen unabweisbaren Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht.

Die Feststellung, dass die – marxistische, sozialistische - Linke das Thema Ökologie spät entdeckt habe, dass diese lange auch einem Wachstumsfetischismus anhing, ist zutreffend. Festzustellen ist aber auch, dass es sehr früh eine überzeugende sozialistische Kritik am kapitalistischen Wachstumszwang gab. Das folgende Zitat klingt wie eine grüne Kapitalismuskritik aus den 1980er Jahren, nach Rudolf Bahro plus Petra Kelly plus Bischof Hengsbach: „*Die spanischen Pflanzer in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für eine Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden, was lag ihnen daran, dass nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmten und nur nackten Fels hinterließen? (...) So werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern, dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und dass unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug zu allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.*“ Das schrieb Friedrich Engels vor 125 Jahren in seiner Schrift „Dialektik der Natur“.(10)

Anmerkungen

1) Ich habe in meinem neuen Buch zur weltweiten Krise sieben solcher Krisenebenen analysiert. Die Krise der Realwirtschaft (1), konkretisiert in einer Krise der zwei Schlüsselindustrien Fahrzeugbau und IT-Branche (2), die klassische Verteilungskrise (3), die sich als Überakkumulations- und als Unterkonsumtionskrise konkretisiert; die breit debattierte und beschriebene Finanzkrise (4), bei der allerdings gerne übersehen wird, dass es vor allem auch das produktive – und „gute“ - Kapital war und ist, das die Spekulation vorantrieb und vorantreibt (siehe Porsche/VW 2008); die - vielfach als regionales Thema falsch interpretierte – Nord-Süd-Krise, die zugleich eine Hungerkrise ist und strukturell Teil der weltweiten Krise ist (z. B. als Folge des Ölpreisanstiegs und des massenhaften Anbaus von Pflanzen zur Gewinnung von agrarischen Kraftstoffen, was die Lebensmittelpreise und damit den weltweiten Hunger anwachsen ließ(5); die Klima und Umweltkrise (6), die sich wegen des desaströsen Ausgangs der Kopenhagen-Konferenz und im Fall eines neuen Aufschwungs, der mit einem erneut steil ansteigenden Ölpreis verbunden sein muss, bald verschärft stellen dürfte; schließlich die Hegemonie- oder eine Dollarkrise (7), die maßgeblich zum Charakter der aktuellen Krise als Weltwirtschaftskrise beitragen und die Frage aufwerfen wird, ob sich das Zentrum des Kapitalismus nach China verlagern wird. Siehe Winfried Wolf, Sieben Krisen – ein Crash, November 2009, Promedia (Wien), 250 S.

2) Eugen Varga,Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, 1. Vierteljahr 1931, Internationale Pressekorrespondenz, 11. Jg. 1931, Nr. 43, 9. Mai 1931; Reprint Westberlin 1977.

3) Bill Gross, der Chef der größten US-Fondsgesellschaft, schrieb jüngst in der „Financial Times“: „Die britischen Staatsanleihen beruhen auf einem Fundament aus Nitroglycerin.“ Siehe ausführlich: Lars Petersen, „Ring of fire. Neue Immobilienkrise. Neue Finanzkrise. Neue Wirtschaftskrise“, in: Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, Heft 8, Frühjahr 2010, S. 10f.

4) Angaben nach: Financial Times Deutschland vom 27.3.2009 und Wall Street Journal vom 2.2.2010.

5) Siehe Zeitung gegen den Krieg – ZgK, Ostern 2010 und Winfried Wolf, Griechische Krise und griechische Rüstungsausgaben in: junge Welt, 14. April 2010.

6) Neue Züricher Zeitung vom 20.2.2009; zuvor Zitat zu Jenoptik nach: Financial Times Deutschland vom 14.8.2009.

7) In. New York Times vom 16.2.2009.

8) In Deutschland gibt es rund 1,2 Millionen Vollarbeitsstellen in den Bereichen Kindergärten, Schulen und Hochschulen (darunter allein 680.000 Lehrerinnen und Lehrer). Wenn wir hier als Referenzwerte die skandinavischen nennen, so soll nicht verschwiegen werden, dass in Kuba die Klassenstärken mit 11 und 12 Kindern je Lehrkraft im Primar- bzw. Sekundarbereich des Schulwesens ähnlich niedrig und günstig liegen wie in den skandinavischen Ländern.

9) Siehe Europäische Verkehrswende – JETZT! - Der Krise begegnen. Programm SchieneEuropa2025; Lunapark21, Extra01, August 2009, gemeinsam herausgegeben von Bahn für Alle, Grüne NRW, Betriebsrat Bombardier Transportation und der National Union of Rail, Maritime & Transport Workers (RMT) (London).

10) Friedrich Engels, MEW 20, S. 455 und 453

Conrad Schuhler

Vorbereitung der Krise und Aushöhlung der Demokratie

Beweisaufnahme I

Wir werden belegen, dass die Angeklagten, durch ihr persönliches Verhalten und durch die Politik der von ihnen vertretenen Institutionen, erhebliche Verantwortung tragen für die Entstehung und die verheerenden Auswirkungen der Krise. Die Angeklagten sind verantwortlich für die wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen, ohne die es zu dieser Art von Finanzkrise nie hätte kommen können. Die politischen Instanzen sind nicht Opfer der Krise, sie gehören mit zu ihren ersten Verursachern.
Die Politiker haben die Gesetze zur Deregulierung der Finanzmärkte beschlossen.
Die angeklagten Vertreter der Finanzindustrie haben diese Deregulierung unter Missachtung der Interessen der Öffentlichkeit und oft auch ihrer Kunden zur maßlosen Eigenbereicherung genutzt.
Die angeklagten Politiker haben die Banken- und Finanzaufsicht nicht nur nicht angemessen wahrgenommen, sie haben sie systematisch hintertrieben.
Und schließlich haben die Politiker die für die Krise verantwortlichen Banken auf Kosten der Steuerzahler gerettet und diese Strategie mit Geheimhaltung abgeschirmt. Die Rettungsfonds, wo man die Steuermilliarden für die Banken zur Verfügung gestellt hat, wurden als so genannte Sondervermögen der Kontrolle und Entscheidung des Parlaments entzogen.
Zu Schaden gekommen sind Vermögen, Lebenschancen und Zukunftsaussichten der Menschen ebenso wie
die Demokratie.

I) Die rot-grüne Koalition, vertreten durch Bundeskanzler Gerhard Schröder

Als Kanzler der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 hat Schröder die Politik der Vorgängerregierung von CDU/CSU/FDP fortgeführt und verschärft. Ihm ist vor allem vorzuwerfen, für eine massive Einkommensumverteilung von Unten nach Oben gesorgt zu haben.
Warum ist dies nicht bloß sozial ungerecht, sondern in höchstem Maße ursächlich für die Finanzkrise?
Weil: Je höher die Masseneinkommen, um so höher die kaufkräftige Massennachfrage. Je höher diese, umso größer der Markt für die reale Wirtschaft. Je höher aber der Anteil der Unternehmer und Großverdiener, um so mächtiger der Geldströme, die sich aus dem Realsektor in die Finanzwirtschaft ergießen und dort Phantasieprofite erzielen sollen, die nicht durch die realwirtschaftliche Entwicklung gedeckt sind.
Unter der rot-grünen Regierung kam es zu einer massiven Absenkung der Arbeitseinkommen. Von 2000 bis 2008 sank die Lohnquote um 10 %, während die Profitquote um 20 % in die Höhe schoss. Der entscheidende Knick in der Verteilung passierte in den zwei Jahren nach der Verabschiedung der von der Regierung Schröder betriebenen Hartz IV-Gesetze. Obwohl damals die Beschäftigung stieg, fielen die Löhne um 4 %. Aus Angst vor dem Hartz IV-Elend gaben sich die Beschäftigten mit weniger zufrieden, obwohl sie mehr gefragt waren.
Die Verteilungsverluste beim Arbeitnehmerentgelt von 2000 bis 2008 betrugen rund 600 Milliarden Euro, fast ein Viertel des jährlichen Bruttoinlandprodukts Deutschlands. Dies ist der Hauptgrund für den schrumpfenden Binnenmarkt, eine der wesentlichen Ursachen der kombinierten Real- und Finanzkrise. Gleichzeitig mit dem Senken der Masseneinkommen setzte die rot-grüne Regierung unter Schröder eine Steuerreform mit gewaltigen Geschenken an Konzerne und Reiche durch. Die Vermögensteuer wurde ersatzlos gestrichen. Der Spitzensteuersatz für die Topverdiener wurde um über 11 Prozentpunkte auf 42 Prozent gesenkt. Jährliches Steuergeschenk: 16 Milliarden Euro. Die Körperschaftsteuer wurde von 40 auf 25 % gesenkt. Jährliches Steuergeschenk: 15 Milliarden. Für Veräußerungsgewinne wurde Steuerfreiheit gewährt. Dies war eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Aufblühen der Hedgefonds, die vorhandene Unternehmen aufkaufen, zerschlagen und die Einzelteile dann verscherbeln. Dank der rot-grünen Koalition alles steuerfrei.
Die rot-grüne Koalition sorgte nicht nur für das wachsende Geldvolumen auf den Finanzmärkten. Sie kümmerte sich auch darum, dass die Finanzindustrie aller Fesseln ledig wurde, um die Gelder skrupellos einsetzen zu können.

Zu dieser Strategie der Deregulierung ein Film als Beweismittel. Bitte Film ab.
Unser Film hat die höchst aktive Rolle der rot-grünen Regierung bei dem Abbau aller relevanten Regeln auf den Finanzmärkten belegt. Im Zusammenspiel mit der Finanzlobby wurden Hedgefonds in neuen Dimensionen legalisiert, die sprichwörtlich gewordenen Heuschrecken, die Wirtschaftsregionen überfallen und erst wieder verlassen, wenn sie die Gegend leer gefressen haben.
Ebenso von dieser Regierung legalisiert wurden die später von US-Milliardär Buffett so genannten „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ wie Leerverkäufe von Aktien und anderen Wertpapieren und die Verbriefung, also der Weiterverkauf von Krediten und anderen Finanzforderungen. Wurde für die Jagd auf das Publikum so von den staatlichen Stellen „feuerfrei“ gegeben, wurden andererseits die Jäger, die Banken, von jeder Rücksichtnahme auf entgegenstehende Bestimmungen des Kreditwesens befreit. Den Banken wurde erlaubt, so genannte Zweckgesellschaften einzurichten. In diesen konnten sie ihre dubiosen Spekulationsgeschäfte außerhalb der Bankbilanzen und außerhalb jeder Finanzaufsicht durchführen. Der bevorzugte Sitz dieser Zweckgesellschaften findet sich in Finanzoasen, außerhalb der Reichweite von Aufsichts- und Finanzämtern.
Als sich bereits im Jahr 2003 der Bankrott deutscher Großbanken abzeichnete, nämlich der Bayerischen Hypovereinsbank, der Commerzbank und der Dresdner Bank, ging die Bundesregierung noch einen Schritt weiter. Sie half, die beginnende Finanzkrise zu vertuschen. Am 16. Februar 2003 fand im Wirtschaftsministerium unter Leitung des Bundeskanzlers Schröder ein Geheimtreffen statt. Anwesend waren die Chefs der genannten Banken sowie der Deutschen Bank und der Allianz. Sie schätzten damals bereits die faulen Immobilienkredite der bedrohten Banken auf rund 100 Milliarden Euro. Ganz im Stil der später auch öffentlich diskutierten Bad Banks verlagerten Commerzbank und Dresdner Bank ihre faulen Kredite in die neu gegründete Eurohypo aus. Die Hypovereinsbank gründete die Hypo Real Estate, um dort ihre Problem-Posten auszulagern und die eigene Bilanz zu entlasten.

Als die Spekulationsblasen noch weiter heftig anschwollen, waren sich die Verantwortlichen schon über die hochkritische Qualität im Klaren und half die Bundesregierung den Hauptverdienern der Spekulation, die sich abzeichnende Krise zu vertuschen. Von irgendwelchen Maßnahmen dagegen gar nicht zu reden. Diese Bundesregierung muss als Komplize der Finanzindustrie angesehen werden.
Dem Einwand der Verteidigung, es handele sich bei der Umverteilung zulasten der unteren und mittleren Einkommensschichten, um ein globales Phänomen, auf Grund des globalen Wettbewerb müssten die Arbeitslöhne gesenkt und die Arbeitsbedingungen verschärft werden, diesem Argument eines angeblichen „Sachzwangs" ist entgegenzuhalten:
In der Tat haben wir es mit einem globalen Phänomen zu tun, weil im global dominierenden Neoliberalismus die staatlichen Gesellschaften als nationale Wettbewerbsgesellschaften behandelt werden, wo das Sozialdumping die Voraussetzung für die globale Wettbewerbsfähigkeit ist. Diese „Globalisierung" ist von den Transnationalen Konzernen und ihren politischen Eliten durchgesetzt worden. Die deutschen Regierungen waren von den ersten Tagen der Gründung der G 7 durch den französischen Präsident Giscard d´Estaing und den deutschen Kanzler Helmut Schmidt an aktiv dabei, weltweit die totale Freizügigkeit von Kapital und Gütern durchzusetzen und die Regulierungen für das Finanzkapital zu minimieren. Es ist ein billiger und fauler Trick, sich auf „Sachzwänge" hinausreden zu wollen, die man selbst erst produziert hat.
Es bleibt dabei: Politik und Finanzindustrie sind gleichermaßen für die verheerende Krise in die Verantwortung zu nehmen.

II) Die Große Koalition von 2005 – 2009, vertreten durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihren damaligen Finanzminister Peer Steinbrück

Die Regierung der Großen Koalition, allen voran Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück, haben in der Finanzkrise ihre öffentlichen Pflichten nicht wahrgenommen und ihren Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, gebrochen.
Die Aufsicht über das Finanzsystem hat auf klägliche Weise versagt.
Die sich anbahnende Krise im allgemeinen wie auch die besondere Krise der Hypo Real Estate wurden vertuscht.
In Komplizenschaft mit den Bankern und deren Beratungsfirmen wurden die Kosten der Bankenrettung der Allgemeinheit aufgebürdet.
Die Regierung hat dazu eine Strategie der Geheimhaltung betrieben und Abgeordnete wie auch die Medien bei der Aufklärung behindert. Die Leugnung und Vertuschung der Krise erreichten ihren Höhepunkt mit der Regierungserklärung vom 25.9.2008. Dies war 10 Tage nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers. Es war sechs Wochen, nachdem die HRE der Bankenaufsicht mitgeteilt hatte, dass ihre Hedgefonds-Tochter Depfa in einem Bericht an die irischen Aufsichtsbehörden einen Betrag von 50 Milliarden Euro fälschlicherweise doppelt aufgeführt habe. Ohne diese Falschmeldung hätte die Depfa den aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen nicht genügt, sie hätte Insolvenz anmelden müssen und mit ihr wäre auch die HRE am Ende gewesen. In Kenntnis all dieser Umstände erklärt am 25.9.2008 Finanzminister Steinbrück für die Regierung: „Die Finanzmarktkrise ist vor allem ein amerikanisches Problem." Mit dieser grotesken Leugnung der Wahrheit wollte die Regierung erstens ihre eigene Verantwortung wegschieben und drückte sich zweitens immer noch vor den Konsequenzen des nötigen Krisenmanagements.
Die Fehler, Missgriffe und Begünstigungen der Finanzindustrie bei der schließlich einsetzenden Antikrisenpolitik gipfeln in den **folgenden Punkten**:

1) Unterwerfung unter die Interessen der Großbanken, vor allem der Deutschen Bank

Zu Beginn der Finanzkrise verlangte der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, vom Staat die Rettung der **IKB**, der Industriekreditbank. Die Bundesregierung unternahm keine eigene Prüfung der Lage der IKB, stimmte vielmehr sofort der Forderung Ackermanns zu. In kurzer Folge zahlte der Staat insgesamt 10 Milliarden Euro an die IKB, zu deren Gläubigern u.a. die Deutsche Bank zählte. Ähnlich verfuhr der Staat bei der Rettung der **Hypo Real** Estate. Auch hier wurde die Beurteilung durch die Deutsche Bank zugrunde gelegt, die auch diesmal zu den – lange geheim gehaltenen – Gläubigern zählte. Dass es beim so genannten Krisenmanagement nicht um die Überwindung der irrsinnigen Praktiken der Finanzindustrie ging, sondern in erster Linie um die Rettung der gefährdeten Finanzinstitute, zeigt sich auch am Beispiel der **Commerzbank**. Hier kam der Staat mit über 18 Milliarden Euro zu Hilfe und wurde zum Hauptaktionär. Doch gibt es keinerlei Hinweise, dass der Staat auf eine Änderung der Geschäftspraxis drängt. Auch bei der Commerzbank blieben die Tochter- und Zweckgesellschaften in Dutzenden von Finanzoasen unangetastet.
In der verstaatlichten Hypo Real Estate können alle Krisen verursachenden Praktiken weitergeführt werden wie bisher. Der Deutschen Bank wurde es überlassen, den Vorstand und den Aufsichtsrat dort neu zu besetzen.

2) Die Verletzung der Aufsichtspflicht am Beispiel der HRE

Mit fast 100 Milliarden Euro an staatlichen Zuschüssen bzw. Garantien hat die HRE den Vogel abgeschossen im Wettbewerb, welcher Spekulant bekommt das meiste an öffentlichen Geldern. Die Geschichte der HRE ist die Story von der Skrupellosigkeit der Banker und ihrer Mittäter in den politischen Funktionen.
Auch hier als zusätzliches Beweismittel ein kurzer Film. Bitte Film ab.
Diese kurze Geschichte der HRE widerlegt eine der Hauptlügen der Propaganda der Finanzindustrie, dass es nämlich um die Rettung des gesamten Systems gegangen wäre. Eine Bank von „systemischer Relevanz" hätte gewankt, hätte man sie fallen lassen, wäre alles in Finanz- und Realwirtschaft zusammengebrochen. Finanzminister Steinbrück sagte, die Nacht der Wahrheit über die HRE habe einen Blick in den Abgrund beschert, die Kernschmelze des Systems habe bevor gestanden.
Was in Wahrheit bevor gestanden hätte, war die **Insolvenz** derer, die in den Jahren zuvor mithilfe wahnsinniger Finanzkonstruktionen Millionen und Milliarden an Profiten eingestrichen haben. Was hätte bevor stehen müssen, war, dass die Gläubiger der HRE nun mit ihren Geldern hätten gerade stehen müssen. Aber diese Gläubiger hießen Hypovereinsbank, Bayerische Landesbank, Allianz und Deutsche Bank. Die „systemische Bedeutung" der HRE und der anderen in Schieflage geratenen Banken bestand in ihrer Verzahnung mit den anderen Größen der Finanzindustrie. Hätte man die offenkundigen Bad Banks in Insolvenz gehen lassen, hätte dies ein größeres Leck in die Bilanzen der wahren Meister des Finanzuniversums geschlagen. Das wollte man verhindern, das hat man verhindert, indem man den größten Topf von allen anzapfte, nämlich die Steuergelder.

3) Hier kommen wir zur dritten Kardinal-Untugend der Bundesregierung: Sie hat die Steuergelder zugunsten der Bankrotteure der Finanzmärkte zweckentfremdet und sie hat dies unter Missachtung aller demokratisch-parlamentarischen Regeln getan.

Im Oktober 2008 beschließt der Bundestag auf Vorlage der Regierung die Einrichtung des Finanzmarktstabilisierungsfonds, des Soffin**.** Dieser Fonds verfügt über die sagenhafte Summe von 480 Milliarden Euro, das entspricht einem Fünftel des gesamten jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Doch wird das gewaltige Instrument als Sonderfonds aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert und der Kontrolle des Parlaments de facto entzogen.
Schon den Entwurf des Gesetzes hatte nicht etwa das Finanzministerium ausgearbeitet, sondern die private Kanzlei Freshfields/ Brukhaus/ Deringer, die zahlreiche Mandate für Banken wahrnimmt. Es war schon

von Geburt an ein reines Bankengesetz. Freshfields begleitete dann zahlreiche Banken im Zusammenhang mit Anträgen beim Soffin. Dieser selbst wird von Bankern geleitet und trifft alle Entscheidungen im Geheimen. Den Abgeordneten und der Öffentlichkeit wird verheimlicht, nach welche Kriterien der Staat die öffentlichen Mittel für die Rettung der Banken ausgibt.
Von der Verteidigung wird entgegen gehalten, der Vorwurf der undemokratischen Komplizenschaft von Banken und Regierung sei falsch. Die Krise könne doch nur in enger Kooperation von Politik und Banken überwunden werden und die betreffenden Maßnahmen könnten „nicht auf dem offenen Markt geschehen".
In Wahrheit ist dies eine zynische Bestätigung der Anklage. Die Verteidigung nennt die Komplizenschaft „enge Kooperation" und Demokratie wird als „offener Markt" disqualifiziert, auf dem sich die große Politik und die Sachwalter des großen Geldes bei schwierigen Fragen nicht tummeln könnten.
Genau gegen dieses Verständnis von Politik und Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums richtet sich die Anklage. Wir verlangen, dass entsprechend den Vorschriften des Grundgesetzes sich Politik und Reichtum am Wohl der Allgemeinheit auszurichten haben. Deshalb muss für die Allgemeinheit das Recht auf vollständige Information und effektive Mitentscheidung verwirklicht werden.
Hält die Verteidigung schon das Demokratieproblem für nicht gegeben, so will sie erst recht nicht irgendein schuldhaftes Verhalten bei den Regierenden oder den Bankern ausgemacht haben. Die Regierenden hätten auch Fehler gemacht, aber man dürfe bei den produzierten Ungerechtigkeiten nicht die großen Erfolge dieses dynamischen Wirtschaftssystems übersehen. Und die Banker würden nichts anderes tun, als ihre Interessen zu vertreten.
Wo sind denn die großen Erfolge dieses Systems? Das reale Bruttoinlandsprodukt ist von 2001 bis 2008 im Durchschnitt jährlich um 1,2 % gestiegen, 2009 ist es um 5 % gesunken. Selbst wenn man unberücksichtigt lässt, dass das BIP hier alle vom Markt bewerteten Güter und Dienstleistungen misst – von der Erhöhung der Krankenhaus- und Arzneikosten über die Aufarbeitung von Verkehrsunfällen bis zur Bankberatung beim Verkauf fauler Wertpapiere – so ist dies immer noch eine mickrige Steigerungsrate. Im selben Zeitraum sind übrigens die realen Nettolöhne um 4,5 % gesunken. Dies zeigt schon, bei wem „Erfolge" des Systems zu verzeichnen sind, und die schmerzlichen Verluste überwiegen. Denn während die Beschäftigten immer weniger bekamen, sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 40 % gestiegen, die Gewinne der Kapitalgesellschaften um 57 % und die Nettoprofite der 30 DAX-Konzerne um 75 %.
Es sollte bei der Untersuchung von Taten der Politik so sein wie bei den gewöhnlichen kriminalistischen Ermittlungen. Die entscheidende Frage dort lautet: Cui bono? Wem nützt es? Die neoliberale Politik nützt dem großen Kapital und sie schadet der großen Mehrheit der Bevölkerung. Es darf nicht länger sein, das ist die Mahnung unserer Anklage, dass sich die Politik zum Büttel des großen Kapitals machen lässt.
Auch der nächste Punkt der Verteidigung, dass Banken natürlich ihre Interessen vertreten, legt ein Grundproblem frei: Es handelt sich um ein System, in dem die jeweiligen Rollenträger an der Spitze des Finanz- wie des Realkapitals, wenn sie ihre Interessen konsequent vertreten, die Interessen der Allgemeinheit systematisch verletzten und hinsteuern auf den großen Knall und die große Krise. Wir haben es mit einem System zu tun, wo die handelnden Personen, wenn sie den eingebauten Imperativen folgen, den Weg zum wiederkehrenden Verhängnis organisieren. Dieses System klagen wir an, mitsamt der maßgeblichen Akteure, die das System steuern.
Der Anklagetext basiert u.a. auf Vorarbeiten von Werner Rügemer.

http://www.isw-muenchen.de/download/banken-anklage-cs.pdf

Conrad Schuhler ist Leiter des isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München



Interview mit Conrad Schuhler

Schwachstellen des Tribunals

***Frage**: Vor einem Jahr gab es den Attac-Kongress mit der Fragestellung „Kapitalismus am Ende?" Eine Mehrheit der Teilnehmer damals war eindeutig der Auffassung, man habe es mit einer Krise des Systems zu tun, nicht mit einer im System. Beim Banken-Tribunal konnte man den Eindruck haben, dass der Akzent eher auf einer besseren Regulierung des Systems lag.*

Schuhler: Bei Attac ist man sich einig, dass die aktuelle Finanzkrise eine „systemische" Krise offenbart. Es gibt aber nach meinem Eindruck **drei große Strömungen**, die den Begriff verschieden interpretieren bzw. verschiedene Schlüsse ziehen.
Die einen meinen, das System brauche eine neue Regulationsweise, man könne durch entsprechende politische Regeln und Eingriffe eine demokratische Zähmung der kapitalistischen Wirtschaftsweise erreichen, gerade auch im Finanzsektor.
Die anderen, zu denen ich mich zähle, halten dafür, dass die Logik des kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich aufgehoben werden muss. Dass Menschen, Natur und aus der menschlichen Arbeit entsprießende Finanzmittel unter dem Gesichtspunkt des Höchstprofits eingesetzt werden, das ist nicht zu „regulieren", das muss abgelöst werden durch eine solidarische, nachhaltige und demokratisch organisierte Wirtschaft und Gesellschaft.
Es gibt eine dritte Gruppe, die sagt, lass uns mit dem Regulieren beginnen, wir werden sehen, wie weit das reicht, im Zweifel müssen wir nachlegen. Diese dritte Strömung hat gegenüber der ersten an Gewicht gewonnen und die Schnittmengen mit der zweiten Gruppe, die den Bruch mit der kapitalistischen Lebens- und Produktionsweise fordert, sind größer geworden. Das hat sich auch beim Banken-Tribunal gezeigt.

***Frage**: Wo konkret?*

Schuhler: Vor allem auch im Urteil. Friedhelm Hengsbach hat in den so genannten normativen Grundlagen des Urteils die „Dynamik einer kapitalistischen Wirtschaft" prinzipiell kritisiert und in Frage gestellt. Er hat für die Jury erklärt, dass der Kapitalismus sich in drei Dimensionen als destruktiv erwiesen habe.
Erstens habe er das Kreditschöpfungspotential des Bankensystems aus seiner realwirtschaftlichen Verankerung gerissen.

Zweitens habe er das Naturvermögen, die „Sparbüchse des Planeten“, wie Hengsbach formulierte, verschlissen.
Drittens habe er das wirtschaftliche Wachstum immer mehr ungleich verteilt und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesprengt.
Die Jury ist in diesen fundamentalen Punkten der Beweisführung der Anklage gefolgt, wie auch bei der Frage der persönlichen und institutionellen Verantwortung und Schuld von Politik und Großkonzernen.

Nicht nur die Analyse ist prinzipiell kapitalismuskritisch, auch in den Schlussfolgerungen geht die Jury über den Rahmen des Kapitalismus hinaus. Märkte, heißt es im Urteil, seien überhaupt nur funktionsfähig, wenn sie moralisch, rechtlich und politisch reguliert seien. Als „Gegenpol“ zum kapitalistischen Vorgehen werden „demokratische Verfahren und Institutionen“ angeführt.
Dennoch ist nicht zu übersehen, dass das Urteil geprägt ist vom reformistischen Grundirrtum, der Staat könne als Vermittler zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Wohl fungieren. Wenn aber die vom Tribunal und seinem Urteil ausgehenden Impulse zu entsprechenden politischen Aktivitäten führen, würde man schnell an die Grenze dieser Vorstellung und zu einer neuen Qualität von Staat kommen. Die Richtung, die von dem Urteil angegeben wird, stimmt. Das Ziel liegt allerdings jenseits der kapitalistischen Schranken.

***Frage**: Stimmt der Eindruck, dass die Tribunal-Form eher zum Austausch und Wägen der Argumente einlädt als Impulse für das politische Handeln zu liefern?*

Schuhler: Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Attac und die Linke insgesamt mit dem Tribunal den Beweis erbracht hat, auf breiter Front über den nötigen Sachverstand auch in den komplexesten Fragen von Finanz- und Wirtschaftspolitik zu verfügen. Zum anderen zeigte sich bei den rund 1000 Teilnehmern über zwei Tage hinweg eine intensive Lernbereitschaft und Lernfähigkeit, die ahnen lässt, was an politischer Aktivität bevor stehen kann. Denn im Saal entwickelte sich spürbar eine gewaltige Energie, die es ersichtlich hinaus drängt in die politische Auseinandersetzung. Hier findet sich eine Schwachstelle des Tribunals, die meines Erachtens zu schwache Verknüpfung der Argumente und Schlussfolgerungen mit Taktik und Strategie des politischen Kampfes. Seminare und wissenschaftliche Konferenzen können notwendige Voraussetzungen für zielgerichtetes politisches Handeln sein. Ihren eigentlichen Sinn aber gewinnen sie erst durch die auf ihnen beruhende politische Aktion.

***Frage**: Wie will man mit den Ergebnissen des Tribunals denn heran an die aktiven sozialen Bewegungen und Gruppen?*

Schuhler: Ich denke, Attac wird versuchen, das Tribunal nun auf lokaler Ebene auszuwerten. Dann haben viele Aktive aus den verschiedensten Gruppen am Tribunal teilgenommen. Es ging ja nicht nur um die Auseinandersetzung zwischen Anklage und Verteidigung auf der großen Bühne, es fanden auch Workshops zu wesentlichen Fragen der globalen sozialen Kämpfe statt, von der Auszehrung der öffentlichen Haushalte über die Zerstörung von Arbeit und Natur bis hin zum Abbau von Demokratie und sozialer Sicherung. In sechs großen Workshops haben sich Aktive aus dem In- und Ausland ausgetauscht, nicht zuletzt über künftige gemeinsame Initiativen. Am letzten Tag wurde in sechs weiteren Veranstaltungen über Alternativen zum jetzigen System geredet und gestritten. Dabei spielte beispielsweise der bislang mangelhafte Einsatz vieler Gewerkschaften eine große Rolle. Die Meinung eines DGB-Vertreters, in der jetzigen Phase müsse man sich auf die Verteidigung des Erreichten konzentrieren, man stünde mit dem Rücken zur Wand und könne sich nicht mit großartigen alternativen Perspektiven beschäftigen, wurde fast unisono zurück gewiesen. Wenn es nicht gelingt, die Weichen prinzipiell neu zu stellen, wird man von der Wand nie mehr weg kommen, es sei denn, man bricht mit ihr zusammen ein.

***Frage**: Werner Rügemer war am Anfang aktiv bei der Vorbereitung des Tribunals dabei, er ist dann plötzlich ausgestiegen. Kannst Du das verstehen?*

Schuhler: Werner war eine entscheidende Antriebskraft für den Prozess von der Idee eines Bankentribunals bis hin zu einem einigermaßen reifen Produkt. Er ist ausgestiegen aus Enttäuschung und aus Protest gegen die Verschiebung des Schwerpunkts von der Anklage gegen konkrete Personen und der entsprechenden Feststellung konkreter individueller Schuld hin zur Betonung der systemischen Ursachen und der politischen Verantwortung der handelnden Personen. Auch in Werners Vorstellung war das individuelle Handeln stets an die Imperative des Systems gebunden. Ein System materialisiert sich ja nicht von selbst, es wird durch Personen realisiert. Deshalb muss man auch der Vorstellung von „Sachzwängen“, denen die Personen nun mal unterworfen wären, ebenso wie der Behauptung entgegen treten, auch die Eliten seien nun einmal „Getriebene“ des Systems. Diese Zurückweisung findet auch im Urteil statt. Dort wird ausdrücklich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das Grundgesetz hingewiesen, gegen die Politiker wie Schröder oder Merkel und Bankiers wie Ackermann und Tietmeyer verstoßen haben.
Die Frage kann nicht lauten, „politische Verantwortung oder kriminelles Handeln“, tatsächlich kommt beides bei unseren Eliten in den vor das Tribunal gebrachten Fällen aufs Schönste zusammen.
Es hätte darum gehen müssen, dies in der Vorbereitung des Tribunals kameradschaftlicher und klüger miteinander zu diskutieren und Werner im Team zu behalten. Er hätte dem Tribunal sicher noch ein paar Lichter aufgesteckt.

***Frage**: In den Medien ist die Resonanz auf das Tribunal relativ gering. Was für Mittel hat die gesellschaftskritische Bewegung, auch über die Medien zu Wort zu kommen?*

Schuhler: Dass es Medien, die bis zum großen Knall 2008 den Neoliberalismus gerechtfertigt, oft geradezu verherrlicht haben, nun schwer fällt, prinzipiell kritische Meinungen auch nur wieder zu geben, ist verständlich. Die Herren und Damen, ob vom Spiegel, der Zeit, dem Stern, der Süddeutschen Zeitung oder wo auch immer, würden sich Asche aufs eigene Haupt streuen. Das tun sie nicht. Sie haben nur ihre Kampflinie verschoben, von der blanken Lobpreisung des Kapitalismus hin zur Mahnung, „vernünftige“ Regulierungen vorzunehmen.
Die Medien sind zu einem großen Teil nicht weniger verantwortungslos und schuldig wie Politiker und Unternehmer. An dieser Stelle sei vielleicht ein Hinweis in eigener Sache erlaubt: Im aktuellen isw-Report beschäftigen sich Eckart Spoo, der langjährige Vorsitzende der Deutschen Journalistenunion, und Gert Hautsch, ausgewiesener Fachmann für Medienkonzentration, mit dem Thema: Kapitalmacht oder Pressefreiheit. Eckart Spoo entwickelt die These: Keine Demokratie ohne demokratische Medien. Nun, wir haben in der Tat keins von beidem.

http://www.isw-muenchen.de/download/banken-tribunal-int-cs.pdf



www.isw-muenchen.de

Andreas Fisahn

"Beinah ein Freispruch"

- Urteilskritik als Nachtrag zum Bankentribunal

"Beinah ein Freispruch" titelte die Financial Times Deutschland am 12. April, dem Montag nach dem ATTAC Bankentribunal. Das Urteil des Tribunals sei ausgesprochen milde ausgefallen. Für Josef Ackermann sei beinah ein Freispruch heraus gekommen, schrieb André Kühnlenz über das Ergebnis des Tribunals. Er bezog sich damit auf folgende Stelle im Urteil: *"Dem Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, ist anzulasten, dass er seine gesamtwirtschaftliche Verantwortung nicht wahrnimmt und sich darauf beschränkt, die Gewinnmöglichkeiten seiner Bank zu maximieren."* Das kommentiert Kühnlenz für die FTD so: *"Es dürfte Deutsche-Bank-Aktionäre geben, die ein solches Urteil gern unterschreiben."* Das trifft den Nagel auf den Kopf und ist keineswegs – in Form der üblichen Medienschelte – als schlechte Berichterstattung seitens der Presse zu bewerten.

Das Bankentribunal blieb im Großen und Ganzen kreuzbrav und innerhalb der herrschenden Marktlogik. Ein Tropfen sozialen Öls und ein höheres Verantwortungsbewusstsein in Politik und „Finanzindustrie", so der Tenor, sei ausreichend, um die schlimmen Auswüchse des Gewinnstrebens, die in die Krise führten, zu beseitigen, kurz die Gier einzudämmen. So heißt es im (vorläufigen) Urteil: „Vielmehr haben *sie (die Banken) durch ihr bedenkenloses Gewinnstreben den Grundsatz grob verletzt, dass ‚Eigentum verpflichtet' und auch dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen hat.*"

Nur ist es nicht die Pflicht des privaten Eigentümers das „Wohl der Allgemeinheit" bei seinen Handlungen zu bedenken – es wäre eine Überforderung und ein demokratischer Faux Pas, wollte man dem privaten Eigentümer die Pflicht und das Recht auferlegen, das Allgemeinwohl zu definieren und zu bestimmen. Das sollte Aufgabe eines demokratischen Gesetzgebers sein, der in diesem Sinne den Inhalt und die Grenzen des Eigentums festlegt, das heißt die Spielregeln der Finanzmärkte und/oder der Finanzinstitute bestimmen muss. Das Problem ist aber gerade, dass der Gesetzgeber die Finanzmärkte so organisiert hat, dass der kurzfristige Gewinn zum dominanten Handlungsmotiv wurde, Begrenzungen oder Korrekturen der Motivbildung – etwa Rücksicht auf die Arbeitnehmer oder die Umwelt – möglichst beseitigt wurden. Da kann man sich nicht ernsthaft wundern, dass die handelnden Personen diese neuen Spielräume des „Gewinnstrebens" (aus-)nützen.

Obwohl sich die **Anklage** Mühe gab, die systemischen Zusammenhänge hervorzuheben, deutlich zu machen, dass die Finanzkrise kein Ausrutscher sondern eine logische Folge entfesselter Finanz-Märkte ist und die Ursache in einer seit den 1970er Jahren begonnen Politik der Deregulierung der Märkte, der Verstärkung der privatwirtschaftlichen Logik auch bei öffentlichen Unternehmen, einer Umverteilung von unten nach oben und einer Orientierung am kurzfristigen Shareholder Value ist, **schlug das Tribunal eine andere Richtung ein.** Zunächst wurde historisch viel zu kurz nur die Entwicklung seit 1998, d.h. seit der rot-grünen Bundesregierung, die zu den „Angeklagten" gehörte, in den Blick genommen. Gravierender ist aber, dass nicht die grundsätzliche Entscheidung zugunsten einer marktgesteuerten und nicht demokratisch gesteuerten Gesellschaft zum Problem gemacht wurde, sondern Alternativen innerhalb einer Marktgesellschaft diskutiert wurden. Dafür **drei Beispiele**:

Kritisiert wurde in der Diskussion des Tribunals wie auch im Urteil, dass **die Rettung der HRE** intransparent und auf Kosten des Steuerzahlers erfolgt sei. Das Urteil stellt fest, „dass bei der Rettung der Hypo Real Estate unnötig Steuergelder verschwendet wurden, weil das Finanzministerium trotz bekannter Liquiditätsengpässen keinerlei Notfallplan aufgestellt hatte. So kam es zu einer nächtlichen Ad-hoc-Rettungsaktion, in der es nicht mehr möglich war, die HRE-Gläubiger angemessen an den Rettungskosten zu beteiligen." Sicher ist es innerhalb der herrschenden Logik ein Problem, dass die Anleger und Banker exorbitante Gewinne einstreichen, „der Steuerzahler" für die Verluste einstehen musste. Das zentrale Problem ist aber doch wohl, dass Gelder, die in die Banken (HRE, Commerzbank oder IKB und Landesbanken) gesteckt wurden, ohne dass dies zum Anlass oder auch Grund genommen wurde, Strukturreformen der Banken durchzusetzen, d.h. über die Eigentümerstellung eine andere Orientierung der Geschäftspolitik durchzusetzen. Der Staat als Eigentümer hätte sich allerdings – ähnlich wie bei den Sparkassen – als Bankeneigentümer auf das Gemeinwohl verpflichten können.

Kritisiert wurde weiter, dass ein **Konzentrationsprozess im Bankensektor** stattgefunden hat. Das bestimmte die Diskussion des Tribunals und findet sich folgerichtig im „Urteil" wieder. Dort heißt es: *„Zudem war es falsch, die Fusion von Commerzbank und Dresdner Bank zuzulassen und mit Steuermitteln zu finanzieren. Aus zwei Großbanken wurde damit eine noch größere Bank geschaffen, die im Geschäftsjahr 2009 auf eine Bilanzsumme von 844 Milliarden Euro kam – dies entspricht etwa einem Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Damit ist die neue Commerzbank eindeutig „too big to fail". Die Aufgabe der Bundesregierung wäre es gewesen, kleinere Banken zu schaffen, statt gigantische Zusammenschlüsse zu organisieren. Gleiches gilt für die Übernahme der öffentlichen Postbank durch die Deutsche Bank."*

Was ist eigentlich das Problem daran, dass eine Großbank „too big to fail ist"? – Sie kann nicht pleite gehen. Warum muss sie pleite gehen können?

<u>1. Antwort</u>: Damit der Markt inadäquates Geschäftsgebaren abstrafen kann und nur die gesunden Banken überleben. Der Marktglaube hat sich offenbar tief auch in die alternativen Hirne und Körper der Attacis eingefressen. Ob eine Bank marktadäquat handelt, interessiert nicht die Bohne, sie muss ihre gesellschaftlich, d.h. demokratisch definierten Aufgaben erfüllen. Es spricht die Angst des Kleinbürgers vor Großorganisationen, denen angelastet wird, die großartigen Wirkungen der Konkurrenz zu unterminieren.

<u>2. Antwort</u>: Eine kleine Bank kann pleite gehen, ihre Rettung kostet dann nicht die Gelder der Steuerzahler, sondern der Gläubiger. Das scheint offensichtlicher Unsinn zu sein und ist zu kurz gegriffen. Die Krise erzeugt selbstverstärkende Effekte durch Kreditausfälle, die zu ungewissen Risiken führen und dazu zwingen die Eigenkapitalquote zu steigern oder den „Hebel" zu senken, indem keine weiteren Kredite vergeben werden. Diese selbstverstärkenden Effekte sind offenbar abhängig von der Verflechtung der Banken und dem gleichsam psychologischen Effekt (der rational die Ungewissheit des Risikos betrifft), den eine Pleite (auch einer kleinen Bank) bei anderen Banken und bei den Anlegern hervorruft. Der Supergau ist doch, dass die Sparer massenweise ihre Einlagen abheben wollen – daher ja die wertlose Garantierklä-

rung der Kanzlerin zur Sicherheit der „kleinen“ Sparanlagen. Der Ausbruch des Supergaus hat aber allenfalls mittelbar oder zufällig etwas mit der Größe der Bank zu tun, die als erste pleite geht.

3. Antwort: Zu große Wirtschaftsunternehmen haben zu große politische Macht und unterminieren die Demokratie. Heißt umgekehrt: Für die Demokratie ist es förderlicher, wenn sie es mit vielen gleich großen, untereinander konkurrierenden Unternehmen zu tun hat. Diese Erkenntnis ist 200 Jahre alt, was ja nicht heißt, dass sie falsch sein muss. Die beider Urväter der modernen demokratischen Verfassung, Jean Jacques Rousseau oder Thomas Jefferson, gründeten ihre Vorstellungen einer demokratischen Organisation der Gesellschaft auf der Voraussetzung, dass die Bürger nicht politisch und rechtlich, sondern auch sozial gleich sind. Soziale Homogenität in Form einer Gesellschaft gleicher, miteinander konkurrierender Eigentümer ist das Urkonzept der modernen Demokratievorstellung. Nun war diese Vorstellung schon bei Jefferson mit einer impliziten Ausgrenzung verbunden, die Indianer und afrikanischen Sklaven gehörten selbstverständlich nicht in die Gruppe der sozial, gleichen Eigentümer. Mit der Entwicklung des Kapitalismus hat sich gezeigt, dass Jeffersons Traum einer homogenen Farmergesellschaft erstens durch die Dynamik der kapitalistischen Ökonomie ausgehöhlt wird. Alle Kartellgesetze, die in unterschiedlicher Rigorosität die Ballung ökonomischer Macht unterbinden wollten, erwiesen sich als stumpfe Schwerter. Zweitens ist die Vorstellung sozialer Homogenität möglicherweise auch kein Traum. Gegenüber dem Hedonismus des „Jeder nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten“ erscheint die Plackerei des freien Farmers jedenfalls wenig erstrebenswert. Kurz: Demokratie muss so konzipiert werden, dass sie mit Differenz umgehen kann. Demokratie im Kapitalismus muss so konzipiert werden, dass soziale Machtunterschiede ausgeglichen werden. Es scheint eine Illusion soziale Homogenität einzufordern und zur Voraussetzung der Demokratie zu machen. Der Kritikansatz, wie er während des Tribunals formuliert wurde und sich im Urteil wieder findet erscheint deshalb insgesamt verfehlt – mal abgesehen davon, dass diese Probleme allenfalls im Ansatz diskutiert wurden.

Diese Form der Kritik leistete einem weiteren Problem Vorschub, das bei der Konzeption des Tribunals schon erkannt wurde: Mit dem Zuschnitt, Personen anzuklagen werden **Machtverhältnisse, Strukturen und Prozesse personalisiert** und im Ergebnis kann man, wie es der Verteidiger Kaden formulierte, „abgehangenen Verschwörungstheorien“ huldigen. Die Gefahr hat sich m. E. insofern realisiert, als der Eindruck entstand, Politik und Banken seien ein einheitlicher Block mit klar definierten und meist eindimensionalen Interessen. Das Publikum, das war auch deutlich, goutiert solch einfache Erklärungsmuster, weil das Chaos von Eigenkapitalquote, CDS, Tranchieren und Hedge Fonds sowieso schwer zu lichten ist.

Gegenüber Versuchen, Politiken aus eindimensionalen Interessen und der Verflechtung von Politik und Finanzwelt zu erklären, ist es notwendig zu betonen, dass nicht nur die Politik, sondern auch Großbürokratien wie die Banken gedacht werden müssen als ein Kräftefeld, in dem unterschiedliche Werte, Interessen, Strategien und Taktiken formuliert werden und umkämpft werden, was keineswegs zu der von außen zugeschriebenen rationalen Definition von Interessen führen muss – erst recht lassen diese sich nicht eindimensional denken. Das hat die politische Konsequenz, dass man Alternativen mit Blick auf diese Kräfteverhältnisse formulieren kann, d.h. etwa bei der Stärkung gegenläufiger Kräfte ansetzen kann. Dies ist ebenfalls eine alte Diskussion, die aber offenbar ständig in Vergessenheit gerät. Ich will deshalb nur auf die Analysen Robert Reichs über den „Superkapitalismus“ verweisen, der plastisch nachweist, dass sich der neoliberale Kapitalismus eben nicht durch Verflechtung und Interessenkonvergenz auszeichnet, sondern gegenüber seinem fordistischen Vorgänger durch erhöhte Konkurrenz und Verflüchtigung der Identität von Nationalstaat und monopolistischem Unternehmen also durch die Pluralität der Interessen in der Oligarchie. Das fordistische Arrangement beschreibt Reich so: „Dank des oligopolistischen Systems konnten es sich diese Wirtschaftsführer leisten, in die Rolle des Staatsmanns zu schlüpfen und für das Wohl der gesamten Nation, und nicht nur ihrer Aktien und Kunden einzutreten“ (Superkapitalismus, S. 67) Dieses System hat sich im Neoliberalismus aufgelöst, aber es scheint die Blaupause zu sein, vor der während des Tribunals argumentiert wurde und die das Urteil prägt. Die Blaupause scheint aber keine Alternative im Sinne des Slogans von Attac zu sein: „Eine andere Welt ist möglich!“

Die alternativlose Befangenheit im System des Marktes wurde auch bei der **Diskussion der Krisenantworten** sichtbar. Das Urteil fasst zusammen: „*Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die derzeitige Bundesregierung eine Mitschuld trägt, dass die internationale Finanzmarktregulierung nur schleppend in Gang kommt. Kanzlerin Merkel ist erkennbar bemüht, die Standortinteressen der deutschen Kreditinstitute zu verteidigen. So konnte der Zeuge Sven Giegold glaubhaft belegen, dass Deutschland eine stärkere Bankenaufsicht auf europäischer Ebene verhindert und eine bessere Regulierung von Hedge-Fonds blockiert hat. Auch bei den neu auszuhandelnden Eigenkapitalrichtlinien wird den Interessen der deutschen Banken gefolgt.*“ Was da auf europäischer Ebene diskutiert wird, hat ja keine utopische Dimension, nicht mal eine demokratische. Es lässt sich eher als Versuch der pragmatischen Rettung des Neoliberalismus durch minimale Regeln für die Banken, deren Effektivität angesichts global unzureichend regulierter Finanzmärkte ausgesprochen fragwürdig ist. Ob Berlin hier bremst oder eher London ist dann eine zweite Frage, aber die ist irrelevant. Entscheidend ist vielmehr, dass **systemische Alternativen, d.h. Perspektiven der (Rück-)Eroberung demokratischer Entscheidungsbefugnisse gegen die Eigengesetzlichkeiten der Märkte nicht im Ansatz sichtbar geworden sind**, nicht einmal eingefordert wurden. Vielmehr blieb die Agenda des hegemonialen europäischen Diskurses Maßstab der Diskussion – wir sind ihnen auf den Leim gegangen.

Auch wenn das Tribunal mediale Aufmerksamkeit erregt hat und die organisatorische und mobilisierende Kompetenz von Attac unter Beweis gestellt hat. Es war auch eine verpasste Gelegenheit weiter zu denken. **Bloch formulierte „Denken heißt überschreiten“ - daran mangelte es.**

Andreas Fisahn, (1960) Hochschullehrer für öffentliches Recht, Umweltrecht und Rechtstheorie an der Uni Bielefeld, Neueste Buchveröffentlichung: Die Demokratie entfesseln und nicht die Märkte, Plädoyer für eine postkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft, Köln 2010

Das Urteil zum Nachlesen
Es handelt sich um eine vorläufige Version, die noch einmal überarbeitet und dann nachgereicht werden wird.

Schlussplädoyer der Anklage
Detlef Hensche hat das Schlussplädoyer der Anklage gehalten.

Großer Bogen der Verteidigung
Wolfgang Kaden hat den Großen Bogen der Verteidigung zu Beginn des Tribunals gehalten.

http://www.attac.de/aktuell/krisen/bankentribunal/urteil/

Werner Rügemer
Das ATTAC-Bankentribunal endete mit der Aufforderung an die Täter, es zukünftig besser zu machen

„Die Banken unter Führung ihres Sprechers Josef Ackermann und die Bundesregierungen unter Gerhard Schröder und Angela Merkel werden wegen gemeinschaftlichen Verfassungsbruchs und wegen gemeinschaftlichen Verstoßes gegen die Menschenrechte in Tateinheit mit Nötigung und organisierter Geheimhaltung verurteilt.“ – Einen solchen oder ähnlichen Satz sucht man in der Entscheidung des ATTAC-Bankentribunals vom vergangenen Wochenende in Berlin vergeblich.

Dabei wäre so eine Verurteilung leicht möglich gewesen. Der Sozialethiker **Friedhelm Hengsbach**, Mitglied des fünfköpfigen Gerichts, hatte die Rechtsgrundlagen für ein derartiges Verdikt skizziert: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, völkerrechtlich gültig und von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert, enthält Grundrechte wie das auf Arbeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf kostenlose Bildung, auf staatlichen Schutz der Gesundheit und ähnliche. Das Grundgesetz verpflichtet Regierungen und Bürger auf Achtung der Menschenwürde, der Demokratie und die Bindung des Eigentums an das Allgemeinwohl. Auch die von der Anklage beim Tribunal in Berlin vorgebrachten Taten der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (Deregulierung des Finanzwesens sowie der Arbeits- und Sozialverhältnisse) und des Kabinett von Angela Merkel (Rettung der Bankrotteure auf Staatskosten, Weitermachen wie bisher) sowie die Vergehen der angeklagten Banker Josef Ackermann und Hans Tietmeyer hätten für eine Verurteilung ausgereicht. Doch nichts dergleichen. **Es wurde kein Urteil gefällt, sondern es erging ein »Spruch«.**

Der Ökonomieprofessor **Elmar Altvater** hatte im *»großen Bogen der Anklage«* mächtiges moralisches Geschütz aufgefahren. Von *»Betrügereien«* und *»kriminellem Tun«*, gar vom *»diabolischen Spiel der Ackermänner«* sprach er. Doch dann knickte er ein: *»Es fällt der Anklage schwer, den Vorsatz zu den Taten nachzuweisen. Manchmal waren die Akteure naiv …«* So konnte und wollte man den »*Kriminellen*« dann doch keine Straftaten nachweisen. Im sanften Schlußantrag der Ankläger des Tribunals plädierte Gewerkschafter **Detlef Hensche** ebenfalls nicht für Verurteilung, sondern bezeichnete die Angeklagten lediglich als »mitverantwortlich «. Dann listete er eine lange Reihe von Forderungen auf, die die Beschuldigten künftig erfüllen sollen: Eine Finanztransaktionssteuer sei einzuführen, weitere Hilfen an Banken müßten unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden, es gelte, eine Sonderabgabe zur Deckung der Krisenkosten zu erheben usw.

»Wir können uns nicht anmaßen, hier Strafen auszusprechen, und damit wäre niemandem gedient«, meinte die taz-Redakteurin **Ulrike Herrmann**, Mitglied der Jury. Warum aber soll man Verfassungsbrecher nicht brandmarken? Wer jetzt nicht einmal eine symbolische Verurteilung wagt, wird auch keine tatsächlich befördern, wenn sie möglich geworden ist.

So folgte das **Gericht**, als »Jury« bezeichnet, mehr oder weniger diesen Vorgaben.
Die Angeklagten werden zwar als »Verantwortliche« benannt, ihnen wird eine Mitschuld gegeben, doch es ergeht kein Schuldspruch. Da heißt es unter anderem, dem Chef der Deutschen Bank sei »anzulasten«, daß er seine gesamtwirtschaftliche Verantwortung »nicht wahrnimmt«. Ackermann wird kritisiert, daß er seinen Finanzkonzern »weiterhin auf das hochspekulative Investmentbanking« ausrichtet – Kritik, aber keine Verurteilung. Bei den Rettungen der Hypo Real Estate (HRE) und der anderen Banken auf Staatskosten seien der Regierung Merkel und Finanzminister Steinbrück »gravierende Fehler unterlaufen « – auf einen Schuldspruch wegen Komplizenschaft und Ausplünderung der Staatsfinanzen für private Zwecke wartete man vergeblich. Statt die Regierung wegen organisierter Geheimhaltung anzuprangern bemängelte das Tribunal lediglich, sie habe bei der Bankenrettung »angestrengte Versuche der Geheimhaltung« gemacht. »
Verwundert nimmt die Jury zur Kenntnis, daß keine Fraktion des Deutschen Bundestages gegen die Selbstentmachtung des Parlaments geklagt und ihre elementaren Rechte beim Bundesverfassungsgericht eingefordert hat«, heißt es. Statt die entsprechenden Fraktionen und Abgeordneten wegen dieser zutreffend festgestellten Selbstentmachtung zu verurteilen.

Der »Spruch« kommt durchaus zu einigen guten Schlußfolgerungen, die eine qualitative Veränderung des Finanzwesens bedeuten und teilweise über den bisherigen ATTAC-Rahmen hinausgehen. Beispielhaft dafür steht das geforderte »Verbot aller Finanzprodukte, die keinen zwingenden Nutzen für die Kreditversorgung von Unternehmen und Privatpersonen haben«.
Am Ende aber werden die Täter aufgefordert, es in Zukunft besser zu machen: Die Bundesregierung soll eine Finanztransaktionssteuer einrichten, die Banken sollen keine Termingeschäfte mit Agrarrohstoffen mehr machen und ähnliches.
Das ist alles nicht falsch, aber **wesentlich wäre die Verurteilung der Täter gewesen, als Signal eines selbstbewußten Aufbruchs derer, die aktiv werden müssen und wollen, um solche und andere Vorschläge durchzusetzen**. Das Bedürfnis nach Selbstbetätigung angesichts der gelähmten und lähmenden deutschen »Öffentlichkeit« und der medialen Manipulation ist groß.

http://www.jungewelt.de/2010/04-15/058.php

http://www.werner-ruegemer.de/

Bernard Conte
Griechenland: Strukturanpassungsprogramme wie in Ländern der Dritten Welt

Der massive Sparkurs, dem sich Griechenland unterziehen soll, hat sein Vorbild in der Strukturanpassungspolitik, die den Ländern des Südens vom IWF nach der Schuldenkrise auferlegt wurde, die 1982 nach der Wiederanhebung der Leitzinsen durch die Fed ausgelöst wurde, stellt der Wirtschaftswissenschaftler Bernard Conte fest. Zu dieser Zeit, wie auch heute, bestand die echte Schwierigkeit darin, den Bevölkerungen klar zu machen, dass sie die Kosten der Krise tragen müssen. Doch seither sind die politischen Maßnamen zur Durchsetzung solcher bitteren Pillen ausgefeilter geworden, gibt er zu bedenken, und erinnert daran, dass die OECD für alle Fälle einen Leitfaden zu Strategien herausgegeben hat, die unter solchen Umständen verfolgt werden sollen. Beispielsweise kann man dort lesen, dass *„wenn die Sachausgaben gesenkt werden, darauf zu achten ist, dass man nicht die Menge der Dienstleistungen reduziert, auch auf die Gefahr hin, dass deren Qualität leidet. Man kann zum Beispiel die Sachmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Schüler oder Studenten zu beschränken. Die Familien würden nämlich sehr heftig auf die Ablehnung einer Anmeldung ihrer Kinder an einer Schule reagieren, nicht jedoch auf eine graduelle Verschlechterung der Unterrichtsqualität."*
Erinnert Sie das nicht an etwas?

Griechenland ist hoch verschuldet und die internationale Finanzwelt attackiert das schwache Glied der Eurozone, um den Zusammenhalt des Ganzen auf die Probe zu stellen, bevor sie möglicherweise in anderen Ländern spekuliert, um extrem hohe Profite zu erzeugen.
Die Reaktion auf diese Attacke dürfte sein, dass Griechenland unter «Vormundschaft» der europäischen Union, seiner Partner innerhalb der Eurozone und/oder eines möglichen europäischen Währungsfonds gestellt wird. Ähnlich den Ländern der Dritten Welt seit Beginn der 1980er Jahre wird Griechenland erleben, dass ihm ein drastisches wirtschaftliches und soziales Anpassungsprogramm auferlegt wird, das ihm Strukturen wie in einem Dritte-Welt-Land bescheren wird – wahrscheinlich Vorbote einer ähnlichen Entwicklung in anderen europäischen Ländern.
Griechenland verzeichnet ein riesiges Haushaltsdefizit, das durch Kredite finanziert werden muss, deren Summe die Staatsverschuldung erhöht. Um das Vertrauen seiner privaten Kapitalgeber wieder herzustellen, muss das Land seine Verschuldung verringern. Ansonsten könnte der « Risikoaufschlag », der von den Geldgebern gefordert und zu den « normalen » Zinssätzen hinzugerechnet wird, zu einem Wucherzins führen. Giorgos Papandreou hat keine andere Wahl, er muss die Neuverschuldung senken, ja sogar den Umfang der griechischen Gesamtverschuldung verringern.

Das Beispiel der Dritten Welt 1982
Die «Überschuldung » Griechenlands erinnert sofort an die Lage der Länder der Dritten Welt während der Schuldenkrise ab 1982. Damit diese ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen konnten, bekamen die Länder der Südens, die ihren Schuldendienst nahezu eingestellt hatten, «Hilfe» vom IWF und der Weltbank. Diese Institutionen gaben den Ländern des Südens Kredite, damit diese ihre Gläubigerbanken bezahlen konnten. Die genannten Banken konnten somit einen großen Teil ihrer "faulen" Forderungen oder (toxischen Papiere, in politisch korrekter Sprache) dem IWF und der Weltbank zuschieben. Im Gegenzug bekamen die Länder, denen "geholfen wurde", Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen, die Umsetzung des Konsens von Washington, der von einem neoliberalen und monetaristischen Geist geprägt war[1].
Mit der Anwendung seiner „zehn Gebote" zielt der Konsens von Washington darauf ausgerichtet, dass die Länder durch Strukturanpassungsmaßnahmen ihre Fähigkeit wiedererlangen, den Schuldendienst (Hauptschuld und Zinsen) ihrer Außenhandelsverschuldung zu leisten. Es müssen also um jeden Preis Gelder bereitgestellt werden, um die Gläubiger zu bezahlen.

Verringerung des Staatsdefizits
Dieser Ansatz beinhaltet die **Senkung der Ausgaben** und die Erhöhung der Staatseinnahmen. Bezüglich der öffentlichen Ausgaben impliziert dies die Reduzierung
- der Personalkosten des öffentlichen Dienstes (Senkung der Beschäftigtenzahl und/oder der Höhe der Gehälter)
- anderer Haushaltsausgaben (Bildung, Sozialwesen...)
- von Subventionen (öffentlicher Dienst, Vereine...)
- öffentlicher Investitionen (Infrastrukturmaßnahmen…)

Die **Erhöhung der Einnahmen** erfordert
- die Erhöhung der Steuerlast
- die Privatisierung von rentablen öffentlichen Dienstleistungen (Wasser, Strom..)

Und ganz allgemein soll das **Wachstum** den Handlungsspielraum erweitern, d.h. durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität, die ganz automatisch die Staatseinnahmen erhöht. Das Wachstum kann mit Hilfe von Exporten erreicht werden, wenn die nationale Produktion aufgrund der **Abwertung der nationalen Währung** im Ausland wettbewerbsfähiger wird. Sollte sich dies jedoch als unmöglich herausstellen, bleiben inflationsdämpfende Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit (wie dies auch für den CFA-Franc vor der Abwertung von 1994 geschah [2]), die darin bestehen, eine niedrigere Inflationsrate als in konkurrierenden Ländern zu erreichen.

Letztendlich bedeutet die Philosophie der Strukturanpassungsprogramme, einerseits eine lokale Überschussproduktion zu erreichen (durch das Wachstum), und andererseits den lokalen Verbrauch dieses Überschusses zu reduzieren, damit er exportiert werden kann. In keinem Fall ging es um das Wohlergehen der Bevölkerung.

Eine dramatische Bilanz der Strukturanpassungsmaßnahmen
Die Weltbank und der IWF finanzierten zahlreiche Studien, um zu zeigen, dass die Strukturanpassungen Wachstum erzeugen würden und durch den Durchsickerungseffekt (Trickle-Down-Effekt) sogar für die Armen Vorteile bringen würden. Doch die negativen sozialen Konsequenzen wurden schnell sichtbar und bemängelt[3] . So wuchs die Armut und die vorher existierende Mittelschicht verarmte. Die Bevölkerungen der Länder des Südens erlebten die unheilvollen Konsequenzen der Anpassungsmaßnahmen, mit denen die Schulden zurückgezahlt werden sollten, von denen sie nur wenig profitiert hatten.

Griechenland leitet die Politik der Strukturanpassungsmaßnahmen in Europa ein
Bis heute war die aufgezwungene neoliberale Anpassung den "nicht entwickelten"

Ländern vorbehalten. Griechenland setzt den Prozess einer Entstehung von Strukturen der Länder der Dritten Welt in Europa in Gang, indem es sich unter das Joch der „Anpassung“ begibt. Dem Beispiel der Länder der Dritten Welt folgend, geht es darum, den Handlungsspielraum des Staatshaushalts durch die Reduzierung der Staatsaufgaben, durch Privatisierung, Deregulierung und deutliche Einschnitte im Gesundheitswesen, in der Bildung etc. zu erweitern, um die Auslandsschulden zu bezahlen,

Griechenland als Testfall für ein neoliberales Europa

Ein Unsicherheitsfaktor bleibt: die Reaktion der Bevölkerung. Wird die Bevölkerung den „Sparkurs“ akzeptieren? Streiks und Demonstrationen finden schon statt. Gestern, am 11. März, protestierten über 100.000 Menschen in den Straßen von Athen. In Portugal und in Spanien ist die gesellschaftliche Mobilisierung im Gange. Wird die Anpassung auf ein gesellschaftliches Hindernis stoßen? Dies wird umso mehr der Fall sein, wenn die sozialen Unruhen politische Auswirkungen haben, indem politische Kräfte aufstreben und möglicherweise an die Regierung kommen, die sich außerhalb des "Konsens" befinden. Aber auch hier können sich die beteiligten Eliten von den Erfahrungen der Dritten Welt inspirieren lassen, um die Reformen "durchzubringen".

Die politische Umsetzbarkeit der Strukturanpassungen

In den 1990er Jahren wurden innerhalb der OECD viele Konzepte über die politische Umsetzbarkeit der neoliberalen Strukturanpassungen erarbeitet |4|. Christian Morrisson warnt: *„Die Umsetzung von Strukturanpassungsprogrammen in Dutzenden von Ländern in den 1980er Jahren hat gezeigt, dass man die politische Tragweite der Anpassungen nicht beachtet hatte. Unter dem Druck von Streiks, Demonstrationen, sogar Aufständen waren mehrere Regierungen gezwungen, ihre Programme zu unterbrechen oder diese drastisch zu kürzen.*“ (S. 6). Es empfiehlt sich, die Risiken zu verringern und eine passende politische Strategie anzuwenden.

Maßnahmen mit geringem politischem und sozialem Risiko

Auf der Grundlage von mehreren Länderstudien betont Christian Morrisson *„die politische Bedeutung bestimmter Maßnahmen [...]: Mit einer restriktiven Geldpolitik, drastischen Kürzungen von öffentlichen Investitionen oder der Reduzierung der Haushaltsausgaben geht eine Regierung kein Risiko ein. Dies bedeutet nicht, dass diese Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft haben: Der Rückgang der öffentlichen Investitionen verlangsamt das Wachstum in den kommenden Jahren und drängt tausende von Bauarbeitern von jetzt auf gleich in die Arbeitslosigkeit ohne Anspruch auf Sozialleistungen. Wir ziehen hier jedoch nur aufgrund eines Kriteriums Schlussfolgerungen: Das Risiko von Unruhen zu verringern“* (S. 16). Nun, *„die Bauunternehmen leiden sicher sehr unter solchen Einschnitten [der staatlichen Investitionen] und die Firmenpleiten und Entlassungen vervielfachen sich. Doch dieser Sektor, der vorrangig aus kleinen und mittelständischen Unternehmen besteht, hat fast keine politische Macht* (S.17). *Die Kürzung der Löhne und der Abbau von Arbeitsplätzen in der Verwaltung und in halböffentlichen Unternehmen gehören gewöhnlich zu den wichtigsten Maßnahmen der [Strukturanpassungs-]Programme“* (S. 29).

Nach Meinung von Christian Morrisson ist diese Maßnahme „politisch weniger gefährlich“ als andere, denn *„sie betrifft eher die Mittelschicht als die Armen“* (S. 29). Im Fall von Unruhen (Streiks...) *„hat die Regierung immer die notwendigen Mittel, um an den Pragmatismus der Beamten zu appellieren. Sie kann beispielsweise erklären, dass der IWF eine Reduktion der Personalkosten um 20 Prozent fordert und dass man die Wahl hätte, entweder Beschäftigte zu entlassen oder die Gehälter zu kürzen und dass sie die zweite Lösung im Interesse aller Beteiligten vorziehe. Die Erfahrungen mehrerer afrikanischer Regierungen haben gezeigt, dass solche Worte Gehör finden“* (S. 29). Das was für Afrika gilt, ist sicherlich auch anderswo gültig.

Verschlechterung der Qualität des öffentlichen Dienstes

„Wenn man die Haushaltsausgaben reduziert, muss darauf geachtet werden, dass nicht der Umfang der Dienstleistungen abnimmt, auf die Gefahr hin, dass die Qualität sinkt. Man kann beispielsweise die Sachmittel für Schulen oder Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Anzahl von Schülern oder Studenten zu beschränken. Die Familien würden nämlich sehr heftig auf die Ablehnung einer Anmeldung ihrer Kinder an einer Schule reagieren, nicht jedoch auf eine graduelle Verschlechterung der Unterrichtsqualität. Die Schule kann schrittweise und punktuell einen Beitrag der Familien einfordern oder das ein oder andere Angebot abschaffen. Diese Maßnahmen werden scheibchenweise durchgeführt, in einer Schule aber in der nächsten nicht, so dass eine generelle Unzufriedenheit in der Bevölkerung vermieden wird“ (S. 30). Ohne Kommentar!

Die Spaltung der Gesellschaft als Voraussetzung für Strukturanpassungen

„Eine Regierung kann nur schwer gegen den Willen der Öffentlichkeit als Ganzes [Anpassungsmaßnahmen durchsetzen]. Sie muss die Unterstützung eines Teils der Öffentlichkeit gewinnen, auch wenn dadurch einige Gruppen besonders benachteiligt werden. In diesem Sinne ist ein Programm, das alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen trifft (d.h. ein Programm, das aus sozialer Sicht neutral wäre), viel schwieriger durchzuführen als ein einseitiges Programm, unter dem nur bestimmte Gruppen leiden müssen und andere ausgespart werden, damit diese die Regierung unterstützen“ (S. 17). Da *„die Mehrheit der Reformen bestimmte Gruppen treffen und gleichzeitig andere bevorteilen, [...]kann sich eine Regierung jederzeit auf die Koalition der Gruppen auf der Gewinnerseite gegen die Verlierer verlassen“* (S. 18). Man muss also die Gesellschaft spalten und gegeneinander aufbringen, um dann etwas durchzusetzen.

Ideale Bedingungen in Diktaturen für die Durchsetzung von Reformen

„Wenn man die Länder Lateinamerikas miteinander vergleicht und demokratische Regime, wie Kolumbien, Ecuador und Peru, Militärregimes wie Argentinien oder Chile zwischen 1981-82, gegenüberstellt, zeigt sich, dass es in Militärregimes viel weniger Unruhen gibt.[...] Der Vergleich der Erfahrungen mit Argentinien unter der Militärdiktatur (1981) und als Demokratie (1987) spricht Bände: Die Protestrate war 1987 dreimal höher und es gab viel mehr Demonstrationen“ (S. 12). Ein hartes Regime ist daher optimal geeignet, um Reformen durchzusetzen. Ist der Neoliberalismus dabei, zu entgleisen?

Auf jeden Fall zeigt sich an Griechenland, wie europäischen Staaten Strukturanpassungsprogramme drohen wie Länder der Dritten Welt seit langem erleiden müssen.

12. März 2010

Fußnoten

|1| Siehe auch: Le consensus de Washington
|2| Bernard Conte, Dévaluation du Franc CFA et équilibre des paiements courants, DT n°20, C.E.D., Bordeaux, 1997
|3| Beispielsweise nachzulesen bei: Cornia, Giovanni Andrea, Richard Jolly, and Frances Stewart. Adjustment with a human face. Protecting the vulnerable and promoting growth vol 1. Oxford : Clarendon Press, 1987
|4| Vg. Christian Morrisson, La faisabilité politique de l'ajustement, Paris, Centre de développement de l'OCDE, Cahier de politique économique n° 13, 1996. (bis zur letzten Fußnote beziehen sich die Seitenzahlen auf dieses Dokument).

Bernard Conte ist Dozent an der Universität Bordeaux. Autor des Buchs "La Tiers-Mondialisation de la planète" (Die Welt wird zum Dritte-Welt-Land)

http://www.cadtm.org/La-Grece-prefigure-la-Tiers

Übersetzung: coorditrad (Kirsten HEINIGER, Annette HEISS)

Ohne Kommentar:

„Ein Diktator fände in Griechenland immer noch enorme Möglichkeiten, Geld zu beschaffen und die Zinsen weiter zu bedienen. Athen könnte Staatsunternehmen verkaufen, Beamte später als bisher pensionieren, die Pensionen drastisch kürzen und die Steuereintreibung professionalisieren. All das brächte Geld. Als Ultima Ratio hat die Regierung immer noch die theoretische Möglichkeit, die 10 Millionen Griechen zu enteignen. Doch Demokraten möchten sich und den Bürgern die Schmerzen nicht zumuten, die damit verbunden sind. Lieber kapitulieren sie vor den Gläubigern als vor den Bürgern“

Winand von Petersdorff in der FAZ vom 25.April, Seite 33

Griechen machen Druck
Arbeiterkämpfe in Griechenland

23.04.2010

Der bereits vierte Streik in diesem Jahr legte am Donnerstag nicht nur weite Teile des öffentlichen Dienstes in Griechenland lahm. Auch blieben wichtige Großunternehmen der Nahrungsmittelbranche wie Delta, Nounou oder Nestle, Bekleidungsunternehmen wie Boxer, sämtliche Großbaustellen des Landes und selbst »hartgesottene« Gewerkschaftsgegner wie Lidl geschlossen. Wie auch am Vortag wurden Krankenhäuser unter anderem in Athen und Piräus nur mit einem Notfalldienst betrieben. Ärzte und Pflegepersonal wehrten sich damit gegen eine Kürzung der öffentlichen Zuschüsse um 20 bis 30 Prozent.

Zu dem Protest gegen die Sparpläne der Regierung im Einklang mit der EU in Brüssel hatten die kommunistische Gewerkschaftsfront PAME, deren 48stündige Kampfmaßnahmen bereits am Mittwoch begonnen hatten, und der Dachverband der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst (ADEDY) aufgerufen. Zehntausende Beschäftigte beteiligten sich an Demonstrationen unter anderem in Athen und Thessaloniki.

»Das erschreckende Dilemma der Regierung lautet: Entweder wir nehmen ein Darlehen auf – und das Volk verliert jedes seiner Rechte; oder wir leihen kein Geld – und das Volk verliert trotzdem«, erklärte Aleka Papariga, Generalsekretärin der Kommunistischen Partei (KKE), auf der Streikkundgebung in der griechischen Hauptstadt. Giannis Tasiolas von der Gewerkschaft der Bauarbeiter und Mitglied im von der PAME initiierten Komitee Arbeitsloser konstatierte: »Seit zwei Tagen stehen Tausende Arbeiter als Streikposten vor den Werkstoren und bieten Unternehmern und Regierung die Stirn.«

Neben dem Widerstand gegen alle bisher im Rahmen des »Sparprogramms zur nationalen Rettung« eingeführten Lohnkürzungen wurde besonders der geplante Umbau bei der Sozialversicherung kritisiert. Bleibe es dabei, so würden die im EU-Vergleich ohnehin mageren Renten um bis zu 40 Prozent sinken, erklärte ein PAME-Sprecher.

Im Mittelpunkt der inländischen Berichterstattung stand indes auch am zweiten Tag des generalstreikähnlichen Ausstands der Arbeitskampf der griechischen Seeleute. Auf Klage der Reeder waren deren Aktionen am Mittwoch gerichtlich für illegal erklärt worden. Gegen die Vorstandsmitglieder der beiden Seeleutegewerkschaften PEMEN und STEFENSON wurden Strafbefehle in Höhe von 1000 Euro und sechs Monate Haft pro Person verhängt, vollstreckbar im Falle eines Streiks. Die Seeleute sorgten trotzdem am Donnerstag in den Häfen auch dafür, daß kein einziges Schiff ablegte. »Jetzt geht es darum, neben unseren Rechten in den Bereichen Arbeit, Sozialversicherung und Entlohnung auch das Streikrecht zu verteidigen«, so die Gewerkschaften.

http://www.jungewelt.de/2010/04-23/052.php

Weitere Artikel über Griechenland: **Sand im Getriebe Nr.81**

Rick Wolff, "Greece, Again: Demystifying "National Debt" **http://mrzine.monthlyreview.org/2010/wolff270410p.html**

Griechische Schulden und deutsche Panzer: *„… Vier Monate, vier Themen, vier Erkenntnisse: Griechenland steht erstens für Strukturschwächen. Es gibt zweitens keinerlei deutsche Schulden gegenüber Griechenland und schon gar nicht darf das Thema Reparationen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise in Griechenland erwähnt werden. Der tatsächlich Angeklagte ist vielmehr - drittens – Griechenland, das „unsere“ Einheitswährung gefährdet. Das Land muss daher viertens nochmals die Schulbank drücken und hat dabei vor allem zu einer rechtschaffenen, ehrlichen Wirtschaftsweise zu finden…“* Artikel von Winfried Wolf : *http://www.labournet.de/internationales/gr/krise_ww.pdf*

http://www.labournet.de/internationales/gr/schuldenkrise.html

Merkel als Motor neoliberalen Rollbacks, Attac De verlangt Forderungs-Verzicht von Gläubiger-Banken, Presseerklärung vom 26.4. http://www.attac.de/aktuell/presse

Attac Frankreich

Der Euro in Händen des IWF: ein historischer Bruch

Der Beschluss der Verantwortlichen der Euro-Gruppe vom 25. März 2010 markiert möglicherweise eine historische Wende im europäischen Einigungsprozess. Erstmals wendet sich Europas Führung an den Internationalen Währungsfonds um Beistand für ein Mitglied der Euro-Zone – Griechenland. *Artikel vom 26.03.10*

In dem gemeinsamen Vorschlag bleiben die Mechanismen dieser Hilfe weitgehend im Unklaren; sie soll lediglich als *"Ultima Ratio"* zum Zug kommen. In Wahrheit vollziehen die europäischen Mächte damit eine außerordentliche Preisgabe ihrer Souveränität. Nach dem Verzicht auf eine autonome europäische Haushaltspolitik und der Übereignung der Währungshoheit an eine unabhängige Instanz ohne jegliche demokratische Kontrollmöglichkeit – die EZB –, nach der Deregulierung der Finanzmärkte und der Duldung dessen, dass ArbeitnehmerInnen, Kleine und mittlere Unternehmen, öffentliche Dienstleistungen und nunmehr die Staaten selbst von den Hedge-Fonds ausgeblutet werden, gehen die Verantwortlichen der Euro-Zone heute noch weiter: Sie beschließen, die Verantwortung für die europäische Währung mit dem Internationalen Währungsfonds zu teilen. Dieser steht weitgehend unter der Kontrolle der USA und handelt seit jeher nach den Interessen der internationalen Finanzindustrie. Wohl aus diesem Grund hat es die europäische Führungselite – auf Betreiben von Angela Merkel – hingenommen, ihm die Zügel zu überlassen. Hat die EZB unter Trichet etwa noch Zweifel ob ihrer Finanzorthodoxie offen gelassen?

Zeitgleich mit diesem Beschluss der Führung der Euro-Gruppe kam die Meldung, dass die Untersuchung der europäischen Finanzaufsicht bezüglich der Spekulationen gegen den Euro ergebnislos geblieben war. Die Aufsichtsbeamten vermochten die Hedge-Fonds, die sich über Griechenland hermachen, nicht zu orten und übergaben die Sache ... an die Geheimdienste![1] Bereits am 16. März hatten die europäischen FinanzministerInnen darauf verzichtet, eine schlichte Meldepflicht für Hedge-Fonds zu verabschieden. Die Willfährigkeit der Politik gegenüber den SpekulantInnen ist geradezu anstößig, just zu einem Zeitpunkt, wo allen Ortes – angefangen in Frankreich – drastische Streichungen der öffentlichen Ausgaben und der Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme geschnürt werden, um es denselben Hedge-Fonds recht zu machen, von denen die Finanzkrise und die Verschärfung der Staatsdefizite ausgegangen sind!

Es gibt nur eine Möglichkeit, die Höllenfahrt des Euro, Europas und der europäischen Völker, für den Griechenland den Auftakt bildet, aufzufangen: Finanztransaktionen müssen mit drakonischen Steuern und Auflagen versehen werden – falls notwendig, zu allererst auf europäischer Ebene.
Ferner muss für die Staaten die Möglichkeit geschaffen werden, bei der EZB zu günstigen Konditionen Geld aufzunehmen.
Eine Handlungslegitimation des IWF wäre erst dann vorhanden, wenn er umfassend reformiert und demokratisiert in die Dienste der UNO eingegliedert wird, die für die Finanz- und Währungsstabilität – ein globales öffentliches Gut – die Verantwortung übernimmt.

Attac Frankreich, Montreuil, am 26. März 2010

Fußnoten

[1] "Dérivés : l'accès à l'information progresse" ("Derivatgeschäfte: Der Informationszugang weitet sich aus"); *Les Échos,* 26./27. März 2010

Übersetzung: coorditrad, Bernhard Sallegger

Retter IWF?!! „In den EU-Ländern Ungarn, Lettland und Rumänien hat der IWF bereits sein Können unter Beweis gestellt. In Lettland wurde auf seinen Befehl hin die Hälfte aller Krankenhäuser geschlossen. Die für Ungarn vorgesehenen Kürzungen waren so rücksichtslos, daß das Land auf eine weitere Zusammenarbeit mit dem Fonds verzichtete. Die Demonstranten, die jetzt in Athen gegen die Beteiligung des IWF auf die Straße gehen, wissen sehr genau, warum sie protestieren.“ (Andreas Wehr in der junge welt, 26.4.2010)

Auch Osteuropa im Würgegriff des IWF in SiG 77, http://sandimgetriebe.attac.at/8350.html

„Wir sind alle GriechInnen! Oder: Wie die Finanzmärkte die sozialen Rechte in Europa auffressen“: ATTAC nahm am französischen Aktionstag der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und RentnerInnen teil, denen Krise und Prekarität hart zusetzen (23. März 2010). Im Hintergrund braut sich ein Sparplan zusammen, wie ihn Griechenland heute zu spüren bekommt *„Mit dem Vorwand, die Finanzierung der* ***Renten*** *zu sichern, haben alle Reformen zu einer erheblichen Senkung der Rentenhöhe geführt. Die französische Regierung will noch weiter gehen und das Recht auf eine Rente ab 60 Jahren abschaffen, die Dauer der Rentenbeiträge erhöhen und die Beamten erneut schröpfen. Es gibt aber andere Lösungen zur Finanzierung der Renten: Eine Umverteilung des produzierten Reichtums indem die Profite zur Finanzierung herangezogen werden.“*
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique24 (s. auch http://petition.exigences-citoyennes-retraites.net/)

Weitere Artikel und Flugblätter von attac Frankreich zu der „Rentenreform“ www.france.attac.org/spip.php?article11197

Bernard Schmid

Frankreich: Ablehnung der neuen Rentenreform

Eine gemeinsame Tagung von fünf der insgesamt acht wichtigsten französischen Gewerkschaftszusammenschlüsse fand am 30. März statt. Auf ihr wurde beschlossen, dass es dringlich sei, gegen die derzeit akut drohende nächste Stufe der Renten‚reform' in Frankreich - nach jenen von 2003 und 2007/08 - und die durch die Regierung programmierten sozialen Rückschritte zu protestieren; dass das geeignete Mittel dafür aber die 1. Mai-Demonstrationen seien.

Seit Jahresbeginn verdichten sich alle Hinweise darauf, dass die konservativ - wirtschaftsliberale Regierung unter Präsident Sarkozy und seinem Premierminister François Fillon in diesem Jahr 2010 die Kraftprobe suchen, um die dritte Stufe der Renten‚reform' durchzudrücken.

Die erste Stufe war (trotz massiver Proteste und nachdem bis zu zwei Millionen Menschen dagegen demonstrierten hatten, wobei die sozialliberal angeführte Gewerkschaft CFDT genau 48 Stunden nach den ersten Demonstrationen vom 13. Mai 2003 aus der Streikfront ausgeschieden war und die „Reform" unterstützt hatte) am 24. Juli 2003 verabschiedet worden. Sie beinhaltete die Anhebung der obligatorischen Anzahl von Beitragsjahren, die für eine Pension zum vollen Satz erforderlich ist, für alle Berufsgruppen auf 40 bis in diesem Jahr 2010 (zuvor waren es im öffentlichen Dienst noch 37,5 Beitragsjahre; im Privatsektor zunächst ebenfalls, doch im Jahr 1993 wurde dort die Anhebung vorgenommen). Perspektivisch sah sie bereits, nach einer „Bilanz" im Zeitraum 2008 und einer neuen Entscheidung in 2010, die weitere Anhebung auf 42,5 Beitragsjahre bis im Jahr 2020 vor.

Im Winter 2007/08 wurden zudem, als „zweite Stufe", die bislang bestehenden Sonder-Rentenregime oder *‚Régimes spéciaux'* bspw. für Eisenbahner/innen (für die historisch die, allerdings relativ schlecht bezahlte, Rente mit 55 errungen worden war) ausgehebelt. Und zum Jahresende 2008 wurde, per Überraschungscoup des Gesetzgebers, ein neues Höchstalter für den Renteneintritt von 70 (statt bislang 65) eingeführt. Als gesetzliches Mindestalter für den Renteneintritt gilt weiterhin die Grenze von 60, wobei (wenn einmal jene Generationen, in denen man noch häufig mit 14 in die Lohnarbeit ging, vollständig verrentet sein wird) in naher Zukunft kaum noch Kandidat/inn/en dafür in Betracht kommen. Oder wer wird schon mit 60, 61 oder 62 die erforderlichen Beitragsjahre zusammen haben? Alternativ lässt sich natürlich auch ein kräftiger Abschlag (aufgrund fehlender Beitragszeiten) von der Rente hinnehmen - sofern man es sich denn leisten kann, ohne im Alter in einer kalten Wohnung zu sitzen und Hundefutter zu essen…



Volle Rente mit 60!
http://www.exigences-citoyennes-retraites.net/

Nunmehr wird die nächste Stufe in Angriff genommen. Alternativ oder auch kumulativ (also unter gleichzeitigem Angriff auf verschiedene, historisch errungene Positionen der Lohnabhängigen) wird an eine weitere Anhebung der Beitragsjahre - etwa auf die beim letzten Mal anvisierten 42,5 Beitragsjahre bis 2020 -, an eine Anhebung des gesetzlichen Mindestalters für den Renteneintritt (statt des bislang dafür geltenden Lebensalters von 60) oder, drittens, an eine Absenkung der Pensionshöhe gedacht. Oder eben auch an alle drei!

Der Arbeitgeberverband MEDEF powert im Augenblick eher für eine Anhebung des Mindest-Eintrittsalters, wobei seine Vorsitzende Laurence Parisot in Talkshows diese Ebene demagogisch gegen die (auch in ihren Worten) „zu niedrige Höhe" der Pensionen ins Spiel brachte.

Die Vorsitzende der französischen Sozialdemokratie und damit der größten parlamentarischen Oppositionspartei, Martine Aubry, hatte im Januar dieses Jahres zunächst auch ein Entgegenkommen bei dieser Frage - in Form etwa einer Anhebung auf (61 oder) 62 Jahre - angekündigt, bevor sie unter massivem Druck aus ihrer eigenen Partei und aus der Linken zurückruderte. Offiziell befindet die Sozialdemokratie sich nun auf Oppositionskurs zu den Regierungsplänen. Doch Aubrys innerparteilicher Herausforderer vom „modernsten" rechten Parteiflügel, Manuel Valls forderte vor acht Tagen in einem Interview einen „Pakt auch mit der Regierung" zur Rentenfrage. Darin spricht er sich seinerseits für eine Anhebung des Eintrittsalters aus, die Bevölkerung werde schließlich älter.

Die Regierung will auf jeden Fall ihren Gesetzentwurf zum Thema im Oktober 2010 dem Parlament vorlegen. Zudem schrieb die investigativem Journalismus verpflichtete Wochenzeitung *‚Le Canard enchaîné'* in ihrer Ausgabe vom 17. Februar 2010, Sarkozy wolle unbedingt im Herbst 2010 diese Reform durchdrücken und nehme gern auch Proteste dazu in kauf: Umso lieber, als ein Konflikt um die Rentenreform dann im Herbst die anderen Streitfragen überdecken werde - was demnach vermeiden hilft, dass die sonst um diese Jahreszeit üblichen Lohnforderungen in der Nach-Krisen-Zeit an Bedeutung gewinnen und einen Flächenbrand auslösen. „Ein Streit um die Rentenreform ist mir lieber als eine Debatte um Lohnerhöhungen", zitiert das Blatt Sarkozy.

Nachdem seine bürgerliche Rechte die jüngsten Regionalparlamentswahlen im März 2010 haushoch verlor, hat Sarkozy - und haben andere Spitzenpolitiker des Bürgerblocks mit ihm - jedoch in dieser Frage nicht locker gelassen: Im Gegenteil: Wichtige Sprachrohr des Regierungslagers wie Frédéric Lefebvre (UMP-Parteisprecher und „Pitbull" Sarkozys) und der mit Sarkozy im Hinblick auf künftige Präsidentschaftswahlen rivalisierende Jean-François Copé (Fraktionsvorsitzender der UMP in der Nationalversammlung) trompeteten in den Fernsehdebatten am Wahlabend lautstark hinaus, nunmehr gelte es, „die Reformen zu beschleunigen". Denn die Wähler/innen seien deswegen frustriert - woraus die hohe Stimmenthaltung resultiert habe -, weil die Umrisse der „Reformen" noch nicht scharf genug erkennbar seien, weil sie noch keine Ergebnisse zeitigten, weil man ihre Umsetzung noch nicht früh und zügig genug in Angriff genommen habe. Man müsse nun also, auch im Namen der „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" und des „Älterwerdens der Bevölkerung", schleunigst an die Umsetzung der Rentenreform darangehen. Dann seien auch die Anhänger des Regierungslagers nicht so enttäuscht und frustriert. (…)

Protestdemonstrationen haben am Dienstag, 23. März in ganz Frankreich stattgefunden, und brachten rund 600.000 Personen zusammen (…)

http://www.labournet.de/internationales/fr/rente2010_1.html

Sebastian Schief und Maurizio Coppola

Das Gesundheitssystem der Schweiz

Ein Modell für Deutschland?
Schwarz-gelbe Gesundheitspolitik im Spiegel schweizerischer Erfahrungen

Mit den Bundestagswahlen am 27. September 2009 haben sich die Mehrheiten in Deutschland zugunsten einer konservativ-liberalen Koalition verschoben. Besonders die versprochene Transformation des Gesundheitswesens ist aus einer schweizerischen Perspektive von Interesse.
Generell versprechen die Koalitionspartner, das deutsche Gesundheitswesen innovationsfreundlich, leistungsgerecht und demografiefest zu gestalten, sowie Solidarität, Eigenverantwortung und einer Kultur des Vertrauens den Vorzug vor bürokratischen Vorschriften zu geben.
Drei Maßnahmen sind anvisiert: Stärkung und Betonung des Wettbewerbs, Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten sowie die Einführung des Kapitaldeckungsverfahrens als effizientes Instrument zur Finanzierung von Sozialleistungen. Diese drei Punkte sind auch integraler Bestandteil der Ideologie des schweizerischen Wohlfahrtsstaats im Allgemeinen und seiner Gesundheitsversorgung im Speziellen. Welche Erfahrungen hat die Schweiz damit gemacht?

Das schweizerische Gesundheitssystem

Gegenseitige Hilfsgesellschaften und andere Frühformen von Krankenkassen existierten in der Schweiz schon vor mehreren hundert Jahren, gesetzlich verankert wurden sie aber erst in den 1880er Jahren. 1885 wurde die Grundlage für einen Artikel in der Bundesverfassung geschaffen, der 1890 den Bund zur Einrichtung einer Kranken- und Unfallversicherung verpflichtete. 1899 wurde ein einheitliches Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (KUVG, «Lex Forrer») verabschiedet, das eine eidgenössische Unfallversicherung, öffentliche und private Krankenkassen, ein Pflichtversicherung für die meisten Erwerbstätigen, Subventionen des Bundes sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge vorsah.
Dieses Gesetz scheiterte aber am Referendum im Jahre 1900. Eine abgespeckte Version des KUVG trat 1912 in Kraft und war bis 1995 (mit verschiedenen Teilrevisionen) die Grundlage des schweizerischen Gesundheitssystems, die Krankenversicherung war bis zu diesem Zeitpunkt freiwillig.
Erst mit dem Krankenversicherungsgesetz von 1994, das 1996 in Kraft trat, wurde eine obligatorische Krankenversicherung eingerichtet, obwohl zu dieser Zeit schon über 95% der Bevölkerung versichert waren. Zentrale Innovationen dieses Gesetzes waren die obligatorische Grundversicherung, geschlechtsneutrale und für kleine Einkommen subventionierte Beiträge sowie ein erleichterter Kassenwechsel.
Heute sind die jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben des schweizerischen Gesundheitssystems im internationalen Vergleich sehr hoch. So gibt die Schweiz über 50 Mrd. Franken (rund 35 Mrd. Euro) für die Gesundheit aus, das sind etwa 11% des BIP. Zudem sind seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung die Kosten markant gestiegen (zwischen 1996 und 2003 um 31,6%).
Im schweizerischen Gesundheitssystem konkurrieren 94 Kassen um Versicherte, davon vier mit über 500000 Versicherten. Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) schreibt den Kassen eine einheitliche Grundversicherung vor. Darüber hinaus bieten die Krankenkassen nichtobligatorische Zusatzversicherungen an, die je nach Kasse variieren. Welche Leistungen in die Grund- bzw. Zusatzversicherung fallen, ist eine Frage der politischen Auseinandersetzung.

Regulierter Wettbewerb

Zentrales Element der Neukonzeption des Gesundheitswesens der Schweiz war der so genannte regulierte Wettbewerb.
Die erste Komponente der privatwettbewerblichen Strategie war die Möglichkeit der freien Kassenwahl. Durch die Möglichkeit der Versicherten, die Krankenversicherung und die Franchisen (die individuelle Kostenbeteiligung) jedes Jahr zu wechseln, sollte ein Anreiz geschaffen werden, günstige und qualitativ hochwertige Versorgung anzubieten. Tatsächlich aber hilft dieses System jenen Geld zu sparen, die jung, gesund, gut ausgebildet und wohlhabend sind.
Der zweite Aspekt der Wettbewerbsstrategie war eine größere Gestaltungsfreiheit bei der Vertragsausgestaltung mit den Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern und anderen Leistungsanbietern. Dieser Aspekt wettbewerblichen Handelns sollte günstige und qualitativ hochwertige Leistungen auf Seiten der Leistungsanbieter ermöglichen. Tatsächlich aber wurde der Markt durch festgelegte Kontingente bestimmter Gruppen von Ärzten noch stärker reguliert als zuvor.
Das scheinbar privatwettbewerblich organisierte Gesundheitssystem der Schweiz im Bereich der Grundversicherung kennt nur ein einziges Produkt. Es kann also nur über den Preis Wettbewerb betrieben werden, dieser Wettbewerb wird über die Prämien noch dazu unterminiert, weil die Versicherten nur selten die Kasse wechseln. Zudem sind die Tarife und Preise der Leistungserbringer hoch reguliert, der Markt ist seit 2002 systematisch durch Kontingente abgeschottet, und zusätzlich wurde ein System der «Eigenverantwortung» eingerichtet, das jungen, gut ausgebildeten, gut verdienenden Gesunden erlaubt, sich der gemeinsamen Finanzierung der Krankenversicherungen teilweise zu entziehen.

Die Versicherten zahlen

Ein wesentliches Merkmal der Finanzierung des Gesundheitssystems der Schweiz ist, dass einerseits die privaten Haushalte einen wesentlichen Teil der Kosten selbst aufbringen (Anstieg von 77% zwischen 1996 und 2007), andererseits die öffentliche Hand sich aufgrund des Spardrucks in Zeiten vermeintlicher finanzieller Krisen aus der Finanzierung zurückzieht (von 39,5% Anteil staatlicher Finanzierung im Jahre 1971 auf 25,3% im Jahre 2000).
Die schweizerischen Krankenversicherungen werden überwiegend durch die Prämien der Versicherten finanziert, was einen Drittel der gesamten Gesundheitskosten ausmacht. Ein weiteres Drittel wird durch Franchisen (Kostenbeteiligungen), Selbstbehalte und unversicherte Leistungen, ebenfalls von den Versicherten, aufgebracht. Bei den Prämien handelt es sich um Kopfprämien, die innerhalb einer Kasse und eines Kantons und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten und dem individuellen Krankheitsrisiko der Versicherten für alle gleich hoch sind. Anders als bei anderen Sozialversicherungen beteiligen sich die Arbeitgeber nicht an diesen Beiträgen.
Diese einkommensunabhängige Finanzierung wird durch Prämienverbilligungen für Einkommensschwache unterstützt. Trotzdem gerät eine breite Bevölkerungsschicht aufgrund der Gesundheitskosten in finanzielle Probleme. Immerhin 52% der Bevölkerung geraten laut Gesundheitsmonitor in gelegentliche oder dauerhafte finanzielle Probleme durch die Kosten der Krankenversicherung, die soziale Abfederung der Prämien gelingt also nur ungenügend.
Das dritte interessante Element der anvisierten Gesundheitsreform in Deutschland ist die Einführung eines Kapitaldeckungsverfahrens in der Pflegeversicherung. In der

Schweiz existiert bisher das Kapitaldeckungsverfahren in der sog. zweiten Säule des Alterssicherungssystems, den Pensionskassen.
Die damit im Zusammenhang stehenden Probleme lassen sich anhand der Entwicklungen in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise aufzeigen – da wurde die Instabilität der Institutionen der zweiten Säule sichtbar. Das akkumulierte Kapital aller Institutionen der zweiten Säule betrug im Jahr 2004 ca. 132% des BIP, etwa 602,9 Mrd. Franken (ca. 372 Mrd. Euro). Oft wird übersehen, wie wichtig dieser enorme Betrag zu investierenden Kapitals für die Schweiz als internationaler Finanzplatz ist. Pensionskassen agieren auf den Finanzmärkten und investieren unter anderem in risikoreiche Anlagen. Aus den gewonnenen Renditen werden einerseits der sog. Mindestumwandlungssatz, also der Jahresprozentsatz des eingezahlten Vermögens als Rente ausgezahlt wird, andererseits der Zinssatz, also die Beteiligung der Versicherten an den erwirtschafteten Gewinnen. Durch die von der Krise 2008/09 verursachten Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben die Schweizer Pensionskassen etwa 20% des gesamten Kapitals verloren, das sind etwa 120 Mrd. Franken (83,6 Mrd. Euro) aus.
Die Konsequenzen für die Versicherten sind massiv, da einerseits ihr angespartes Kapital für die Rente schwindet, andererseits der Mindestumwandlungssatz von 7,2 auf 6,8% und der Mindestzinssatz von 4% auf 2% gesenkt wurden. Der letzte Versuch der Senkung dieser Sätze wurde allerdings im März von der Schweizer Bevölkerung abgelehnt.

Was man nicht machen sollte

Die Organisation und Finanzierung des schweizerischen Systems der Gesundheitsvorsorge, aber auch die Erfahrungen mit dem Kapitaldeckungsverfahren sollten geeignet sein, Fragen bezüglich der Umsetzung in Deutschland aufzuwerfen. Das Gesundheitssystem überlässt die Finanzierung zu einem Großteil den privaten Haushalten.
Diese Finanzierung ist insbesondere durch die sog. Kopfpauschalen sozial unausgewogen, der soziale Ausgleich über die Prämienverbilligungen gelingt nur ungenügend. Der Einfluss privater Akteure ist hoch, da die Krankenversicherungen privatwirtschaftlich organisiert sind. Die Aufgabe, die Gesundheit der Schweizer zu gewährleisten, ist zu einem großen Teil in private Hände gelegt worden.
Es stellt sich nun die Frage, ob die hier analysierten Folgen und Begleitumstände des schweizerischen Gesundheitssystems dazu geeignet sind, eine Nachahmung zu empfehlen. Zumindest sollte Minister Rösler eine eingehende Modellanalyse schon vorhandener Systeme, wie dem schweizerischen, betreiben, bevor er sein politisches Schicksal mit der Einführung der Kopfpauschale verbindet. Möglicherweise bleibt sonst nur noch die Alternative, ob man den Minister oder das System nachhaltig beschädigt.

Sebastian Schief *lehrt u.a. Sozialpolitik an der Universität Fribourg und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Schweiz.* ***Maurizio Coppola*** *ist Co-Generalsekretär von Attac Schweiz.*
http://www.sozonline.de/2010/03/das-gesundheitssystem-der-schweiz/



Attac Schweiz

Die 4. Revision der Arbeitslosenversicherung gegen die Lohnabhängigen

(…) Mit der 4. ALV-Revision, die die bürgerliche Mehrheit des Parlamentes Mitte März beschlossen hat, wird sich die Situation für Erwerbslose verschärfen. Denn die geplante Revision sieht vor allem einen Leistungsabbau vor. So sollen z.B. die Taggelder für diejenigen, die „nur" bis zu zwölf Monaten Beiträge eingezahlt haben, von 400 auf 260 gesenkt werden. Und arbeitsmarktliche Massnahmen – Beschäftigungsprogramme im zweiten Arbeitsmarkt – sollen keine Verlängerung der Taggelder mehr ermöglichen. Des Weiteren werden diejenigen, die keine Beiträge zahlen, nur noch 90 Taggelder erhalten (heute 260 Taggelder). „Die Jungen müssen flexibler sein," heißt es denn auch aus bürgerlichen Kreisen. So sind unter 30-Jährige gezwungen, Arbeitstellen anzunehmen, die nicht ihrer bisherigen Qualifikation entsprechen bzw. für die sie überqualifiziert sind. Für die bürgerlichen Fraktionssprecher darf eine erhöhte Flexibilität verlangt werden, denn den Jugendlichen helfe es weiter, einmal eine berufsfremde Tätigkeit auszuüben oder eine Weiterbildung im In- und Ausland zu besuchen (NZZ, 09.12.09).
Das Ziel scheint eindeutig zu sein: Die Lohnabhängigen – erwerbslose, studierende und arbeitende – noch mehr unter Druck zu setzen, um sie zur Annahme jeglicher Arbeit zu zwingen.
Die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben ging mit ihren Forderungen für diese 4. ALV-Revision noch weiter. In einem Communiqué vom 07.10.09 sprach sie davon, die Mindestwartezeit für diejenigen Leute, die keine Beiträge zahlen – also vorwiegend Studierende – auf ein Jahr anzusetzen. Gleichzeitig verlangte sie eine Verschärfung bei Vergehen im Arbeitslosengesetz. Demnach sollten Jugendliche nicht nur mehr mit Geld-, sondern auch mit Gefängnisstrafen „diszipliniert" werden können.
Otto Ineichen, FDP-Nationalrat und Patron des großen Billig-Warenhauses *Otto's Warenposten*, hat sogar vorgeschlagen, die Personaldaten der Arbeitslosen sollen von den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) direkt an private Temporärfirmen wie Adecco, Manpower und andere geleitet werden, so dass diese den Erwerbslosen direkt eine Arbeit zuteilen können – natürlich ohne jeglichen Respekt für die sozialen und individuellen Bedürfnisse der Betroffenen.
Die Spaltung der Lohnabhängigen wird durch die 4. ALV-Revision intensiv weitergeführt und verschärft, nicht nur nach sozialer und nationaler Herkunft, sondern auch nach Alter. Daher ist es notwendig, diese Revision mit dem Referendum zu bekämpfen. Doch sich für den *Status quo* in der Organisation und der Finanzierung der Sozialversicherung im Allgemeinen und der ALV im Besonderen zufrieden zu geben, würde bedeuten, die Spaltung der Lohnabhängigen weiterhin zu akzeptieren. Nur durch eine soziale und politische Mobilisierung können wir die Tendenzen, die Lohnabhängige auf verwertbares Humankapital reduzieren, bekämpfen.

Die Arbeitslosigkeit, nicht die Arbeitslosen bekämpfen: Wir fordern:
- Die Nutzung der Phase der Arbeitslosigkeit für eine echte berufliche (Weiter-)Bildung, finanziert durch Arbeitgeberbeiträge und Beiträge der Arbeitslosenversicherung;
- Die Abschaffung jeglicher „aktivierenden Massnahmen", welche den Druck auf die Arbeitslosen erhöhen, irgendeine Arbeit anzunehmen und somit die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen erhöht;
- Das Verbot von Entlassungen für Unternehmen, die Gewinne generieren;
- Angesichts der strukturellen Arbeitslosigkeit: Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnsenkung und Verteilung der „gesellschaftlich" notwendigen Arbeit unter allen.

http://www.suisse.attac.org/Referendum-gegen-die-4-Revision,2374

Barbara Waschmann

Verstehen um zu handeln

Ist einem was nicht genehm – also passt es nicht in das eigene (medial) gelernte Empfinden – ist man hierzulande schnell mit dem Totschläger-Argument "Verschwörungstheorie" zur Hand. Ich erinnerte mich, dass Noam Chomsky, Medienkritiker und Linguist, gesagt hatte: "Die beste Verschwörungstheorie findet sich in den Hauptabendnachrichten". Auf der Suche nach der Quelle dieses Zitats antwortete Noam Chomsky: "It sounds like something I might well have said, but I suspect it's some informal context".

"... Diese neuen Techniken der Reglementierung des Geistes sollten von intelligenten Minderheiten genutzt werden, um dafür zu sorgen, dass der Pöbel nicht auf falsche Gedanken kommt. Mittels der neuen Techniken der Gedankenkontrolle ist dies jetzt ohne weiteres möglich." stellte Edward Bernays, Neffe von Siegmund Freud, im Jahr 1925 in seinem Buch "Propaganda" fest. Er machte sich darin die Erfahrungen des ersten Informationsministeriums überhaupt, gegründet während des ersten Weltkrieges in Großbritannien, zu Nutze. Dieses Werk zählt auch heute noch zur Pflichtlektüre der Public Relation-Industrie.?

Und wem klingt nicht die Parole "weniger Staat, mehr Privat" noch in Ohren? Sie entstammt der Feder der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)", ins Leben gerufen und finanziell gut dotiert von deutschen Arbeitgeberverbänden mit dem Ziel "profit over people"-Reformen in Kooperation mit der Werbeagentur "Scholz & Friends" völlig normal erscheinen zu lassen. Diese Initiative entsendet u. a. "INSM-Botschafter" – darunter zumeisten männliche Politiker und Wissenschafter – als Experten in deutsche Talk-Shows ohne dass der/die ZuseherIn sich deren Interessenlage bewusst wäre und hat so lange Rechercheaufträge für Zeitungs- und TV-Redaktionen mit absehbarem Resultat übernommen, bis zuerst die Zeitschrift "Die Zeit" [1], dann der Westdeutsche Rundfunk und später auch andere hellhörig wurden.

In meinem Praxis-bezogenen Beitrag zur Konferenz "Unsichtbare Intelligenz" im November 2008 war ich auf Mediendiktatur eingegangen. Darunter das von Noam Chomsky und Edward S. Herman entwickelte "Propaganda-Modell" [2], wonach es fünf Filter sind, die dafür Sorge tragen, weshalb uns bloß ausgewählte Informationen erreichen:

Fünf Informationsfilter

Erstens: Medienkonglomerate [3] wie AOL/Time Warner, General Electric, Vivendi Universal, News Corporation, Viacom, Bertelsmann und die Bertelsmann Stiftung. Letztere analysiert in ihrem "Bertelsmann Transformation Index" die Reformbereitschaft von 119 Entwicklungs- und Schwellenländern und sagt, wo es lang geht. Nicht umsonst versteht sich die Bertelsmann Stiftung als führender deutscher Think Tank für den Umbau von Staat und Gesellschaft. Die strategische Bedeutung solcher Konglomerate wird von berufener Seite sehr geschätzt: Im Jahr 2003 übernahmen Waffenproduzenten sowohl französische Medien [4] als auch französische Wörter- und Schulbücher.

Zweitens Werbeeinschaltungen und ihre Auswirkung auf Inhalte: Kein kommerzielles Medium kann ohne Werbeeinschaltungen existieren. Aufgrund dieser Abhängigkeit begehen viele Chefredaktionen Selbst-Zensur. Sie wüssten es besser, haben jedoch ihre Auflagen oder Quoten zu steigern, "müssen" daher schweigen und können aufklärungswillige JournalistInnen nicht dulden. Auf Grund der prekären Beschäftigungsverhältnisse fällt der Entzug von Recherche- und Schreibaufträgen nicht schwer. Ein Journalist / Eine Journalistin, vielleicht sogar mit Familie, wird es sich folglich zweimal überlegen, ein zu heißes Thema aus der Schublade zu ziehen. Der Verantwortung der medialen Berichterstattung – nämlich Verpflichtung zur Wahrheit, die Sorgfaltspflicht, das Fairnessgebot, die Achtung des Privatlebens und der Menschenwürde, der Persönlichkeitsrechte und die Achtung vor sittlichem und religiösem Empfinden – nachzukommen fällt in der Medienpraxis schwer.

Drittens wird im "Propaganda-Modell" festgestellt, dass es so genannte News-"Terminals" gibt, also **Quellen "massentauglicher" Nachrichten**. Normalerweise sind das das "Weiße Haus", das Pentagon oder die Downing Street No. 10 in London. Bei uns würden beispielsweise die Sozialpartner dem entsprechen. Berichterstattung braucht "verlässliche" richterstattung braucht "verlässliche" Quellen und sie muss mit deren RepräsentantInnen sprechen – denn nur ihre Kommentare gelten als legitimiert und werden zu den News des Tages. Realität darf interpretieren, wer sie macht. Würde man/frau hingegen Gefängnisinsassen (wie aus Guantánamo), Streikende (in Österreich selten, dafür aber in Deutschland, Frankreich und Italien umso häufiger vorkommende Spezies), Erwerbs- und/oder Obdachlose befragen, gälte man/frau als FürsprecherIn und nicht länger als professionelle/r JournalistIn. Zudem schreibt die APA (Austrian Press Agency) oft genug von der DPA (Deutsche Presse Agentur) ab.

Viertens wird "flak" diagnostiziert, der organisierte negative Respons zu medialen Aussagen. So hat sich beispielsweise die so genannte "Global Climate Coalition (GCC)" formiert – initiiert von einer der weltweit größten PR-Agenturen, Burson-Marsteller und bestehend aus Exxon, Texaco und Ford. Deren Ziel war es, allzu realitätsnahe KlimaforscherInnen zu diskreditieren, also deren Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen, und "Horrorgeschichten" über die globale Erwärmung abzuwürgen.

Und fünftens die Frage "Wer ist der Feind?": Vom Anti-Kommunismus über den adaptierten Feind, dem "teuflischen Diktators" (obwohl selbst ins Leben gerufen, finanziert und aufrechterhalten), geraten heute die GlobalisierungskritikerInnen (zu Beginn von der Presse noch für Globalisierungs-"GegnerInnen" gehalten) ins Visier. Persönlich ordne ich auch den "Kampf gegen den Terrorismus" demselben Filter zu. Dem zugrunde liegt die Legitimierung der Waffenproduktion und militärischer Abenteuer, wobei deren Rechtfertigung "selbsterklärend" auf medial konzentriertem Weg mitgeliefert wird.

Nach diesem Ausflug in die Filtrierungsmöglichkeiten von Information müssen wir zunächst einmal festhalten, dass beim "World Summit on Information Society | Weltgipfel der Informationsgesellschaft" [5] der Vereinten Nationen, an dem im Jahr 2005 erstmals Medienkonzerne mit am Verhandlungstisch sitzen durften, die anfangs ebenfalls teilnehmende Zivilgesellschaft konstatierte,

dass die Hälfte der Menschheit noch nie telefoniert hat und fast 90 Prozent der Menschheit keinen Internet-Zugang haben. In Europa befinden wir uns in der privilegierten Situation, eine vielfach stärkere Internet-Glasfaserverkabelung zu haben, als wir bräuchten, während hingegen Afrika bislang nur entlang seiner Küste "angeschlossen" wurde.

Information ist Holschuld

Sachgerechte politische Meinungsbildung kann ohne sachgerechte Information nicht stattfinden. Verifizierte Information ist längst zur aktiven Holschuld geworden und die "digitalen Kluft" – also der limitierte Zugang zur Kommunikationstechnologie – tut das ihrige. Vor 40 Jahren erkannte Marshall McLuhan als einer der ersten, dass Kommunikationstechnologien die Welt in ein "globales Dorf" verwandeln. Die Entwicklungen der letzten Dekaden – Computer, Mobiltelefone, Internet, Satellitenfernsehen und Videokameras – schaffen mehr und mehr Verbindungen rund um die Welt. Nachdem jedoch 90 Prozent der Menschen keinen Internet-Zugang haben, greift die "digitale Kluft" um sich – nicht nur zwischen mehr oder weniger industriell entwickelten Ländern, zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung, zwischen Menschen unterschiedlicher sozioökonomischer Schichten, sondern selbst zwischen Menschen mit verschiedenen körperlichen und geistigen Fähigkeiten.

Dringender Handlungsbedarf besteht bei gesellschafts- und entwicklungspolitisch relevanten Themen, z.B. Legitimation der Welthandelsorganisation, unserer dort vertretenen WirtschaftsministerInnen unter Konzerndiktatur, Verweigerung des Schuldenerlasses trotz jahrzehntelanger gewaltiger Ressourcen-Ausbeutung, unser für den Klimawandel zu großer ökologischer Fußabdruck, Arbeitsbedingungen ohne soziale Sicherung, lebensgefährliche Gesundheitssysteme, genmanipulierte Lebensmittel verabreicht in einem großen Feldtest ohne Referenzgruppe, verheimlichte Zusatzstoffe in der Ernährung und dergleichen mehr. Fakten wie diese finden in unser aller Lebensalltag wie auch im Schulunterricht oft zu wenig Beachtung. Jedoch finden sie bereits statt oder sollen durchgesetzt werden – ob wir nun darüber Bescheid wissen oder auch nicht.

Wissen wir jedoch, womit wir es zu tun haben, ermächtigen wir uns selbst, eine fundierte Meinung zu entwickeln, uns Handlungsspielräume zu eröffnen und sind nicht länger der von Bernays anfangs zitierte Pöbel.

"Normal" ist,...

Die Feststellung, dass uns zumeist ungenügende, unzusammenhängende oder medial verfälschte Information erreicht, war und ist Ausgangslage des gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Dokumentarfilmfestivals "Normale" [6]

Unter dem Motto
"Normal" ist, was uns verschwiegen wird.
"Normal" ist, dass wir für blöd verkauft werden.
Die "Normale" räumt damit auf.

bieten die Dokumentarfilmvorführungen der "Normale" seit 2003 in Österreich Analysen, Erfahrungen und Hintergrundinformationen zu gesellschafts-, entwicklungs- und (welt-)wirtschaftspolitischen Entwicklungen, wobei das Gesehene inhaltlich durch die Expertise von Nichtregierungsorganisationen, moderierte Publikumsdiskussionen und Filmgesprächen sowie für Kinder und Jugendliche auch medienpädagogisch durch Workshops und Rollenspiele im Großgruppenformat aufbereitet wird.

Die "Normale" will der Un-Informiertheit entgegenwirken sowie vorhandenes Teil-Wissen in größerem Zusammenhang einbetten, indem mittels Dokumentarfilmen und Aufarbeitung des Gesehenen etwaige Missverständnisse ausgeräumt, Handlungsoptionen aufgezeigt und Handlungsspielräume erweitert werden. Denn Bewusstseinsbildung über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zusammenhänge ist Voraussetzung für die Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Der offene, wertschätzende Kommunikationsstil der "Normale"-Filmbegleitung bietet Ansatzpunkte für eine weit reichende, Themen verbindende und nachhaltige Auseinandersetzung mit unserer Welt, in der man nicht umhin kann, unterschiedliche Aspekte zueinander in Beziehung zu setzen. Die "Normale" trägt dazu bei, argumentierte Meinungsbildungsprozesse zu initiieren, das Verständnis für regionale Problematiken im globalen Kontext sowie die Rezeptionsfähigkeit zu schärfen und die eigene Mitverantwortung bewusst, aber eben auch die Möglichkeiten zur persönlichen Mitgestaltung sichtbar zu machen.

Veränderte Produktionsmittel

Nur zu oft werden Jugendliche – wie auch marginalisierte [7] Gruppen, indigene [8] Bevölkerungen, Menschen aus den "Ländern des Südens" [9] – von "nicht betroffenen" Medienmachern porträtiert, die ihrerseits Stereotypen kreieren und aufrecht erhalten.

Dank der "camcorder revolution" [10] richten Filmschaffende und Medien-AktivistInnen weltweit "die Kamera drauf": auf die Realität – das angeblich "Normale". Halten Einzelpersonen und Gemeinschaften nun die Produktionsmittel in eigenen Händen, sind sie in der Lage über die Realitäten ihres Lebens in einer Art und Weise zu reflektieren, die sich deutlich von der Wahrnehmung eines/r Außenstehenden unterscheidet. Die eigene Geschichte zu dokumentieren, die eigene Stimme hör- und sichtbar zu machen, veranschaulicht Aspekte, die in "mainstream"-Medien selten zu finden sind.

Unter dem Motto "see it, film it, change it" überbrücken beispielsweise Menschenrechtsorganisationen wie "Witness" [11] die "digitale Kluft", indem sie einzelnen Personen und lokalen Basisorganisationen Videoausrüstung, Training und Unterstützung beistellen. Als Vermächtnis der Kolonialisierungen teilen indigene Gemeinschaften rund um die Welt eine gemeinsame Geschichte der Menschenrechtsverletzungen. Heute erobern sie ihr Land wieder, bestimmen ihre Gemeinden, ihren Zugang zu Nahrung, ihr Obdach, ihre Bildung selbst und lassen sprachliche und kulturelle Traditionen wieder aufleben, die von kolonialen Besatzern geächtet wurden. Als Margarita Warnholtz begann, indigenen Gemeinschaften in Mexiko zu einem Internetzugang zu verhelfen, waren bloß zwei Gruppen vernetzt. Sechs Jahre später war mit ihrer Hilfe das blühende Netzwerk "Indigenous Information Network / Red de Información Indígena" [12] vom Río Grande bis nach Patagonien entstanden, das mehr als einhundert indigene Gruppen in ganz Lateinamerika miteinander verbindet. Diese online-Ressource unterstützt die Gruppen trotz geografischer Isolation eine Gemeinschaft zu bilden sowie sich unter einander und den Rest der Welt über Angelegenheiten zu informieren, die sie betreffen.

"Project Censored" [13], 1976 gegründet durch Carl Jensen, ist ein Medienforschungsprogramm mit Basis an der Sonoma State University Kalifornien, das

Studierende in investigativem Journalismus ausbildet, jährlich die 25 meist zensurierten Nachrichten unter dem Titel "Censored: Media Democracy in Action" veröffentlicht und so dafür sorgt, dass "the news that didn’t make the news" die Öffentlichkeit doch noch erreichen.

Die etwas andere Information

Seit 1999 verschafft das "Aboriginal Peoples Television Network (kurz APTN)" [14] Einblick in die beachtliche Vielfalt der indigenen Bevölkerung in Kanada und der gesamten Welt.

Als gegenhegemonialer Fernsehsender kann TeleSUR [15] bezeichnet werden, der seit 2005 von den Regierungen der sechs Mitgliedsländer Argentinien, Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und Venezuela betrieben wird. Dessen Programm bietet Raum für ansonst medial unterrepräsentierte Themen wie die "Free Trade Area of the Americas (kurz FTAA/ALCA)" und deren "Bolivarianische Alternative für Amerika (kurz ALBA)" oder die zunehmende Errichtung von US-Militärbasen in Lateinamerika. Mittlerweile geht das Gerücht, dass der Satellit immer wieder gestört wurde und verlagert werden musste.
In "Seeing is Believing"[16] werden Amateur-FilmemacherInnen zu den Augen der Welt, indem sie Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, die gelegentlich Eingang in die Berichterstattung von CBC, dem öffentlich-rechtlichen kanadischen Fernsehen, finden.
Der Dokumentarfilm erfreut sich seit etwa 2004 auch bei uns steigender Beliebtheit und bringt einige der Themen, die uns beschäftigen (sollten), mit "Darwins Nightmare", "We feed the world" oder "Let‘s Make Money" sogar in österreichische Programmkinos. Auch von Fernsehredaktionen öffentlich-rechtlicher Sender in Deutschland ist seit etwa 2006 bekannt, dass das Genre Dokumentarfilm seitens des Publikums zunehmend nachgefragt wird. Der ORF hat in 2007 mit der Einführung der sonntäglichen Dokumentarfilmschiene "dok.film" nachgezogen.

Im deutschsprachigen Raum sorgen Filmkollektive wie beispielsweise kanalB [17] oder CineRebelde [18] für andere Informationen, wodurch eine informierte Gesellschaft demokratische Alternativen entwickeln kann – der Albtraum der Medienkonzerne.

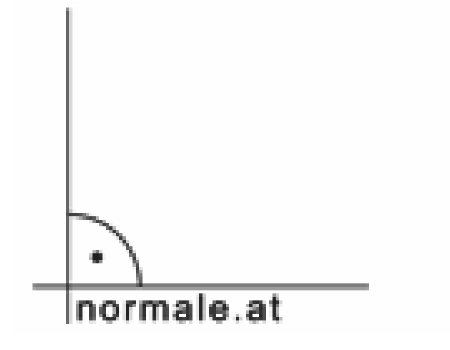
Fußnoten:
[1] www.zeit.de/2005/19/insm?page=all
[2] Noam Chomsky, Edward S. Herman, *Manufacturing Consent*, Random House UK 1998
[3] www.cjr.org/resources/
[4] www.observatoire-me-dias.info/article.php3?id_article=202&lang=de
[5] www.worldsummit2005.org
[6] www.normale.at
[7] "an den Rand gedrängt", wenig sichtbar (gemacht) – Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund zählen in den westlichen Industriestaaten zu den "Klassikern"
[8] Der Begriff "Indigene" / "indigene Menschen" bezeichnet die Nachkommen der ursprünglichen BewohnerInnen eines Ortes, die vor der kolonialen Ansiedelung auf dem jeweiligen Land lebten.
[9] Die Entwicklungszusammenarbeit erkannte den Begriff "Dritt-Welt-Land" als nicht länger angemessen.
[10] Die "Camcorder Revolution" begann 1991 als ein Amateurfilmer Polizeibeamte in Los Angeles dabei filmte, als sie den Schwarzen Rodney King zusammen schlugen. Das dunkle, körnige Video ging um die Welt und rief eine Welle der Entrüstung hervor. Im ersten Prozess in Sachen Polizeigewalt interpretierten Staatsanwalt und Verteidigung das in Zeitlupe abgespielte Band unterschiedlich. Das Urteil "nicht schuldig" rief gewaltige Proteste hervor. In nächster Instanz wurden die Beamten verurteilt.
[11] www.witness.org
[12] www.redindigena.net
[13] www.projectcensored.org
[14] www.aptn.ca
[15] span: www.telesurtv.net | engl: www.newskies.com/nss806.htm
[16] www.seeingisbelieving.ca
[17] www.kanalb.org
[18] www.cinerebelde.org

Aus "Unsichtbare Intelligenz: Kritik, Vision und Umsetzung – Bausteine einer neuen Theoriekultur", Hrsg: Franz Nahrada, Mandelbaum Verlag Wien 2009, ISBN 978-3-85476-312-3



http://www.waschmann.net/







http://www.normale.at/32954.html

Ein offener Brief von Israelis an Die Linke

Liebe GenossInnen,

diesen Brief schicken wir Euch als israelische StaatsbürgerInnen, die in linken Gruppen und Organisationen in Israel/Palästina aktiv sind. Diese befassen sich mit Themen wie z. B den Menschenrechten, Ökologie, Frieden, Flüchtlingshilfe, soziale Gerechtigkeit, den Arbeiterrechten, Feminismus und deren Kämpfen. Wir setzen uns in unserem Land und in unserer Gesellschaft für eine grundlegende soziale Veränderung ein, für das Ende der Besatzung und die Schaffung einer Gesellschaft, in der alle BewohnerInnen des Landes gleiche Rechte genießen.

Wir haben uns zu diesem Brief entschlossen, nachdem uns wiederholt Berichte über Aktivitäten Eurer Partei bezüglich der Situation in Israel/Palästina bekannt wurden,
- die Teilnahme von führenden Mitgliedern Euer Partei an einer Demonstration im Januar 2009 in Berlin, auf der die Weiterbombardierung des Gaza-Streifens gefordert wurde;
- das Bestehen und die Akzeptanz eines Bundesarbeitkreises in Eurer Partei (BAK Shalom), der jedes militärische Vorgehen des Staates Israel unterstützt und militaristische und nationalistische Propaganda betreibt;
- schließlich das Schweigen der Mehrheit der führenden Parteimitglieder zur israelischen Besatzungspolitik.

All das hat uns bewogen, unsererseits nicht länger zu schweigen, sondern zu intervenieren.
Die Problematik einer solchen Intervention ist uns bewusst. Wir haben nicht die Absicht, Euch vorzuschreiben, wie Ihr in Eurem Land zu agieren und Euch zu äußern habt. Wir wissen, dass der politische Diskurs über Israel in Deutschland, aus nachvollziehbaren und gewichtigen Gründen ein sensibles Thema ist. Das Andenken an den Holocaust und der auch heute in Deutschland gebotene Kampf gegen Antisemitismus gehören zu den wichtigsten Aufgaben jeglicher emanzipatorischen Bewegung. Nicht trotz, sondern gerade aufgrund dieser Tatsache fällt es uns schwer nachzuvollziehen, wie man die israelische Besatzungspolitik in Deutschland als Teil der "Lehren aus der deutschen Geschichte" rechtfertigen kann.

Wenn wir uns an Euch wenden, so geschieht dies, weil wir um die Bedeutung von Deutschland als regionale Macht innerhalb der EU und darüber hinaus und daher auch um den deutschen Einfluss im Nahen Osten wissen. Die intensiven diplomatischen und militärischen Aktivitäten der Bundesrepublik in der Region und die aktive Unterstützung der israelischen Besatzungspolitik reichen uns, um in der BRD einen der Akteure zu sehen, die für die durch die israelische Regierung begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht und für die israelischen Kriegsverbrechen mit verantwortlich sind.
Aus diesem Grund denken wir, dass es unser Recht ist, von Euch als AktivistInnen für soziale Veränderung in Deutschland und als Mitglieder in einer Partei, die im Parlament und in regionalen Regierungen vertreten ist, Verantwortung für das Vorgehen Eures Staates in Bezug auf unser Land zu übernehmen.

Die andauernde Besatzung und Entrechtung sind keine inner-israelischen Angelegenheiten. Die anti-demokratische Herrschaft des Staates Israel über mehr als drei Millionen PalästinenserInnen, die kein Wahlrecht haben, und die Kriegsverbrechen, die in den besetzten Gebieten stattfinden, sind die Angelegenheit von allen, denen die Menschenrechte ein Anliegen sind.
Vor allem aber tragen die BürgerInnen von Europa wegen ihrer – auch in der Gegenwart weiterhin stattfindenden - kolonialistischen Interventionen im Nahen Osten eine besondere Verantwortung für den Konflikt. Angesichts dessen ist eine Scheu davor, Israel zur Verantwortung zu ziehen, unangebracht. Die ökonomische, militärische und politische Unterstützung, die Israel von der EU und besonderes von Deutschland erfährt - z.B. in Form von Waffenlieferungen und von Investitionen oder, indem Israel ein bevorzugter Status im Handelsabkommen mit der EU eingeräumt wird - fördern einen Friedensprozess nicht, sondern tragen zur Aufrechterhaltung der Besatzung und zur umfassenden Repression gegenüber der palästinensischen Bevölkerung bei. Außerdem verstärkt diese Unterstützung Militarisierungsprozesse und die Erziehung zu Rassismus und Intoleranz in unserer Gesellschaft.

Darüber hinaus bedürfte es angesichts der Schwäche der PalästinenserInnen eines stärkeren Drucks auf Israel seitens der Internationalen Gemeinschaft. Die stärkere Seite wird ohne wirksamen Druck ihre Positionen niemals aufgeben. Der Staat Israel hat immer wieder bewiesen, dass er nicht zu einem Friedensabkommen und zur Beendigung der Besatzung bereit ist, ohne dass im Ausland intensiv Druck seitens der Zivilgesellschaft und/oder der Regierungen ausgeübt würde.

Wir sind ermutigt durch Eure letzten Wahlerfolge und hoffen, dass Euer Erstarken dafür sorgt, in Sachen soziale Gerechtigkeit, Bürgerrechte, Feminismus und Anti-Rassismus in Deutschland eine neue Agenda auf die Tagesordnung zu bringen.
Wir sind überzeugt, dass eine linke und solidarische Politik auch eine internationalistische Agenda haben muss, und wir erwarten, dass sich Eure Partei auch in diesem Bereich am weltweiten Dialog mit linken, antirassistischen und feministischen Kräften aktiv betätigt. Als Teil eines solchen Dialogs möchten wir unsere Positionen zur Politik Eurer Partei in Bezug auf den Konflikt in Israel/Palästina darstellen.

Wir sind der Auffassung, dass der Staat Israel für die Besatzung, die rassistische Separation und die Kriegsverbrechen nicht belohnt und darin bestärkt werden sollte. Nur eine internationale Politik, die Israel klarmacht, dass Verstöße gegen das Internationale Recht nicht zu akzeptieren sind, kann einen gerechten Frieden für alle BewohnerInnen des Landes bringen.

Einige konkrete Forderungen, die Eure Partei stellen könnte, sind z.B:
- die Einstellung aller deutschen Waffenexporte nach Israel. Waffenhandel ist ohnehin nicht zu rechtfertigen. Deutschland treibt nicht nur Handel mit einem Staat der systematisch gegen das Internationale Recht verstößt, sondern es verwöhnt Israel mit Geschenken in Höhe von Milliarden Euro und wurde kürzlich von Israel aufgefordert, ihm zwei Kriegsschiffe zu schenken.
- die Verhinderung der Aufwertung der Handelsabkommen zwischen der EU und Israel. Deutschland und andere Mitgliedsstaaten der EU versuchen, diese Handelsabkommen mit Israel weiter aufzuwerten, obwohl solche Abkommen die Respektierung elementarer Menschenrechte im Partnerland fordern. Während in Europa eine solche Intensivierung

der Beziehungen als Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Israel und der EU betrachtet wird, fasst Israel solche Schritte als Schwäche der EU und als Ermutigung auf, weiterhin gegen die Menschenrechte zu verstoßen.
- ein allgemeines Importverbot für israelische Produkte in die EU, die ganz oder teilweise in den besetzten Gebieten (inklusive Ost-Jerusalem) produziert werden.
- die Förderung von Gerichtsverfahren gegen die Täter bei Kriegsverbrechen in Israel/Palästina und die Umsetzung der Empfehlungen des Goldstone-Berichts.
- die Unterstützung von Organisationen und AktivistInnen der Zivilgesellschaft in Israel/Palästina und vor allem des gewaltfreien und basisdemokratischen Widerstands gegen die Mauer und die Siedlungen in den besetzten Gebieten.

Abgesehen von diesen Vorschlägen hoffen wir, dass Eure Partei sich erfolgreich darum bemühen wird, in Deutschland eine Debatte über die Bedeutung der deutschen Verantwortung für das Geschehen im Nahen Osten zu initiieren. Es sollte eine Debatte sein, die aus einer historischen und aktuellen Sicht, die alle BewohnerInnen der Region gleichermaßen berücksichtigt, eine Politik des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte fördert.

Wir würden uns freuen, zusammen mit unseren palästinensischen GenossInnen und Partnern an den Debatten in Eurer Partei über das Geschehen in unserer Region teilzunehmen und hoffen, dass dieser Brief zu einem fruchtbaren und gleichberechtigten Dialog zwischen der Linken in Deutschland und der Linken in Israel/Palästina beiträgt.

Mit solidarischen Grüßen
Miriam Abed-El-Dayyem, Iris Hefetz, Yael Politi, Gadi Algazi, Hanan Hever, Israel Puterman, Udi Aloni, Shir Hever, Hili Razinsky, Galit Altschuler, Chaya Hurwitz, Moshe Robas, Hila Amit, Hedva Isachar, Shadi Rohana, Roey Angel, Matan Israeli, Yehoshua Rosin, Asaf Angermann, Matan Kaminer, Noga Rotem, Reuven Avergil, Reuven Kaminer, Eddie Saar, Gabriel Ash, Adam Keller, Sergeiy Sandler, Danna Bader, Hava Keller, Gal Schkolnik, Roni Bande, Peretz Kidron, Ayala Shani, Yoav Beirach Barak, Assaf Kintzer, Shemi Shabat, Ronnie Barkan, Yana Knopova, Aviram Shamir, Yossi Bartal, Yael Lerer, Tali Shapiro, Ofra Ben-Artzi, Orly Lubin, Fadi Shbeta, Mor Ben Israel, Adi Maoz, Ehud Shem Tov, Elaenor Cantor, Eilat Maoz, Yehuda Shenhav, Shai Carmeli Pollack, Naomi Mark, Mati Shemoelof, Alex Cohn, Anat Matar, Kobi Snitz, Adi Dagan, Hagai Matar, Gideon Spiro, Silan Dallal, Edu Medicks, Roy Wagner, Yossi David, Yosefa Mekayton, Michael Warschawski, Daniel Dokarevich Argo, Inna Michaeli, Sharon Weill, Keren Dotan, Rotem Mor, Maya Wind, Ronen Eidelman, Susanne Moses, Yossi Wolfson, Nimrod D. Evron, Avital Mozes, Uri Yaakobi, Eli Fabrikant, Dorothy Naor, Sergio Yahni, Tamar Freed, Naama Nagar, Kim Yuval, Michal Givoni, Ido Nahmias, Michal Zak, Bilha Sündermann Golan, Regev Nathansohn, Shimri Zameret, Tsilli Goldenberg, Ofer Neiman, Mai Zeidani, Anat Guthmann, Norah Orlow, Talilla Ziffer, Connie Hackbarth, Hava Oz, Beate Zilvesmidt, Yuval Halperin, Einat Podjarni, Moshe Zuckermann.

http://zmag.de/artikel/ein-offener-brief-an-die-linke

Antwort von Norman Paech: Abgedruckt in der jungewelt vom16.4. http://www.jungewelt.de/2010/04-16/025.php

(…) Ich teile eure Auffassung, daß die deutsche und europäische Nahostpolitik der vergangenen Jahre den Friedensprozeß in keiner Weise gefördert, sondern zur Aufrechterhaltung der Besatzung und zur umfassenden Repression der palästinensischen Bevölkerung beigetragen hat. Sie hat in der Tat, wie ihr schreibt, die »Militarisierungsprozesse, Erziehung zum Rassismus und zur Intoleranz« in der israelischen Gesellschaft verstärkt. Sie hat zugleich verheerende Auswirkungen auf die palästinensische Gesellschaft gehabt. Nicht nur Resignation und Depression, sondern auch Bruderkampf, Gewalt nach innen und außen haben die palästinensische Einheit und die Position nach außen in verhängnisvoller Weise geschwächt.
(….) Richtig ist euer Vorschlag, daß dies vor dem Hintergrund einer neuen Debatte über die Bedeutung deutscher Verantwortung für das Geschehen im Nahen Osten geschehen muß. Wichtig ist, daß ihr daran teilnehmt und niemand davon ausgeschlossen wird. Es gibt genügend Genossinnen und Genossen in unserer Partei, die an einer solchen Diskussion interessiert sind. Ich werde mich mit ihnen dafür einsetzen, daß sie noch in diesem Jahr stattfinden kann.

Mohssen Massarrat: *Stellungnahme anlässlich des Offenen Briefes*

Ich möchte die Lektüre des Offenen Briefes von mehr als 100 israelischen Linken an die deutsche Partei Die Linke, den ich dieser Stellungnahme anhänge, allen Interessierten innerhalb und außerhalb der Links-Partei wärmstens empfehlen. Ein solcher Brief kommt m. E. zur rechten Zeit und ich hoffe, die Links-Partei wird darauf nicht mit Schweigen reagieren. Immerhin handelt es sich hier um eine von Sorge getragene Stellungnahme von Menschen mit emanzipatorischem Anspruch aus einem Land an die Links-Partei, mit dem diese leider keinen ehrlichen Umgang pflegt und das sie mindestens genau so verklärt wie die übrigen deutschen Parteien auch.
In ihrem Offenen Brief lassen die Verfasser keinen Zweifel daran, dass die Erklärung der Existenz Israels zur deutschen Staatsräson für ein Land, das eine Atommacht ist, von seiner Besatzungspolitik nicht ablässt und ein anderes Volk in einem Apartheid-ähnlichen System seiner Würde beraubt, völlig ungeeignet ist, die Existenz Israels tatsächlich auf Dauer zu schützen. Mit Gysis Einschwenken auf die deutsche mainstream-Position zu Israel hat sich die Links-Partei tatsächlich der Möglichkeit beraubt, eine eigenständige Politik gegenüber dem Nahostkonflikt zu entwickeln, die sowohl der deutschen Verantwortung angesichts des Holocaust wie aber auch dem Völkerrecht und dem Frieden für Israelis und Palästinenser gerecht werden kann. Das Ergebnis dieser Fehlentwicklung auch der Links-Partei in Bezug auf die Nahost-Politik ist leider katastrophal: einerseits macht sich auch die Links-Partei außenpolitisch zur Geisel einer nationalistischen Ideologie, die in Israel vorherrscht, und macht sich dadurch mitverantwortlich für die menschenrechts- und völkerrechtswidrigen Folgen dieser Ideologie und politischen Praxis (Siedlungsausbau, Besatzungswillkür, expansionistische Kriege und Kriegsdrohungen etc.). Andrerseits schaffte die Führung der Links-Partei mit ihrer Haltung innerparteilich einer neo-konservativ pro-kapitalistischen Strömung einen erheblichen Einfluss, der inzwischen bis zu den Partei-Oberen reicht.
Der Offene Brief israelischer Linker und deren Kritik und Vorschläge eröffnen somit in der Links-Partei eine Möglichkeit der Rückbesinnung sowie einer selbstkritischen Aufarbeitung der deutschen Verantwortung gegenüber dem Schicksal der Juden wie andererseits auch die Entwicklung einer Politik, die den Nahost-Konflikt zu einem gerechten und dauerhaften Frieden abkürzt statt ihn weiter zu verlängern und das Feld den gefährlichen fundamentalistischen Ideologen zu überlassen. Ich hoffe sehr, dass die Links-Partei diese Chance aufgreift und kreativ damit umgeht.

Osnabrück, 06. April 2010

IPPNW

Unser Rezept gegen Atomterrorismus: der Atomausstieg

Ärzte kritisieren Ergebnisse des Atomgipfels in Washington

14.04.2010

Die Ärzteorganisation IPPNW kritisiert den vermeintlichen Erfolg des Atomgipfels in Washington. „Die zivile Nutzung der Atomenergie blockiert jegliche atomare Abrüstung. Jedes neue Atomkraftwerk erhöht die Menge an nuklearem Material, das abgebaut, weiterverarbeitet, gehandelt, transportiert und gelagert wird. Auf jeder Stufe besteht die Gefahr, dass Material für eine schmutzige Bombe abgezweigt wird. Einen wirklichen Schutz bietet nur der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie," sagt Angelika Claußen, Vorsitzende der IPPNW.

Die Ressource Uran wird zukünftig immer knapper und teurer. Auch die Nutzung von Mox-Brennelementen (Mischoxid aus Uran und Plutonium), die nur unter Verwendung der Wiederaufarbeitung hergestellt werden können, birgt nach Ansicht der IPPNW große Gefahren. Mehr weltweite Wiederaufarbeitung inklusive der damit verbundenen Verarbeitung, Lagerung sowie dem Handel und Transport von reaktorfähigem Plutonium würde die Möglichkeiten, an atomwaffenfähiges Material zu gelangen, vervielfachen.

Auch bei strengen Sicherheitsvorkehrungen lassen sich in einer modernen Wiederaufbereitungsanlage zwar sichere Aussagen über den Verbleib von 99 Prozent des Plutonium-Bestandes treffen. Dennoch kann aus verfahrenstechnischen Gründen etwa ein Prozent des Plutoniums nicht genau bestimmt werden und gilt offiziell als »Material Unaccounted For« (MUF). Eine gravierende Sicherheitslücke: Das potentielle MUF der hochmodernen Wiederaufbereitungsanlage Rokkasho Mura in Japan wird nach Aussagen britischer Experten auf ca. 50 Kilogramm Plutonium pro Jahr geschätzt - genug Stoff für etwa sechs bis acht Atomwaffen. Daher reicht es nicht, die Herstellung von Plutonium für Waffenzwecke zu beenden. Dieser lebensgefährliche Stoff darf auch im zivilen Sektor nicht mehr produziert werden.

Die IPPNW kritisiert darüber hinaus den mangelhaften Schutz vieler Atomkraftwerke vor terroristischen Angriffen: Abgesehen vom völlig unzureichenden Schutz gegen die viel diskutierten terroristischen Flugzeugabstürze kann jedes Atomkraftwerk durch gezielte Sprengungen oder Beschuss zum Katastrophenreaktor werden. Eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke würde dieses Risiko noch auf Jahre fortschreiben.

http://www.ippnw.de/startseite/artikel/3b81691fcd/unser-rezept-gegen-atomterrorismus.html

Mohssen Massarrat

Vorwand Atomwaffensperrvertrag:

Über Alternativen zwischen Pest und Cholera im Iran-Atomkonflikt

Die friedliche Nutzung der Atomenergie war historisch gesehen ein Nebenprodukt der Atombombe. Acht Jahre nach der Zündung der ersten Atombombe in Hiroshima ebnete Eisenhower 1953 mit seiner programmatischen "Atoms for Peace"-Rede vor der UNO den Weg für den Beginn der kommerziellen Nutzung der Atomenergie und die Schaffung eines weltweit neuen und ökonomisch vielversprechenden Industriezweiges. Atomreaktoren wurden alsbald Exportschlager. Alle Beteiligten wussten aber von Anfang an ziemlich genau: wer über Atomreaktoren verfügt, der hat auch den Schlüssel zu Atombomben.

So standen die fünf Atomstaaten und die internationale Atomindustrie vor einem schwerwiegendem Dilemma: wie kann das Geschäft mit den Atomreaktoren weltweit gesichert werden, ohne gleichzeitig das Monopol der Atommächte auf Atomwaffen aufzugeben zu müssen.

Die Lösung des Atomclubs ließ nicht lange auf sich warten. 1957 wurde die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) gegründet, die ausdrücklich die Verbreitung der Atomenergie ganz im Interesse der Atomindustrie fördern sollte. 1970 trat der *Vertrag für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen* (*Nuclear Non Proliferation Treaty, NPT*) in Kraft, der die Rechte und Pflichten der Mitgliedsstaaten regelte. Der NPT, Artikel II, verbietet den Mitgliedsstaaten "Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper her(zu)stellen oder auf andere Weise (zu) erwerben", während der Artikel IV " die zivile Kerntechnik" als "ein unveräußerliches Recht für jeden Vertragsstaat" festschreibt und die IAEO verpflichtet, "die friedliche Nutzung der Kernenergie zu fördern".

Doch entwickelte sich der NPT selbst - ursprünglich zur Lösung des Problems der doppelten militärischen und zivilen Nutzung der Atomtechnik geschaffen - zu einem neuen Dilemma: *Erstens* wird er von vielen Vertragsmitgliedern nicht ernst genommen, weil die Atomwaffenmächte selbst ihn mit Füssen treten indem sie sich an die eigene Selbstverpflichtung zur Abrüstung ihrer Atomwaffen nicht halten, wie es der Artikel VI des NPT von ihnen verlangt. *Zweitens* wird der NPT dadurch desavouiert, dass USA und EU ihn willkürlich und nach eigenem Gutdünken auslegen und behandeln. Einigen Staaten, wie z.B. Brasilien, Argentinien, Südafrika, Deutschland, die alle keine Atomwaffenstaaten sind, dürfen auf eigenem Territorium, wie in Artikel IV des NPT festgeschrieben, die Urananreicherung unter der Kontrolle der IEAO betreiben, anderen Staaten, wie dem Iran, soll dagegen dieses Recht grundsätzlich verwehrt werden. Der *double standard* ist aus meiner Sicht inzwischen ein großes Hindernis im Iran-Atomkonflikt, der seit 8 Jahren andauert und immer noch auf der Stelle tritt. Entscheidend ist jedoch, dass beide Seiten, USA und EU einerseits und der Iran andererseits, den NPT als Vorwand für die Durchsetzung ihrer entgegengesetzten

sicherheitspolitischen Interessen im Mittleren und Nahen Osten instrumentalisieren.

Sicherheitsdilemma im Mittleren und Nahen Osten ….

In dieser Region herrscht nämlich, um zunächst einmal das sicherheitspolitische Problem näher darzustellen, seit Israel im Besitz von 200 bis 300 atomaren Sprengköpfen ist - und daran besteht nicht der geringste Zweifel -, ein klassisches Sicherheitsdilemma. Zwar mag Israel für seine Entscheidung, die Sicherheit seiner Bevölkerung mit Atomwaffen herstellen zu wollen, plausible Gründe gehabt haben. Tatsächlich kann konventionell militärische Machtungleichheit zwischen verfeindeten Staaten durch die Aufstellung von Atomwaffen ausgeglichen werden, wie dies durch die "Nachrüstung" in Europa zu Beginn der 1980er auch geschah. Angesichts der faktischen Übermacht der Israel umgebenden arabisch-islamischen Staaten (Bevölkerung, Ressourcen, Soldaten, Waffenarsenale) erscheint insofern Israels Atomarsenal sicherheitspolitisch zunächst als plausibel. Ebenso plausibel erscheint allerdings auch, dass Israels atomare Vorherrschaft von allen anderen Staaten in der Region objektiv als Bedrohung für Ihre Sicherheit empfunden werden muss. Um das eigene Sicherheitsdilemma zu lösen, hat Israel also ein neues geschaffen, allerdings für die anderen Staaten. Nun haben sich aber alle arabischen Regierungen (keineswegs jedoch die Völker), mit Ausnahme der politischen Führung in Syrien und Palästina - beide Länder sind Opfer israelischer Besatzung - mit Israel als regionaler Atommacht abgefunden, sie kooperieren hier und da sogar mit diesem Staat und in sicherheitspolitischen Fragen wesentlich mehr noch mit den USA. Auch die Türkei als Nato-Mitglied muss sich durch Israels Atombomben nicht bedroht fühlen. Der einzige Staat in der Region, der das beschriebene Sicherheitsdilemma nicht ausblenden kann, ist eben der Iran, der nach der islamischen Revolution aus dem militärischen "Schutzschirm" USA/Israel ausgeschert ist, mehr noch die US-Vormachtstellung in der Region sogar in Frage stellt,

… das jedoch ausgeblendet wird

USA und EU klammern das Sicherheitsproblem aus, weil sie Israels atomare Vorherschafft im Mittleren und Nahen Osten ganz im Sinne Israels aufrechterhalten bzw. nicht in Frage stellen wollen. Dies ist aus meiner Sicht auch ihr Hauptmotiv und weniger die Sorge um die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen, weshalb die USA und EU Irans Atomprogramm zu Fall bringen wollen und sich dabei sogar vor einem Krieg gegen den Iran und dem realen Risiko nicht scheuen, den NPT mit in den Abgrund zu reißen. Während der Westen mit seinem Kasperle-Theater - in dem seit Jahren ein angebliches Entgegenkommen vorgespielt wird - nur Nebelkerzen wirft, um die öffentliche Meinung zu manipulieren, bezieht Israel offen Position. Israels Staatspräsident Shimon Peres verteidigte beispielsweise in der Süddeutschen Zeitung vom 23. Januar 2010 indirekt die eigene atomare Vorherrschaft, indem er Iran unterstellte, mit dessen Atomprogramm "den Nahen und Mittleren Osten dominieren zu wollen". Peres sagte damit in Wahrheit, die eigene atomare Vorherrschaft in der Region nicht aus der Hand geben zu wollen. Als Peres tags darauf im deutschen Bundestag den Iran wegen seiner Atompolitik zum Hauptfeind der Menschheit hochstilisierte, zollte ihm die versammelte politische Klasse Deutschlands lautstarken Beifall. Dadurch macht sich diese - gewollt oder ungewollt - zum Handlanger von Israels gefährlicher Atommachtpolitik in der konfliktreichsten Region der Welt und sie macht sich dadurch auch mitverantwortlich für alle Folgen dieser Politik.
Auch die Islamische Republik und alle ihre Regierungen haben bisher strikt vermieden, das Sicherheitsdilemma im Atomkonflikt mit dem Westen herauszustellen und die Einbeziehung von Israels Atomarsenal in die Verhandlungen zu verlangen, obwohl so und nur so die Aussicht bestünde, dass Irans Sicherheitsproblem ernst genommen und verstanden würde. Dreimal darf man raten, warum die Führung der Islamischen Republik diesen Weg bisher nicht gegangen ist und sich stattdessen unbeirrt darauf versteift hat, die eigene Antwort auf ein sicherheitspolitisches Problem hinter dem NPT und dem Argument Energieversorgung für Irans Bevölkerung zu verstecken, dem niemand Glauben schenkt bzw. schenken kann? Wie sollte man auch diese Begründung für das Atomprogramm eines Landes für glaubwürdig halten, das über die viertgrößten Ölreserven und die zweitgrößten Gasreserven der Welt und darüber hinaus auch über beträchtliche Potentiale an Erdwärme und Solarenergie verfügt, sich aber für die teuerste und ökologisch und politisch gefährlichste Alternative der Energieversorgung entscheidet?

Fazit:

Der Iran-Atomkonflikt ist der historische Beleg für die Untrennbarkeit der friedlichen von der militärischen Nutzung der Atomtechnik. Nur ein Ausstieg aus dieser Technologie kann dieses Menschheitsproblem lösen.
Die Ursache des Iran-Atomkonflikts und eines atomaren Wettrüstens in der Region ist nicht das Iran-Atomprogramm, sondern Israels atomare Vorherrschaft. USA und EU treiben durch ihre Unterstützung dieser Vorherrschaft den Iran geradezu hin zum konsequenten Aufbau der eigenen Nuklearkapazitäten. Neue Sanktionen gegen den Iran dürften wirkungslos bleiben. Dann bliebe dem Westen nur noch die Wahl zwischen Pest und Cholera, zwischen Krieg oder einem nuklearen Wettrüsten in der Region. Beides wäre aber für die Menschen, die Wirtschaft, die Umwelt und für die Demokratisierung im Iran und in der Region verhängnisvoll. Die Atomwaffen sind die schlechteste Lösung, um Israels Sicherheit und Existenz dauerhaft herzustellen. Sie kann auch niemals gegen die, sondern nur mit den islamisch-arabischen Nachbarstaaten erreicht werden. Gegenteilige Annahmen entspringen nicht der Vernunft, sondern dem Überlegenheitswahn. Die Lösung ist und bleibt gemeinsame Sicherheit, atomwaffenfreie Zone und Kooperation im Mittleren und Nahen Osten. Der aktuelle Iran-Konflikt könnte letztlich auch in dieser Perspektive eine gerechte Lösung finden.
Dazu bedarf es des Mutes seitens USA und EU, Israels Atomwaffen nicht länger zu tabuisieren. Der Beitritt Israels zum NPT wäre der allererste Schritt und eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme, die Obama zwar ursprünglich gefordert, aber nicht weiter verfolgt hat. Da genau müsste nunmehr die internationale Friedensbewegung ansetzen und den Beitritt Israels zum NPT auf die politische Tagesordnung setzen.

Anfang März 2010

Mohssen Massarrat *ist Professor i. R. der Universität Osnabrück mit wissenschaftlichen und politischen Schwerpunkten in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft, Internationale Beziehungen, Krieg und Frieden, Mittlerer und Naher Osten und Mitbegründer der Initiative Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO).*
http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/006276.html
Quelle: Friedensforum
http://www.friedenskooperative.de

Indien: »Krieg gegen die Armen«

Ausverkauf von Land, Wald, Wasser und Rohstoffen: In Indien werden ganze Landstriche an Konzerne verscherbelt, und das Militär macht Jagd auf Adivasis und Dalits. Gespräch mit G.N. Saibaba

Interview: Wilhelm Langthaler, Neu-Delhi



G.N. Saibaba ist Assistenzprofessor für europäische Literatur an der prestigeträchtigen New Delhi University. Er zählt zu den Exponenten der demokratischen Opposition und spielt eine zentrale Rolle in der Koordination der verschiedenen Widerstandsbewegungen. Der an den Rollstuhl gefesselte Wissenschaftler repräsentiert die Revolutionäre Demokratische Front (RDF)

In der Regierungskampagne »India Shining« wurde der Bevölkerung Ihres Landes versprochen, die durch die Globalisierung forcierte Industrialisierung bringe auch für die Armen Wohlstand. Hat sich das bewahrheitet?

Die Politik der Globalisierung bedeutete in Indien zuerst die Bereicherung der herrschenden Oligarchie. Eine Handvoll Familien hält die Schalthebel der Macht besetzt. Dank dieser Stellung gelang es ihnen, insbesondere in den vergangenen 20 Jahren sehr, sehr reich zu werden. Heute gibt es in Indien zahlreiche Milliardäre. Auf der anderen Seite sind 80 Prozent der Bevölkerung gezwungen, von weniger als einem halben Dollar pro Tag zu leben. Eine tägliche warme Mahlzeit wird da zum Problem. Selbst nach den regierungseigenen Statistiken war das vor 20 Jahren noch nicht der Fall. Indien verfolgt die neoliberale Freihandelspolitik besonders aggressiv und hofft dabei auf die Vermarktung seiner ungehobenen natürlichen Reichtümer. Gleichzeitig ruft die wachsende Armut und Ungleichheit auch neue große Konflikte hervor.

Die vergangenen sechs Jahre waren indes von einer zweiten Welle an Reformen geprägt. In der ersten Phase war es vor allem um die Liberalisierung der Wirtschaft und die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen gegangen. Im Zentrum standen IT und Software. Aber es kam nur zu wenigen ausländischen Investitionen. Das hat sich geändert. Hunderte Absichtserklärungen mit multinationalen Konzernen wurden unterzeichnet, überwiegend im Bereich des Bergbaus. Vor allem in Zentral- und Ostindien sind reiche Vorkommen an Eisenerz, Steinkohle, Bauxit, Kalk und anderen Mineralien nachgewiesen, die der Westen gerne ausbeuten möchte.

Unglaublich große Landstriche werden so an Großkonzerne verscherbelt. Wir sind mit einem Ausverkauf von Land, Wald, Wasser und Rohstoffen konfrontiert, wie es ihn selbst unter der britischen Herrschaft nicht gab. So wuchs in den vergangenen Jahren auch der Widerstand des Volkes gegen Landraub, Sonderwirtschaftszonen (SEZ) und Industrialisierungsprojekte. Angesichts der unnachgiebigen Haltung der Eliten nahmen die Reaktionen oft gewaltsame und bewaffnete Formen an – mit oder ohne politische Führung.

Wie wirkt sich die Weltwirtschaftskrise aus?

Indien kann die Krise nicht aussperren. Die Arbeitslosigkeit ist angewachsen, und noch immer kommt es zu Massenkündigungen. Fünf Millionen Arbeiter haben bis dato ihre Stelle verloren, genauso viele wie in den USA. Die Textilindustrie ist am stärksten betroffen. Auch die Mittelklassen spüren die Auswirkungen; der Traum eines komfortablen westlichen Mittelstandslebens hat sich ausgeträumt. Nun sind auch bisher privilegierte Angestellte betroffen, etwa im Informatikbereich. In Gurgaon …

… einem Vorort von Delhi, in dem solche Industrien konzentriert sind …

… schlossen sich erstmals Ingenieure einem Streik von Arbeitern an. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die Kämpfe von Arbeitern und Bauern zusammengehen. Erstmals seit 60 Jahren verkehrt sich das Muster der Binnenmigration. Die Menschen verlassen die Städte und kehren aufs Land zurück. Aber sie finden weder da noch dort eine Lebensgrundlage. Das ländliche Indien hat nichts mehr zu bieten. Die Landwirtschaft schrumpft, obwohl 60 Prozent der Bevölkerung von ihr leben. Die im vergangenen Jahrhundert so mühsam errungene Lebensmittelsicherheit ging durch den Neoliberalismus wieder verloren. Und trotz zahlreicher Verträge lassen die ausländischen Investitionen in die Industrie auf sich warten.

Vor diesem Hintergrund kommt es sowohl auf dem Land als auch in der Stadt immer wieder zu Protesten. Glücklicherweise gibt es eine revolutionäre Bewegung, die den spontanen Aufruhr organisieren kann. Das Potential für revolutionäre Kräfte ist groß, denn die Auswirkungen der Krise treiben die Menschen zum Kampf gegen das System.



http://de.indymedia.org/2010/02/272471.shtml

Wie schätzen Sie die Militäroffensive »Grüne Jagd« ein, die vergangenen Herbst begann und sich gegen den Widerstand der Adivasis, der Ureinwohner, richtet, die gegen die Vertreibung von ihrem Land protestieren?

Bei der »Operation Green Hunt« handelt es sich um einen richtigen Krieg mit 250.000 Soldaten und Unterstützung durch US-Militärlogistik. Aber bis jetzt konnten keine sichtbaren Erfolge erzielt werden. Hunderte Zivilisten mussten ihr Leben lassen – genauso wie einfache Soldaten, die weder die lokalen Sprachen

noch den politischen Hintergrund des Konflikts verstehen. Angesichts ihres Misserfolgs wählen die Regierungstruppen oft »weiche Ziele« aus und begehen zunehmend Greueltaten. Sie mussten von den Maoisten schwere Schläge einstecken, die einige hochrangige Militärs töten konnten. Die Moral der Truppen ist dementsprechend im Schwinden.

Wie reagiert die Bevölkerung in den Städten, besonders der gebildete Mittelstand?

Im Mittelstand beginnt das Bewusstsein zu wachsen; Polarisierung nimmt mit den sich verändernden Umständen zu. Die Opposition gegen die »Grüne Jagd« wird hörbar, und große Ausbrüche sind nicht mehr sehr weit entfernt. Die Regierung musste daher das Tempo aus den Angriffen herausnehmen. Tatsache ist, dass sich eine Vielzahl der großen Industrie- und Bergbauprojekte angesichts des Widerstands in der Schwebe befindet.

Sprechen die Medien auch in Indien über die Bedrohung durch den Terror?

Die US-amerikanische Politik wird einfach kopiert und gegen jegliche seriöse Opposition in Stellung gebracht. Gegen einfache Demonstrationen rückt die Armee aus. Die Muslime werden kollektiv zu Terroristen erklärt, genauso wie die Adivasis und Dalits ...

… die Kaste der Unberührbaren.

Die US-Ideologie wird in exzessiver Weise durch die indischen Eliten benutzt. 2008 beschloss man den Unlawful Activity Prevention Act, der Maoismus mit Terrorismus gleichsetzt. Im Visier sind auch die politischen Organisationen der muslimischen Minderheit, sowie die Befreiungsbewegungen in Kaschmir und im Nordosten.

Wurden Sie nicht selbst verdächtigt, Helfer der Maoisten zu sein?

Die Regierung versuchte in den vergangenen Monaten mehrfach, mich mit verbotenen Organisationen in Zusammenhang zu bringen, da ich mich an der Kampagne gegen das Verbot der Kommunistischen Partei Indiens (Maoisten) beteiligte. Die konkreten Anschuldigen sind lachhaft. Wie kann ich an einer taktischen Gegenoffensive teilnehmen oder Mitgliedern des Zentralkomitees Unterschlupf gewähren? Sie behaupten, ich würde den Maoisten Breite verleihen. Meine Ansichten würden vom ZK bei seinen Entscheidungen berücksichtigt. In dieser Weise kann ich für alles, was in Indien geschieht, verantwortlich gemacht werden. Im Grunde werde ich für meine politische Gesinnung und Meinung verfolgt.

Das ist Teil eines breiter angelegten Versuchs, demokratische Stimmen und die Opposition gegen die volksfeindliche Politik der Regierung zum Schweigen zu bringen. Sie haben Angst vor der wachsenden kritischen Stimmung gegenüber ihrer Militäroffensive, die sich gegen die ärmsten der Armen richtet, denen ihr Land und damit die Lebensgrundlage entzogen wird. Zuerst verboten sie die Widerstandsorganisationen. Nun verbrennen sie die Umgebung.

Abschließend zur Geopolitik: ist es möglich, dass Indien einen Block mit China und Rußland zugunsten eines multipolaren Systems eingeht?

Indien hat sich zum wichtigsten Verbündeten der USA in der Region gemausert. Ich sehe auf absehbare Zeit keinerlei Bedingungen dafür, dass sich das ändern könnte. Die Eliten ordnen sich Washington völlig unter, und der Tendenz nach wird das immer schlimmer.



Staying Put: People of Kudur village protest the Bodhghat dam: ‘It does not belong to the capitalists, Bastar is OUrs’y

Weitere Infos: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indien/maoisten.html

Arundhati Roy

Dieses Erbe an Rebellion hat ein wütendes Volk hinterlassen

Wanderung mit den Genossen in den Dschungeln Zentralindiens mit der Guerilla

Die indische Schriftstellerin hielt 2004 eine Grundsatzrede für die globalisierungskritische Bewegung auf dem Weltsozialforum in MUMBAI, Indien (SiG30: „WIR müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden“). Sie beobachtet die sozialen und sozialrevolutionären Bewegungen in Indien (SiG77) und hat nun einen Bericht über die kämpfende Opposition der „Naxaliten“ im „roten Gürtel“ ihres Landes geschrieben. Hier ein Auszug. Der gesamte Text unter www.zmag.de .

Die knappe, mit Schreibmaschine geschriebene Nachricht wurde in einem versiegelten Couvert unter der Tür meines Appartements durchgeschoben und bestätigte mein Treffen mit 'Indiens größter Bedrohung der inneren Sicherheit'. Ich hatte monatelang darauf gewartet, von ihnen zu hören.... Am Tag vor meiner Abfahrt rief meine Mutter an und klang müde. „Ich habe nachgedacht”, sagte sie mit dem eigenartigen Instinkt einer Mutter, „was dieses Land braucht, das ist eine Revolution.” (...)

Wenn ein Land, das sich selbst als Demokratie bezeichnet, offen Krieg erklärt innerhalb seiner eigenen Grenzen, wie sieht dann ein solcher Krieg aus? Hat der Widerstand eine Chance? Sollte er sie haben? (...)

Ein Artikel im Internet berichtet, dass Israels Mossad 30 hochrangige indische Polizeioffiziere in der Technik gezielter Morde unterrichtet, um die Maoisten-Organisation 'führungslos' zu machen. In der Presse wurde von der neuen Hardware gesprochen, die von Israel gekauft wurde: Laser- Entfernungsmesser, Wärmebild-Ausrüstung und Drohnen, die bei der US-Armee so beliebt sind. Perfekte Waffen, um gegen die Armen verwendet zu werden (...)

In den vergangenen fünf Jahren haben die Regierungen von Chhattisgarh, Jharkhand, Orissa und Westbengalen hunderte Vereinbarungen mit großen internationalen Gesellschaften unterzeichnet im Werte von mehreren Milliarden Dollar, die alle geheim sind, für Stahlwerke, Schwammeisen-Fabriken, Kraftwerke, Aluminium-Raffinerien, Dämme und Bergwerke. Damit sich die Verträge in echtes Geld verwandeln, müssen die Stammesvölker entfernt werden.

Wichtige Kriege werden häufig an unwahrscheinlichen Orten ausgetragen. Die Freie Marktwirtschaft (i.e. Kapitalismus) besiegte den Sowjet-Kommunismus in den rauen Bergen Afghanistans. Hier in den Wäldern von Dantewada tobt eine Schlacht um die Seele Indiens. Reichlich viel ist über die sich vertiefende Krise der indischen Demokratie gesagt worden und das geheime Einverständnis zwischen den riesigen Unternehmen, den größeren politischen Parteien und dem Sicherheits-Establishment. Wenn jemand eine kurze Stichprobe machen möchte, dann ist Antewada der richtige Ort für einen Besuch.

Es gibt zwei Parallel-Regierungssysteme hier. Janatana Sarkar und Looti Sarkar. Ich denke an das, was Genosse Venu zu mir sagte: Sie wollen uns zerschmettern, nicht nur wegen der Mineralien, sondern weil wir der Welt ein alternatives Modell zeigen.

Es ist noch kein alternatives Modell, diese Idee von Gram Swaraj [Selbstverwaltung im Sinne von Gandhi] mit einem Gewehr. Es gibt zu viel Hunger, zu viel Krankheit hier. Aber man hat zweifelsfrei die Möglichkeiten für eine Alternative geschaffen. Nicht für die ganze Welt, nicht für Alaska oder New Delhi, vielleicht nicht einmal für ganz Chhattisgarh, aber für sie selbst. Für Dandakaranya. Es ist das best gehüteste Geheimnis der Welt. Man hat die Grundlagen für eine Alternative zu seiner eigenen Vernichtung gelegt. Man hat der Geschichte getrotzt. Gegen die größten Schwierigkeiten hat man einen Plan geschmiedet für das eigene Überleben. Es braucht Hilfe und Vorstellungskraft, er braucht Ärzte, Lehrer, Bauern.

Es braucht keinen Krieg.

Aber wenn es nur Krieg gibt, dann wird zurückgeschlagen...

Ich traf die gewählten Mitglieder der Marskola Janatana Sarkar, die sechs Dörfer verwaltet. Sie beschrieben einen Polizeiüberfall: Sie kommen nachts, 300, 400, manchmal 1000. Sie legen einen Kordon um das Dorf und liegen und warten. In der Dämmerung fangen sie die ersten Leute, die auf die Felder gehen und benutzen sie als menschliche Schilde, um in das Dorf zu gelangen, um ihnen zu zeigen, wo die booby-traps [Sprengfallen] liegen.... Ist die Polizei erst einmal im Dorf, dann plündert sie und stiehlt und verbrennt die Häuser. Sie kommen mit Hunden, die jene fangen, die zu fliehen versuchen. Sie jagen die Hühner und die Schweine und die Polizei tötet sie und nimmt sie mit in Säcken. Special Police Officer (SPO) kommen zusammen mit der Polizei. Sie sind diejenigen, die wissen, wo die Leute ihr Geld und ihren Schmuck verstecken. Sie fangen Leute und nehmen sie mit. Und erpressen Geld von ihnen, bevor sie sie freilassen. Sie bekommen Geld, wenn sie Naxals töten, weshalb sie extra Naxal-Klamotten anfertigen lassen. Die Dorfbewohner haben zu viel Angst, um zuhause zu bleiben (....)

Als ich zurückschaute, waren sie immer noch dort. Winkend. Immer kleiner werdend. Menschen, die mit ihren Träumen leben, während der Rest der Welt mit seinen Albträumen lebt. Jede Nacht denke ich an diese Reise. Jenen Nachthimmel, jene Waldpfade. Ich sehe Genossin Kamlas Fersen in ihren abgewetzten Sandalen, von meiner Taschenlampe erhellt. Ich weiß, dass sie auf dem Marsch sein muss. Marschieren, nicht nur für sich allein, sondern um die Hoffnung für uns alle aufrechtzuerhalten...

Original: www.outlookindia.com | Walking With The Comrades
Übersetzt von Einar Schlereth. Herausgegeben von Fausto Giudice
http://www.zmag.de/artikel/wanderung-mit-den-genossen-in-den-dschungeln-zentralindiens-mit-der-guerilla

Polizei gegen A. Roy:
http://www.jungewelt.de/2010/04-26/005.php

Cochabamba, Bolivien, 19.4.-22.4
Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde

Nino Jordan: Der alternative Klimagipfel in Cochabamba endet – vorerst

Do, 22/04/2010
Zum Abschluß des alternativen Klimagipfels in Cochabamba, Bolivien, werden heute die Ergebnisse der 17 offiziellen Arbeitsgruppen vorgestellt. Mehr als 20.00 Menschen hatten an den Arbeitsgruppen teilgenommen, deren erklärtes Ziel es war, die Stimmen indigener Völker und der globalen Zivilgesellschaft in den internationalen Klimaverhandlungen hörbar zu machen.

Während der Konferenz hatte der bolivianische Präsident Evo Morales noch einmal betont, dass der Alternativgipfel als notwendige Antwort auf das Scheitern der Klimaverhandlungen von Kopenhagen im letzten Dezember zu verstehen sei.

Eine der Hauptinitiativen des Gipfels soll eine **Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde** werden. Der entsprechende Entwurf des südafrikanischen Umweltrechtlers Cormac Cullinan wurde auf der Konferenz diskutiert und die dort verabschiedete endgültige Fassung soll der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Annahme vorgelegt werden. Sie soll die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ergänzen und somit auch die Rechte der Natur in einer Art festlegen, die von einem instrumentalistischem Naturverständnis zu einem führen würde, bei der der Natur intrinsische, d. h. von sich aus ihr bereits inneruhende, Rechte zugesprochen werden würden.

Um solcherart definierte Rechte auch einklagen zu können, wurde auf der Konferenz beraten, wie sich ein **internationales Tribunal für Klima- und Umweltgerechtigkeit** verwirklichen ließe. Den TeilnehmerInnen zufolge sollte ein solches Tribunal idealerweise die rechtliche Befugnis haben, Staaten, transationale Konzerne sowie Individuen wegen Verbrechen gegen die Umwelt anzuklagen, zu verurteilen und mit Sanktionen zu belegen. Hiermit würde also auch ein Weg eröffnet, die Klimaschulden der Industriestaaten einzufordern. Eine der Arbeitsgruppen, geleitet vom Befreiungstheologen und Umweltberater des brasilianischen Präsidenten Frei Beto, schlug vor, die bolivianische Stadt Cochabamba zum Sitz dieses internationalen Tribunals zu machen. Sollten die Vereinten Nationen diesen Vorschlag auch in einer abgemilderten Version nicht annehmen, so erscheint es als wahrscheinlich, dass nichtsdestotrotz ein symbolisches Tribunal mit der Unterstützung einer begrenzten Anzahl von Staaten sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen errichtet werden wird.

Als Reduzierungsziel für die 2013 beginnende Periode nach Ablauf des Kyoto-Prokolls wird von den Industrieländern mindestens eine Halbierung der Emissionen im Vergleich zu 1990 gefordert.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit den Möglichkeiten eines **globalen Referendums** zu den miteinander eng verbundenen Fragen von Wirtschaftsweise, Demilitarisierung und Klimaschutz beschäftigte, definierte **fünf zu stellende Fragen** und legte den 22. April 2011 (Tag der Mutter Erde) als Datum des Referendums fest. Die Resultate sollen anschließend den Vereinten Nationen mit der Bitte vorgelegt werden, sie für bindend zu erklären.

Die folgenden Fragen sollen bei dem Referendum gestellt werden:

1. Sind Sie damit einverstanden, das kapitalistische Modell der Überproduktion und des Überkonsums zu ändern und in Anerkennung der Rechte der Mutter Erde sowie des Respekts für diese die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen?
2. Sind Sie damit einverstanden, dass die Länder und die transationalen Unternehmen ihre Produktion von Treibhausgasen proportional zu ihren historischen Emissionen und Verpflichtungen reduzieren und reabsorbieren, um den Klimawandel zu begegnen?
3. Sind Sie damit einverstanden, alles was bisher für Kriege ausgegeben wird stattdessen für die Verteidigung der Mutter Erde einzusetzen?
4. Sind Sie damit einverstanden, dass sich unsere Länder in Territorien des Friedens verwandeln, frei von der Besetzung durch ausländische Truppen und Militärbasen?
5. Sind Sie mit der Errichtung eines Tribunals für Klimagerechtigkeit einverstanden, damit jene verurteilt werden können, die die Mutter Erde zerstören?

Bereits morgen wollten die Delegierten mit der Vorbereitung des globalen Referendums beginnen, sagte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Amalia Coaquira.

Darüberhinaus stieß der Vorschlag von Frei Beto, von nun an alle zwei Jahre die Weltversammlung der Völker zum Klimawandel und den Rechten der Mutter Erde in Cochabamba abzuhalten, auf große Zustimmung. Die bolivianische Regierung scheint sich nun auf eine dauerhafte Gastgeberrolle einzurichten.

Zum Abschluß des Gipfels sollen am Freitag tausende von Bäumen in dem Ort Socaba gepflanzt werden. Der feierliche Akt unter dem Titel "Pflanzt Bäume, rettet den Planeten" wird die Auftaktveranstaltung für das Nationale Programm der Aufforstung und Wiederbewaldung des Ministeriums für Umwelt und Wasser sein. Ziel ist es, dass jede Bolivianerin und jeder Bolivianer jeweils einen Baum pflanzen, um damit der Welt den Respekt zu demonstrieren, den die BolivianerInnen der Umwelt entgegenbringen.

Bei aller Skepsis (aber auch viel Sympathie), die viele sicherlich hegen werden, etwa bezüglich der politischen Vereinnahmung des Gipfels durch die Regierungen der Region, des utopischen Gehalts der Forderungen, der Idealisierung indigener Gemeinschaften (…): Der Gipfel war sicherlich ein wegweisender Moment in der Geschichte der noch jungen Klimabewegung. Wie schon Claudia Gómez vom Mexikanischen Zentrum für Umweltrecht gesagt hat: Der Gipfel hat einen Raum eröffnet, in dem die Zivilgesellschaft ihre organisatorischen Kapazitäten zur gegenseitigen Abstimmung weiterentwickeln konnte. Und ein solcher öffentlicher Raum ist wichtig: Denn ohne einen kritischen, inspirierenden und oppositionellen Gegenpol zu den offiziellen Verhandlungen festigt sich leicht ein Bild, das es keine Alternative zum jetzigen Geschehen gäbe. Und ohne den Rechtfertigungsdruck der davon ausgeht, wäre die Chance auf handfeste Ergebnisse sehr viel geringer.

Bei dem alternativen Gipfel geht es aber nicht nur um ein Gegenforum zu den offiziellen Klimaverhandlungen sondern auch um einen Kristallisationspunkt für eine Bewegung, die nicht nur versuchen sollte auf die "glamouröse" internationale Ebene einzuwirken, sondern sich ebenso auf der nationalen und lokalen Ebene einmischen muss.

Auf dem Klimaforum in Bonn am 3. und 4. Juni 2010 wird Attac zusammen mit anderen Teilen der Klimabewegung die Impulse aus dem Gipfel in Cochabamba aufnehmen, diskutieren und in weitere Aktionen übersetzen.

Es bleibt spannend. Und wir arbeiten mit am Drehbuch!

http://www.attac.org/de/groups/cochabamba/der-alternative-klimagipfel-cochabamba-endet-%E2%80%93-vorerst



Der Bericht von Nico Jordan gibt einen ersten Eindruck über dieses bedeutende Treffen. In der nächsten SiG-Nummer werden wir Dokumente und Diskussionsbeiträge veröffentlichen. Vorweg jedoch einige Hinweise:

Abschlusserklärung der Konferenz und mehrere Artikel über die Ergebnisse der Konferenz *unter* *http://pwccc.wordpress.com/*

Das Programm der Arbeitsgruppen auf Englisch: *http://pwccc.files.wordpress.com/2010/04/program-cmpcc-final1.pdf*

Diesem Treffen vorangegangen sind viele lokale und globale Initiativen und Kämpfe.
„Systemwechsel statt Klimawandel, Die Erklärung vom Klimaforum09, Kopenhagen“
wurde im Dezember 2009 von über 500 Organisationen – darunter mehrere Attac-Verbände- unterschrieben
***(S.* Sand im Getriebe 79)**

Klimaforum Bonn Wie weiter im Klimaschutz? Klimagerechtigkeit konkret!
3. und 4. Juni 2010, Rheinisches Landesmuseum Bonn, Colmantstraße 14-16
Eine Strategie- und Aktionskonferenz von BUND und Attac in Kooperation mit dem Bündnis Klimawelle Bonn
Infos und Anmeldung für das Klimaforum: www.bund.net/klimaforum und www.attac.de/klimaforum



Liebe Freundinnen und Freunde,

was für ein spektakuläres Signal! An die 150.000 Menschen haben am Samstag gegen Atomenergie demonstriert: 120.000 bildeten eine 120 Kilometer lange Menschenkette zwischen den AKW Brunsbüttel und Krümmel, 20.000 umzingelten das AKW Biblis, 7.000 demonstrierten am Atommülllager Ahaus.

Hier kannst Du einen Film zur Menschenkette anschauen und findest Links zu unserem Reportageticker, zu Presseberichten, Fotos und mehr.
http://www.ausgestrahlt.de/ketten-reaktion/film
http://www.ausgestrahlt.de/ketten-reaktion/luftbilder

Wir sind überwältigt von diesem Erfolg. Der Protest war groß, er war vielfältig und bunt, er hat Spaß gemacht. Die hoch gesteckten Ziele, eine 120 Kilometer lange Menschenkette zu bilden und zugleich den Schrottmeiler Biblis zu umzingeln, haben wir gemeinsam erreicht. Hunderte haben sich in den vergangenen Monaten für dieses Ereignis engagiert und das Ergebnis ist eine klare politische Forderung: Atomkraft abschalten!

Nach der NRW-Landtagswahl im Mai will die Bundesregierung über längere AKW-Laufzeiten entscheiden. Die Proteste von Samstag haben auf eindrucksvolle Weise gezeigt, dass Zigtausende nicht bereit sind, das Atomrisiko noch länger hinzunehmen. Und sie haben gezeigt: An uns kommt keiner vorbei.

Bitte hilf mit, die Kosten für die Menschenkette zu tragen! Noch gut 30.000 Euro der Mobilisierungs- und Aktionskosten sind offen. Du kannst Deine Spende hier eintragen, damit wir sie von Deinem Konto abbuchen:
https://www.ausgestrahlt.de/aktionen/menschenkette/spenden
Oder Du überweist mit dem Stichwort "Kette" auf das .ausgestrahlt-Spendenkonto 2009 306 400 bei der GLS-Bank, BLZ 430 609 67. Spenden an .ausgestrahlt sind steuerlich absetzbar.

Über die nächsten Pläne und Ideen informieren wir Dich weiter mit diesem Newsletter.
Es grüßt für das ganze .ausgestrahlt-Team
Jochen Stay

